



Universität für Bodenkultur Wien

Auch in Deutschland 20% Ökolandbau? Welche Faktoren waren hinderlich? Ein Blick aus Österreich nach Bayern

Masterarbeit

zur Erlangung des Grades Diplom Ingenieurin

im Rahmen des Studiums Agrar- und Ernährungswirtschaft

Eingereicht von

DI (FH) Monika SIMON

Matrikelnr.: 1041512

Betreuerin:

Assoz. Prof. DI Dr. Ika Darnhofer

Institut für Agrar- und Forstökonomie

Dept. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Wien, September 2012



Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	ii
Abkürzungsverzeichnis	iii
Zusammenfassung	iv
Abstract	iv
1 Einführung und Fragestellung	1
1.1 Entwicklung des Ökolandbaus	1
1.2 Fragestellung und Abgrenzung	4
2 Material und Methoden	5
2.1 Methodischer Ansatz	5
2.2 Literaturlauswertung	5
2.3 Experteninterviews	7
3 Einflussfaktoren auf die Entwicklung des Ökolandbaus in Österreich und Bayern	9
3.1 Übergeordnete Strukturen: Agrarstrukturen und Verbände	9
3.1.1 Agrarstruktur Bayerns und Österreichs	9
3.1.2 Agrarstruktur der Biobetriebe	9
3.1.3 Verbands- und Organisationsstruktur	12
3.2 Faktoren auf Ebene der Produktion: Staatliche Förderung	14
3.2.1 Agrarumweltprogramme und Ausgleichszulage	14
3.2.2 Förderungen zu Marktstruktur und Investitionen	18
3.2.3 Maßnahmen der nationalen Aktionsprogramme	19
3.2.4 Weitere Einflüsse auf die Umstellungsentscheidung	21
3.3 Faktoren auf Ebene des Handels	23
3.3.1 Vermarktungsstrukturen und Absatz von Bioprodukten	23
3.3.2 Entwicklung des Angebots	26
3.4 Faktoren auf Ebene des Konsums	28
3.4.1 Interesse an Bioprodukten	29
3.4.2 Entwicklung der Nachfrage	31
3.4.3 Nachfrage- und Kaufhemmnisse	33
3.5 Einflüsse auf die gesamte Wertschöpfungskette	35
3.5.1 Signale der Politik	35
3.5.2 Zusammenspiel der Akteursgruppen	39
4 Ableitung und Überprüfung der Thesen	43
4.1 Die vier Thesen	43
4.2 Ergebnisse der Experteninterviews	45
4.2.1 Themengebiet Politik	45
4.2.2 Themengebiet Förderung	49
4.2.3 Themengebiet Vermarktung	52
4.2.4 Themengebiet Nachfrage	56

4.2.5 Weitere Faktoren	57
4.2.6 Bewertung der Thesen	59
5 Diskussion und Ausblick	61
5.1 Diskussion der Methoden	61
5.2 Diskussion der Ergebnisse	62
5.2.1 Politik und Förderung als starke Einflussfaktoren	63
5.2.2 Vermarktung und Nachfrage als Einflussfaktoren	65
5.3 Ausblick	66
6 Literaturverzeichnis	68
Anhang: Interviewleitfaden	81

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der geförderten Bioflächen in Österreich und Bayern zwischen 1996 und 2010.	11
Abbildung 2: Jährliche Zuwächse bei Bioflächen und Biobetrieben in Bayern von 1998 bis 2010.	12
Abbildung 3: Durchschnittlich ausbezahlte Flächenprämien für geförderte Bioflächen innerhalb der Agrarumweltprogramme in Österreich und Bayern.	17
Abbildung 4: Umsatzanteile von Biolebensmitteln über die drei Absatzwege Direktvermarktung (Direkt), Fachhandel (FH) und Lebensmitteleinzelhandel (LEH) in Deutschland und Österreich im Jahr 2010.	24
Abbildung 5: Entwicklung der Umsatzanteile von Bioprodukten am gesamten Lebensmitteleinkauf in Österreich und Deutschland zwischen 1998 und 2011.	25
Abbildung 6: Entwicklung der Umsätze mit Biolebensmitteln (ohne Export und Außer-Haus-Verzehr) in Deutschland und Österreich von 1999 bis 2011.	32
Abbildung 7: Punkteverteilung der ExpertInnen für die vier Thesen (T1, T2, T3 und T4).	60
Tabelle 1: Amtierende LandwirtschaftsministerInnen in Österreich, Deutschland und Bayern seit 1989.	35

Abkürzungsverzeichnis

AFP	Agrarinvestitionsförderprogramm
AGÖL	Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau
AMA	Agrarmarkt Austria
AT	Österreich
BNN	Bundesverband Naturkost Naturwaren
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BÖL/ BÖLN	Bundesprogramm Ökologischer Landbau/ Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft
BÖLW	Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie
bzw.	beziehungsweise
CMA	Centrale Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft
CDU/ CSU	Christlich-Demokratische Union/ Christlich-Soziale Union
D	Deutschland
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums
EU	Europäische Union
GAK	Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
ha	Hektar
INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
KULAP	Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm
LEH	Lebensmitteleinzelhandel
LF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LVÖ	Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V.
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
ÖPUL	Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft
ÖVP	Österreichische Volkspartei
StMELF	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
versch.	verschiedene
VO	Verordnung

Zusammenfassung

Obwohl die Agrarstrukturen in Österreich und Bayern vergleichbar sind und ähnliche Ziele für den Biolandbau definiert wurden, werden in Bayern nur rund 6% der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach biologischen Richtlinien bewirtschaftet. Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde deshalb untersucht, wie es im Betrachtungszeitraum 1989–2011 zu dieser unterschiedlichen Entwicklung kam. Mithilfe einer Literaturlauswertung und ergänzenden Experteninterviews wurde nach Faktoren gesucht, welche die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern gehemmt haben. Hierzu wurden die Strukturen in der Produktion und im Handel, die Anreize durch die Nachfrage und die Politik sowie die institutionellen Rahmenbedingungen in beiden Ländern verglichen. Aus der Literatur wurden vier Thesen abgeleitet, welche mit sechs VertreterInnen verschiedener Akteursgruppen diskutiert wurden. Hemmnisse wurden in den Bereichen Agrarpolitik, Förderung, Vermarktungsstruktur und Nachfrage identifiziert. Als stärkster Einflussfaktor wurden die wechselnden politischen Signale gewertet. In der Öffentlichkeit bzw. in der Politik war das Thema Biolandbau nicht stark bzw. nicht kontinuierlich präsent. Das agrarpolitische Leitbild Bayerns hob den Ökolandbau nicht als vorzügliche Alternative hervor. Im Vergleich zu Österreich war die Ökoförderung in Bayern nicht ausreichend attraktiv für eine Umstellung: effektive Förderprogramme wurden später umgesetzt, Flächenprämien waren geringer und Schwankungen zwischen den Förderperioden stärker. Zudem bestand eine geringe Attraktivität im Vergleich zu alternativen Förderprogrammen (Extensivierung, Bioenergie). Bei den Vermarktungsstrukturen in Bayern war auffällig, dass sich durch den traditionell hohen Fachhandelsanteil das Angebot an Bioprodukten in Supermärkten mit hoher Käuferreichweite erst relativ spät entwickelte. In engem Zusammenhang dazu stand eine späte Entwicklung der Nachfrage, da wichtige Kaufhemmnisse wie ‚hoher Preis‘ und ‚schlechte Verfügbarkeit‘ länger bestanden.

Abstract

The agrarian structure of Bavaria is comparable to Austria and both countries defined similar quantitative targets for organic farming. However, in Bavaria only 6% of agricultural land is certified organic, compared to 20% in Austria. This thesis analyses the differences in the development of organic farming during the period 1989–2011. To find out which barriers prevented a stronger growth of organic farming in Bavaria, the relevant literature was reviewed, and the preliminary results discussed with six experts. The results highlight the differences in the structure of agricultural production and food retail, in the institutional framework, and in the changes in the agricultural policy. Barriers for an increase in organic farming in Bavaria were identified in agricultural policy, support payments, marketing structure and consumers demand. Overall, in Bavaria, the changing signals from policy were judged as the most important barrier. Organic farming did not receive a strong or continuous support in agricultural policy. Indeed, the mission statement for Bavarian agriculture did not emphasize organic farming as the best option. In comparison to Austria, support payments for organic farming were not appealing to farmers: effective support programs started later, payment levels were lower, and varied more between years. Moreover, attractiveness of organic farming relative to other programs (e.g. extensification, bio-energy) was low. The marketing structure was also a barrier: in Bavaria organic food is traditionally sold in specialized shops. As a result, conventional supermarkets started late to offer organic products, delaying a wider availability to consumers. Related to this marketing structure, consumers demand was also delayed, as barriers such as 'high prices' and 'poor availability' prevailed for a long time.

1 Einführung und Fragestellung

1.1 Entwicklung des Ökolandbaus

Der Ökolandbau ist in der Europäischen Union (EU) seit den 1990er Jahren stark gewachsen. Im Jahr 2010 wurden in der EU-27 rund 9 Mio. ha ökologisch bewirtschaftet, was einem Flächenanteil von 5,1% entspricht (WILLER und KILCHER, 2012). Definiert man den Erfolg des Ökolandbaus über die Kennzahl 'Flächenanteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der gesamten Landwirtschaftlichen Nutzfläche' waren die Spitzenreiter in der EU im Jahr 2010 Österreich mit 20%, Schweden mit 14% und Estland mit 12% Flächenanteil (WILLER und KILCHER, 2012). Als weitere Kennzahl für den Erfolg des Biolandbaus kann der Umsatzanteil von Biolebensmitteln am gesamten nationalen Lebensmittelmarkt gesehen werden: Die höchsten Umsatzanteile wurden mit 7% in Dänemark sowie mit 6% in Österreich erzielt (LFL, 2012). Deutschland hingegen wies trotz frühzeitiger Förderung und langer Tradition des Biolandbaus nur einen Flächenanteil von 5,9% (LFL, 2012) und einen Umsatzanteil von rund 4% auf (BÖLW, 2012c).

Die Staaten der EU haben prinzipiell die gleichen agrarpolitischen Rahmenbedingungen für den Ökolandbau: Die Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 regelte seit 1993 den ökologischen Landbau sowie die Kennzeichnung der Erzeugnisse daraus; sie wurde durch die Öko-Basisverordnung (EG) Nr. 834/2007 ersetzt, welche am 1.1.2009 in Kraft trat. Des Weiteren bestand seit dem Jahr 2000 die Möglichkeit zur Nutzung eines einheitlichen Siegels für die Kennzeichnung ökologischer Produkte in der EU, welches 2010 durch ein neues EU-Bio-Logo mit Kennzeichnungspflicht für verpackte Lebensmittel ersetzt wurde (VO (EU) Nr. 271/2010). Neben den Richtlinien für den Biolandbau und für die Kennzeichnung von Bioprodukten bestehen auch Regelungen zu den Fördermöglichkeiten. Die Bestimmungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) schaffen die gleichen Grundvoraussetzungen zur Gestaltung der ländlichen Entwicklung, innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens wird die Förderung des Biolandbaus von den Ländern eigenständig ausgearbeitet (SCHWARZ et al., 2010). Einen Überblick über die unterschiedliche Ausgestaltung der Förderhöhen und Förderbedingungen in den EU-Ländern geben beispielsweise SCHWARZ et al. (2010).

Trotz gleicher Rahmenbedingungen verliefen die Entwicklungen in den europäischen Staaten sehr unterschiedlich: Einerseits gibt es Länder – wie zum Beispiel Österreich, Deutschland oder Schweden – mit einer langsamen, aber kontinuierlichen Entwicklung des Ökolandbaus über mehrere Jahrzehnte. Andererseits gibt es Länder, in denen der Ökolandbau erst seit relativ kurzer Zeit eine Bedeutung hat, dafür aber sehr hohe Wachstumsraten erzielt – wie beispielsweise Spanien, Polen oder Tschechien (WILLER, 2008, 2010, 2011; LFL, 2011, 2012). Die unterschiedliche Dynamik des Biolandbaus in Europa ist häufig auf den Zeitpunkt des Beginns einer nationalen Förderung zurückzuführen: Während manche Länder bereits seit den frühen Neunzigerjahren Extensivierungsprogramme oder Agrarumweltprogramme anboten, setzte die Förderung in anderen Ländern erst ein Jahrzehnt später ein (PADEL und LAMPKIN, 2007). In vielen Ländern hat eine frühzeitige beziehungsweise effektive Förderung zum heutigen Erfolg des Biolandbaus beigetragen.

Im gesamten deutschsprachigen Raum hat der ökologische Landbau bereits eine lange Tradition in verschiedenen Strömungen. Diese sind zum Teil bis heute wichtig, wie man an den Verbänden *Demeter* und *Bioland* sieht. Eine ausführliche Beschreibung gibt VOGT (2000), ein kurzer Überblick über die Wurzeln des Ökolandbaus soll hier gegeben werden:

- In den 1920er Jahren baute die *Landreform* Bewegung durch Informationsaustausch, Landbaukurse und Beratung bereits eine Art organisierten natürlichen Landbau auf; mit dem Ziel einer biologischen Bodenkultur und Düngewirtschaft wurde auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse der *Landwirtschaftlichen Bakteriologie* gearbeitet

(VOGT, 2000). Wenngleich diese Bewegung heute keine Bedeutung mehr hat, stellt deren Landbausystem einen Vorläufer des heutigen Ökolandbaus dar (VOGT, 2000).

- Im Jahr 1924 wurde durch eine Vortragsreihe von Rudolf Steiner der *Versuchsring anthroposophischer Landwirte* und somit der *biologisch-dynamische Landbau* begründet (VOGT, 2000). Bis zum Verbot der Organisation 1941 erfolgte ein rascher Aufbau mit eingetragendem *Demeter* Warenzeichen, eigener Verwertungsgenossenschaft sowie Beratung der Landwirte über 20 Auskunftsstellen und eine Zeitschrift; mit verstärkter naturwissenschaftlicher Ausrichtung wurde der *biologisch-dynamische Landbau* ab 1946 wieder aufgenommen (VOGT, 2000). 1954 erfolgte die Konstitution zum *Demeterbund*, welcher heute unter *Demeter e.V.* als Verband bekannt ist (HELDBERG, 2008).
- In den 1950er Jahren sprach sich die neu gegründete *Schweizer Bauern-Heimatsbewegung* für mehr Verantwortung gegenüber Natur und Verbraucherschaft und gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft aus; dieser Bewegung entsprang die heute auch als *System Müller-Rusch* oder *organisch-biologischer Landbau* bekannte Strömung (VOGT, 2000). Dieses Landbausystem stellt die ideelle Grundlage des *Bioland* Verbandes in Deutschland dar, welcher im Jahr 1971 gegründet wurde und ab 1976 ein eingetragenes Warenzeichen führte (HELDBERG, 2008).

Während der 1980er Jahre wurden im deutschsprachigen Raum weitere Bioverbände mit unterschiedlicher Ausrichtung gegründet (VOGT, 2000; HELDBERG, 2008).¹ Der ökologische Landbau entwickelte sich zu dieser Zeit stark weiter; eine Schwerpunktverschiebung zu umweltschonender, nachhaltiger Landbau- und Lebensweise sowie der Aufbau von Vermarktungsstrukturen und Naturkosthandel sorgten für neue Impulse (VOGT, 2000). Vor allem die Alpenländer Schweiz und Österreich verzeichnen heute einen hohen Anteil an biologischer Landwirtschaft. Deutschland bleibt hinter diesen weit zurück, obwohl im Zeichen einer Agrarwende Bestrebungen zu einer Erhöhung des Biolandbaus angeregt wurden.

Diese Agrarwende unter dem Motto „Klasse statt Masse“ kündigte die deutsche Verbraucherschutzministerin Renate Künast im Februar 2001 als Reaktion auf den BSE-Skandal an; als übergeordnete Ziele galten die Erhöhung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaftspolitik und der Aufbau eines vorsorgenden Verbraucherschutzes (DEUTSCHER BUNDESTAG, 2001). Eine besondere Bedeutung hatte dabei die Ausweitung des Ökolandbaus: Die Verbraucherschutzministerin wollte den Ökolandbau in Deutschland aus der Nische holen, um die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft zu verringern und sichere Lebensmittel für die KonsumentInnen zu garantieren (DIE BUNDESREGIERUNG, 2002). Als Aktionsprogramm zur Stärkung des Biolandbaus wurde das *Bundesprogramm Ökologischer Landbau* (BÖL) geschaffen. Es wurde das Ziel „20% Ökolandbau in zehn Jahren“ ausgerufen und 2002 auch in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie als bis 2010 zu erfüllender Flächenanteil festgehalten (DIE BUNDESREGIERUNG, 2002). Dieses Ziel hätte nahezu eine Verzehnfachung der Flächenanteile vorgesehen, konnte jedoch nicht annähernd erreicht werden. Wie aus der Datenzusammenstellung der LFL (2012) hervorgeht, gab es 2010 in Deutschland rund 990.700 ha biologisch bewirtschaftete Landwirtschaftliche Nutzfläche. Dies entspricht einem Flächenanteil von 5,9%, rund 7,3% aller deutschen Landwirtschaftsbetriebe waren Biobetriebe (LFL, 2012).

Zwischen den deutschen Bundesländern bestehen in Bezug auf die Flächenanteile und die absolute Anzahl an Biobetrieben jedoch große Unterschiede (STATISTISCHE ÄMTER, 2011): Prozentual liegt der Anteil an Ökobetrieben mit 15% in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten, Schleswig-Holstein und Niedersachsen weisen mit nur 3% Anteil den geringsten Wert auf. Absolut gesehen befinden sich die meisten Biobetriebe in Bayern und Baden-Württemberg, was an der insgesamt hohen Anzahl an Agrarbetrieben in Süddeutschland

¹ In dieser Arbeit wird nicht zwischen den verschiedenen Strömungen oder der Zugehörigkeit zu bestimmten Verbänden unterschieden. Es erfolgt eine Zusammenfassung unter den Begriffen 'ökologisch' oder 'biologisch' beziehungsweise 'Öko' oder 'Bio', welche im Folgenden synonym verwendet werden. Als Definition für den Biolandbau gilt die Öko-Verordnung VO (EG) 2092/91 beziehungsweise deren Neufassung VO (EG) Nr. 834/2007.

liegt (STATISTISCHE ÄMTER, 2011). Vorzugsweise wird in Deutschland Dauergrünland ökologisch bewirtschaftet, was die Flächenanteile nach Produktionsarten zeigen: Bei Dauergrünland sowie im Gemüsebau beträgt die Biofläche jeweils rund 11%, bei Ackerbau sind jedoch nur 3,6% der Flächen auf den ökologischen Landbau umgestellt (LFL, 2012). Seit 2001 konnte der Flächenanteil in Deutschland zwar verdoppelt werden, das gesetzte Ziel von 20% Ökofläche jedoch aufgrund zu geringer Wachstumsraten nicht erreicht werden.

Parallel zur geplanten Flächenausweitung hätte im Sinne einer Konsumwende auch eine Erhöhung des Biokonsums stattfinden sollen, die jedoch ebenfalls nicht das erwünschte Ausmaß erreichte (BRAND, 2006b). Der Umsatz mit Biolebensmitteln betrug in Deutschland rund 6 Mrd. € im Jahr 2010 (WILLER und KILCHER, 2012). Somit wies Deutschland zwar in Europa den größten Markt für Biolebensmittel auf, der Anteil von Bioprodukten am deutschen Gesamtlebensmittelumsatz entsprach jedoch nur rund 4% (BÖLW, 2012c). Im EU-Vergleich lässt sich dieser Wert dem Mittelfeld zuordnen (WILLER, 2011). Der niedrige Biokonsum ist verwunderlich in Hinblick darauf, dass Deutschland lange als Vorreiter für Bio galt, da sich seit den 1970er Jahren viele Pionierfirmen angesiedelt hatten – vor allem aus den Bereichen Trockenprodukte und Verarbeitung (vgl. HELDBERG, 2008). Diese Vorreiterstellung musste an Österreich abgetreten werden, welches als einziges europäisches Land im Jahr 2010 einen Flächenanteil von 20% aufweisen konnte (BMLFUW, 2011) und damit das Ziel seines nationalen Aktionsplans erreichen konnte (siehe BMLFUW, 2008c).

In Österreich wurde laut BMLFUW (2011) im Jahr 2001 – also zum Zeitpunkt der Ausrufung der Agrarwende in Deutschland – bereits ein Flächenanteil von über 12% ökologisch bewirtschaftet, was damals knapp dem Sechsfachen von Deutschland entsprach. Der Anstoß zu dieser dynamischen Entwicklung des Biolandbaus wurde in Österreich bereits in den frühen 1990er Jahren gegeben. Das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteursgruppen wie beispielsweise Politik, Verbände, Lebensmitteleinzelhandel und KonsumentInnen führte zu einem Durchbruch des Biolandbaus aus der Nische. Vor allem die Jahre rund um den EU-Beitritt Österreichs 1995 spielten hierfür eine große Rolle: Zwischen 1991 und 1998 hat sich die Anzahl an Biobetrieben in Österreich mehr als verzehnfacht; viele Betriebe entschieden sich zwischen 1992 und 1995 für den Biolandbau, sodass zum EU-Beitritt bereits rund 6% der landwirtschaftlichen Flächen umgestellt waren (BMLF, 1997; FREYER et al. 2001).

Ein wichtiger Grund für die hohe Zahl an Umstellungen war die Einführung eines nationalen Fördersystems ab 1991. Die österreichische Agrarpolitik wollte den Biolandbau unterstützen, da sie ihn als mögliche Lösung für einige Probleme vor dem EU-Beitritt sah (MANNERT, 1991; GROIER, 1999): Europaweit hatte man in den Neunzigerjahren mit Produktionsüberschüssen und Umweltproblemen zu kämpfen, in Österreich kam im Speziellen noch der Wunsch nach einem Erhalt der wenig wettbewerbsfähigen, kleinstrukturierten Landwirtschaft hinzu. Durch die Strategie Biolandbau hatte Österreich die Möglichkeit im europäischen Wettbewerb mit Qualitätsführerschaft zu bestehen und dabei die heimische Landwirtschaft zu erhalten (MANNERT, 1991; GROIER, 1999). Mit dem EU-Beitritt übernahm Österreich auch die 1992 reformierte Gemeinsame Agrarpolitik, welche laut MANNERT (1991) durch den Zwang zur Extensivierung ein biofreundliches Klima schuf und attraktive neue Fördermaßnahmen mit Kofinanzierung durch die EU ermöglichte (BMLF, 1997).

Gleichzeitig zu den agrarpolitischen Unternehmungen wurde in Österreich aktive Verbandsarbeit betrieben, welche vor allem für die Vermarktung und die Bekanntmachung der Bioprodukte wichtig war. Der damals größte Bioverband (*ERNTE für das Leben*) schuf in Kooperation mit dem Lebensmitteleinzelhandel (*Billa*) eine Bio-Handelsmarke (*Ja! Natürlich*). Die Einführung dieser Handelsmarke 1994 stellt ein Schlüsselereignis dar, da der Biosektor laut FREYER et al. (2001) einen neuen Impuls erhielt und durch einen Imagewandel zum Trend für die breite Masse wurde (N.N. 2004a und 2004b).

Durch das Angebot von Biolebensmitteln im Supermarkt kam der österreichische Lebensmitteleinzelhandel (LEH) dem Wunsch der KonsumentInnen nach einer leichteren Verfügbarkeit an einem gewohnten Ort und einer vereinfachten Einkaufsprozedur nach (WENDT et al., 1999). Zuvor waren die Ansprüche der VerbraucherInnen an Qualität, Sicherheit, Produktionsweise und Herkunft der Lebensmittel gestiegen. Das Interesse an den Themen Ernährung und Umwelt war bedingt durch die Verbraucherverunsicherung aufgrund von Umwelt- und Lebensmittelskandalen sowie die starke Umweltbewegung seit Mitte der Achtzigerjahre (vgl. KLAUSEGGER, 1995; KOLLMANN, 1996). Bioprodukte wurden mit gesunder Ernährung und ressourcenschonender Produktion assoziiert und entsprachen somit den damals aktuellen Forderungen der Nachfrageseite (SCHULZ et al., 1983).

Zur Entwicklung des Biolandbaus in Österreich trugen also mehrere Faktoren bei, die sowohl von der Nachfrage- als auch von der Angebotsseite ausgingen. Dadurch konnten bereits Mitte der 1990er Jahre die Weichen für die heutige Position Österreichs als ‚Bioland Nr. 1‘ gestellt werden. In keinem anderen Land der EU fand eine ähnliche Entwicklung statt, obwohl viele Länder in nationalen Aktionsplänen die Ausweitung des Biolandbaus als quantitatives Ziel verankerten (GONZALVEZ, 2009; NIEBERG et al., 2011). Trotz gleicher Rahmenbedingungen in der EU setzten die Länder unterschiedliche Maßnahmenpakete zur Erhöhung von Angebot und Nachfrage bei Bioprodukten ein und beeinflussten damit das Wachstum. Deutschland unterstützte den Ökolandbau bereits früh und erwartete nach der Agrarwende dynamische Wachstumsraten (NIEBERG und STROHM-LÖMPCKE, 2001), erreichte jedoch sein Ziel nicht.

1.2 Fragestellung und Abgrenzung

In dieser Arbeit soll untersucht werden, warum in Deutschland keine ähnliche Entwicklung wie in Österreich stattgefunden hat, obwohl es in Bezug auf das Ziel von 20% Ökofläche so angestrebt gewesen wäre. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Österreich ist aufgrund der unterschiedlichen Größe der beiden Länder schwierig, ein Vergleich mit einzelnen deutschen Bundesländern hingegen eher möglich (WENDT et al., 1999). Für diesen Vergleich wurde das Bundesland Bayern gewählt, weil es bezüglich seiner Agrarstruktur mit Berggebieten, hohem Grünlandanteil und vielen kleinen traditionellen Betrieben gut vergleichbar mit Österreich erscheint. Bezüglich des Anteils an ökologisch bewirtschafteter Fläche liegt Bayern im deutschen Bundesdurchschnitt, obwohl bei Förderung, Ausbildung und Beratung sowie Vermarktung überdurchschnittlich gute Rahmenbedingungen für den Ökolandbau herrschen (BÖLW, 2012a). Die für die Biobetriebe bedeutsame Flächenförderung weist in Bayern sogar die höchsten Sätze Deutschlands auf (NIEBERG et al., 2011).

Als Forschungsfrage soll beantwortet werden, welche Faktoren für eine stärkere Ausweitung des Ökolandbaus in Deutschland hinderlich waren. Insbesondere soll untersucht werden, warum selbst im ökofreundlichen Bayern – mit ähnlichen Strukturen wie Österreich – kein größerer Erfolg bei der Erhöhung des Bioanteils erzielt wurde. Das Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt auf Bayern, solange eine isolierte Betrachtung möglich oder sinnvoll ist. Bayern kann jedoch nicht immer von Deutschland isoliert betrachtet werden, da einerseits nicht für alle Entscheidungen Landeskompetenzen bestehen und andererseits nicht alle Daten auf Landesebene vorliegen. Der Blick wird von Österreich nach Bayern gerichtet, was bedeutet, dass als Vergleichsmaßstab in dieser Arbeit jeweils die Bedingungen in Österreich gelten.

Da die Entwicklungen in Österreich gezeigt haben, dass sowohl Impulse von der Nachfrage- sowie der Angebotsseite zur Ausweitung des Biolandbaus notwendig waren, erfolgt eine Untersuchung entlang der Wertschöpfungskette. Auf Ebene der Produktion, des Handels und der KonsumentInnen soll untersucht werden, welche Faktoren die Entwicklung des Biolandbaus beeinflusst haben. Zusätzlich werden einleitend die Agrarstrukturen sowie übergeordnete Organisationen wie die Verbände in beiden Ländern betrachtet. Ebenfalls werden allgemeine Rahmenbedingungen untersucht, wie beispielsweise politische Signale. Die

Schwerpunkte bei der Betrachtung der Einflussfaktoren liegen auf den Förder- und Anreizsystemen sowie der Vermarktung, da hier erwartungsgemäß die größten Unterschiede zwischen den beiden Ländern bestehen. Als Betrachtungszeitraum für die vorliegende Untersuchung wurde 1989 bis 2011 gewählt. Das Jahr 1989 wurde als Startpunkt festgelegt, da in diesem Jahr sowohl in Österreich als auch in Deutschland die staatlichen Förderungen für den Biolandbau aufgenommen wurden.

2 Material und Methoden

2.1 Methodischer Ansatz

Die vorliegende Masterarbeit ist eine sozialwissenschaftliche Arbeit, die sich im qualitativen Forschungsparadigma positioniert. Leitgedanken der qualitativen Forschung sind "(...) die Berücksichtigung und Analyse unterschiedlicher Perspektiven und die Reflexion des Forschers über die Forschung als Teil der Erkenntnis" (FLICK, 2005b: 16). Die Herangehensweise an den Untersuchungsgegenstand erfolgte nach dem Erkenntnisprinzip. Als Ziel galt dabei, ein untersuchtes Phänomen von innen heraus zu verstehen (FLICK, 2005b). Die unterschiedliche Entwicklung des Biolandbaus in Österreich und Bayern wurde als komplexes Phänomen betrachtet. In der Arbeit sollten unterschiedliche Einflussfaktoren herausgearbeitet werden, sowie der Zusammenhang zwischen diesen Faktoren erläutert werden. Der Zweck dieser Arbeit war jedoch nicht die Wahrheitsfindung, vielmehr sollte ein Beitrag zum Diskurs geliefert werden.

Es wurde ein zirkulärer Forschungsansatz gewählt, da dieser "(...) zu einer permanenten Reflexion des Forschungsprozesses und seiner Teilschritte im Licht der anderen Schritte zwingt" (FLICK, 2005b: 72). Unter Reflexion wird eine skeptische Annäherung an den Untersuchungsgegenstand verstanden (ALVESSON und SKÖLDBERG, 2009). Da stets nur Ausschnitte aus einer komplexen Realität erfasst werden können und Daten meist selektiert und bereits interpretiert vorliegen, ist eine reflexive Vorgehensweise wichtig (ALVESSON und SKÖLDBERG, 2009). Dabei muss bedacht werden, dass Subjektivität ein Bestandteil des Forschungsprozesses ist (FLICK, 2005b). Die Art und Weise, wie empirisches Material ausgewählt, miteinander verknüpft und interpretiert wird, hängt eng mit der ForscherIn als Person zusammen (ALVESSON und SKÖLDBERG, 2009).

Die Untersuchung erfolgte abduktiv (ALVESSON und SKÖLDBERG, 2009). Das bedeutet, erklärende Hypothesen wurden gebildet und durch Daten und Interviews bestätigt oder revidiert (ALVESSON und SKÖLDBERG, 2009). Die Verwendung von zwei Methoden (Literaturlauswertung und Interviews) diente auch zur Triangulation der Daten. Unter Triangulation versteht man in der Sozialforschung die Betrachtung eines Forschungsgegenstandes aus mindestens zwei Perspektiven (FLICK, 2005a). Beide Methoden werden in den folgenden Abschnitten (2.2 und 2.3) kurz beschrieben.

2.2 Literaturlauswertung

Für die Literaturlauswertung wurde die Kettenperspektive angewandt; hierfür wurden einzelne Akteursgruppen entlang der Wertschöpfungskette sowie politische und institutionelle Rahmenbedingungen analysiert. Dies ermöglichte eine Zerlegung komplexer Zusammenhänge in unterscheidbare Variablen (vgl. FLICK, 2005b). Dadurch sollte ein besseres Verständnis für die Ereignisse auf den verschiedenen Ebenen erreicht werden. Die Untersuchung erfolgte jedoch nicht strikt linear, sondern zirkulär: Die Betrachtung der einzelnen Akteursgruppen wurde in Teilschritten vorgenommen, ohne jedoch den Zusammenhang außer Acht zu lassen. Zwischen den Gruppen wurden Verbindungen hergestellt, in deren Kontext die Ergebnisse von neuem hinterfragt und ergänzt wurden.

Abschließend wurden die Akteursgruppen wieder zusammengeführt und deren Zusammenspiel beschrieben.

Die Auswahl des Materials war davon anhängig, welche Akteursgruppe im jeweiligen Teilschritt untersucht wurde. Begonnen wurde mit Literatur, welche einen Überblick über den Biolandbau in Europa bot, wie beispielsweise *Organic Farming in Europe* (WILLER et al., versch. Jahrgänge). Es wurden regelmäßig erscheinende Werke gewählt, da von vergleichbarer Datenaufbereitung zwischen den verschiedenen Jahrgängen und auch zwischen den Ländern ausgegangen werden konnte. Des Weiteren wurden Länderberichte zum Status Quo des Biolandbaus in Österreich und Deutschland verwendet. Wichtige Startpunkte waren auch Publikationen von Institutionen, die häufig zum Thema Biolandbau veröffentlichen: dies sind beispielsweise das *Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL)*, das *Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)*, die *Universität Hohenheim*, die *Universität Kassel*, die *Universität für Bodenkultur Wien* sowie die *University Aberystwyth*.

Die aus dem Überblick gewonnenen Informationen mussten anschließend ergänzt werden, damit die Akteursgruppen und die Rahmenbedingungen ausreichend beschrieben werden konnten. Je nach Teilschritt waren dabei unterschiedliche Materialien zielführend: Zur Analyse der Agrarstrukturen wurden periodisch erscheinende Agrarberichte und -statistiken aus Österreich, Deutschland und Bayern verwendet, wie beispielsweise *Grüner Bericht* (BMLF/ BMLFUW, versch. Jahrgänge) und *Bayerischer Agrarbericht* (STMLF/ STMELF, versch. Jahrgänge). Aus den Agrarberichten konnten auch zum Teil Informationen zu den staatlichen Förderungen entnommen werden. Die Zusammenstellung von NIEBERG et al. (2011) diente jedoch als Hauptquelle für die Untersuchung der staatlichen Förderungen. Ergänzend wurden hierzu die Förderprogramme in beiden Ländern verglichen. Auf Ebene des Handels waren Marktberichte wichtige Materialien, auf Ebene der KonsumentInnen wurden hauptsächlich Konsumentenbefragungen analysiert. Als wichtige Quelle – besonders für die Charakterisierung des deutschen bzw. bayerischen Biomarktes – dienten die Ergebnisse des *Konsumwende* Projektes von BRAND et al. (2006a, 2006c). Veröffentlichungen der Landwirtschaftsministerien sowie politische Leitbilder und Programme aus beiden Ländern gewährten einen Einblick in die Politik für den Biolandbau; die Reihe *Organic Farming in Europe: Economics and Policy* lieferte bereits Ländervergleiche zur Politik ebenso wie zum Markt.

Weitere Informationen für diese Masterarbeit stammten aus Veröffentlichungen und Pressemitteilungen von Verbänden und Organisationen, Tagungsbeiträgen, aktuellen Forschungsberichten sowie Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln. Wissenschaftliche Artikel und Forschungsberichte wurden hauptsächlich aus der Zeitschrift *Ökologie & Landbau* und der Online-Datenbank *Organic Eprints* entnommen. Die Literatursuche erfolgte nach dem Schneeballsystem bis zur theoretischen Sättigung. Gemäß dem Betrachtungszeitraum wurden lediglich Materialien ab dem Jahr 1989 in der Untersuchung berücksichtigt.

In den qualitativen Verfahren hat die Strukturierung des Materials große Bedeutung (ATTESLANDER, 2010); die Daten und Texte wurden deshalb den einzelnen Gliederungspunkten zugeordnet. Ziel der Arbeit war, relevante Einflussfaktoren auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette herauszuarbeiten und in Thesen zu formulieren. Hierzu wurden in einer umfangreichen Literatursuche Materialien interpretiert. Im Sinne der Hermeneutik wurde der Bedeutungsinhalt des Materials erschlossen, damit Thesen gefunden und im Anschluss überprüft werden konnten (vgl. ATTESLANDER, 2010). Im Gegensatz zur quantitativen Inhaltsanalyse wurden die Materialien nicht ausgewertet um Thesen zu beantworten, sondern um Thesen zu generieren (ATTESLANDER, 2010; LAMNEK, 2010). Die Analyse der Daten und Texte erfolgte interpretativ. Bei der Interpretation bestehen keine einfachen Regeln, vielmehr sind die Intuition und das Urteilsvermögen der ForscherInnen ausschlaggebend (ALVESSON und SKÖLDBERG, 2009). Für die Literatursuche wurde also Material selektiert und auf wesentliche Aussagen reduziert; die Inhalte wurden dabei gedeutet und die Strukturen herausgearbeitet (vgl. LAMNEK, 2010).

2.3 Experteninterviews

Die Experteninterviews dienten primär dazu, die aus der Literaturobwertung hervorgegangenen Thesen zu diskutieren und zu bewerten. Zudem sollten offene Fragen geklärt und eventuell neue Aspekte erfasst werden, die nicht aus der Literatur ersichtlich waren. Da die gesamte Wertschöpfungskette betrachtet wurde, sollten die InterviewpartnerInnen möglichst alle Akteursgruppen entlang der Wertschöpfungskette umfassen. Bei den ExpertInnen wurde angenommen, dass sie die Sichtweise ihrer Gruppe repräsentieren. Die Auswahl der GesprächspartnerInnen erfolgte auf Basis der formulierten Thesen und somit angepasst an die Themenschwerpunkte der ExpertInnen. Nach MEUSER und NAGEL (2009) kann eine ExpertIn durch ihren Wissensvorsprung auf einem bestimmten Gebiet charakterisiert werden. Für eine Qualifikation als ExpertIn diene der Bezug zum Untersuchungsgegenstand der Masterarbeit: Anhand von relevanten Publikationen, Arbeits- und Forschungsschwerpunkten und der Funktion in Organisationen wurden die ExpertInnen ausgewählt. Da hinderliche Faktoren für eine Ausweitung des Biolandbaus in Bayern diskutiert wurden, wurden ausschließlich Personen ausgesucht, die sich mit dem Biolandbau in Bayern intensiv beschäftigen. Hauptsächlich waren dies VertreterInnen bayerischer Organisationen. Deren Kontaktdaten wurden im Internet recherchiert.

Die InterviewpartnerInnen wurden vier bis sechs Wochen vor dem geplanten Gesprächstermin kontaktiert und über Thema und Ablauf des Gesprächs informiert. Als Vorinformation erhielten sie eine Kurzzusammenfassung der Masterarbeit. Insgesamt wurden zehn Personen kontaktiert, davon erklärten sich sechs ExpertInnen für ein Interview bereit. Zwei der verbleibenden Kontaktpersonen hielten sich selbst für nicht geeignet, verwiesen jedoch auf die Funktion des Dachverbandes als Interessensvertretung; bei zwei Kontaktpersonen kam aus terminlichen Gründen kein Interview zustande. Die befragten Personen bleiben in der vorliegenden Masterarbeit anonym, sie werden nur in ihrer Funktion und Zugehörigkeit zu einer Organisation genannt. Im Folgenden wird zur Kennzeichnung der Expertenaussagen lediglich die vertretene Organisation genannt. Mit folgenden sechs ExpertInnen wurde ein Gespräch geführt (in Klammern wird die Bezeichnung angeführt, die im Text bzw. bei den Interviewziten verwendet wird):

- Professor an der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU Wien)
- Wissenschaftler an der Technischen Universität München-Weihenstephan (TU München)
- Leiter der bayerischen Kontrollbehörde für den Ökologischen Landbau (Kontrollbehörde)
- Geschäftsführer des bayerischen Dachverbandes der Bio-Anbauverbände (Dachverband)
- Mitarbeiterin eines bayerischen Fachzentrums für Ökolandbau (Fachzentrum)
- Vorstandsmitglied eines bayerischen Bioverbandes (Bioverband)

Die sechs Interviews fanden zwischen Mitte Juli und Ende August 2012 statt und wurden jeweils persönlich vor Ort durchgeführt. Es handelte sich um leitfadengestützte Interviews, die mit jeweils einer Person im Dialog als relativ offenes Gespräch geführt wurden. MEUSER und NAGEL (2009) beschreiben ein offenes Leitfadeninterview als geeignetes Erhebungsinstrument, da einerseits eine flexible Handhabung möglich ist und andererseits durch den Leitfaden eine Vergleichbarkeit mehrerer Interviews gewährleistet wird. Der verwendete Interviewleitfaden ist im Anhang einsehbar.

Das Interview wurde in zwei Teile gegliedert: Der erste Teil richtete sich mit einer offenen Frage direkt an die ExpertIn, der zweite Teil nahm Bezug auf die formulierten Thesen. Begonnen wurde das Gespräch mit einer kurzen Vorstellung des Themas und der Forschungsfrage der Masterarbeit. Anschließend sollte durch eine offene Frage zur Meinung der ExpertIn der Redefluss direkt angeregt werden: "Warum ist der Biolandbau in Bayern in den letzten 20 Jahren ihrer Meinung nach nicht stärker gewachsen?". Die ExpertIn sollte sich dazu frei äußern, lediglich in Zwischenfragen wurden Erläuterungen oder Beispiele erbeten. Erwartet wurde, dass ähnliche Themengebiete (Beispiele: Förderung, Vermarktung) wie in den vier Thesen angesprochen werden. War dies nicht der Fall, wurde nachgefragt, ob

möglicherweise weitere Einflussfaktoren aus den bisher nicht erwähnten Themengebieten stammten.

Die Überleitung zum zweiten Teil erfolgte durch die Erklärung, dass im Rahmen der Masterarbeit aus der Literatur Thesen abgeleitet wurden. Die vier Thesen wurden – jeweils auf einem Blatt Papier – vor der ExpertIn ausgebreitet und währenddessen vorgelesen sowie kurz erläutert. Danach wurde die ExpertIn dazu aufgefordert, die Thesen durch Punkteverteilung zu bewerten. Zehn mitgebrachte farbige Klebepunkte sollten dabei auf die vier Thesen verteilt werden. Die Punktzahl sollte die Relevanz widerspiegeln, welche die ExpertIn der These beimisst. Eine hohe Punktzahl bedeutete dabei, dass die These ein wichtiger hinderlicher Faktor für die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern war. Diese Punkteverteilung wurde als quantitatives Element gewählt und erfüllte mehrere Zwecke: Herbeiführen einer Entscheidungssituation; Möglichkeit des Vergleichs der Punktevergabe der ExpertInnen bei der Auswertung; Auflockerung der Interviewsituation durch haptische Tätigkeit. Die gewählte Punkteverteilung sollte von der ExpertIn kurz erläutert werden, dies bot Anknüpfungspunkte für eine weitere Diskussion der Einflussfaktoren. Zum Abschluss wurde kurz zusammengefasst, welche Einflussfaktoren die ExpertIn als bedeutsam empfand.

Das Interview wurde, nach Einverständniserklärung der GesprächspartnerInnen, mit dem Diktiergerät aufgezeichnet, zusätzlich wurde während des Gesprächs ein Handprotokoll mit wichtigen Stichpunkten oder Auffälligkeiten angefertigt (MIEG und NÄF, 2005). Die Interviews dauerten zwischen 35 und 75 Minuten. Unmittelbar nach dem Interview wurde ein Gedankenprotokoll angefertigt, welches die wichtigsten Ergebnisse sowie den Gesprächsverlauf reflektierte. Anschließend wurden die Interviews in Anlehnung an das von MEUSER und NAGEL (2009: 56f) vorgeschlagene Schema ausgewertet: Zuerst wurden die Aufzeichnungen partiell transkribiert, anschließend wurde das Material schrittweise verdichtet. Als Erstes wurde das Material nach thematischen Einheiten sequenziert (Paraphrasieren); daraufhin wurden die Paraphrasen thematisch geordnet (Kodieren) und abstrahiert (MEUSER und NAGEL, 2009). Die wichtigsten Codes sind in Abschnitt 4.2 ersichtlich, da diese für die Untergliederung des Textes verwendet wurden.

Die Ergebnisse der Gespräche wurden in Hinblick auf die Forschungsfrage interpretiert. Die Interviews wurden hinsichtlich Zustimmung oder Ablehnung der Thesen ausgewertet; des Weiteren wurde verglichen, inwiefern Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zwischen den Aussagen der ExpertInnen bestehen. Dieser Schritt entsprach dem thematischen Vergleich von Sequenzen, abschließend erfolgte eine Generalisierung (MEUSER und NAGEL, 2009). Die Aussagen der ExpertInnen aus dem ersten Teil des Interviews konnten den vier Themengebieten Förderung, Vermarktung, Nachfrage und Politik zugeordnet werden, welche auch die Thesen abdecken. Dem zweiten Teil des Interviews wurden die Bewertung der Thesen sowie ergänzende Beispiele entnommen. Die Expertenmeinung wurde durch genannte Beispiele und Gesprächsauszüge belegt und veranschaulicht; Zitate flossen in anonymisierter Form in die Arbeit ein.

3 Einflussfaktoren auf die Entwicklung des Ökolandbaus in Österreich und Bayern

3.1 Übergeordnete Strukturen: Agrarstrukturen und Verbände

3.1.1 Agrarstruktur Bayerns und Österreichs

Schon aufgrund der geographischen Nähe und ähnlichen Topographie durch die Berggebiete lässt sich eine Ähnlichkeit zwischen Bayern und Österreich vermuten. Bayern ist mit 70.550 km² flächenmäßig das größte Bundesland Deutschlands (BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG, 2011). In Bezug auf die Fläche ist Österreich mit 83.860 km² (STATISTIK AUSTRIA, 2011) zwar etwas größer als Bayern, die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ist jedoch in den beiden Ländern fast identisch, was den Vergleich bei landwirtschaftlichen Untersuchungen erleichtert: Im Jahr 2010 betrug sie laut STMELF (2012c) in Bayern 3,14 Mio. ha, in Österreich laut BMLFUW (2011) 3,19 Mio. ha (INVEKOS: 2,76 Mio. ha)².

In der letzten Landwirtschaftszählung wurden für Bayern 97.873 landwirtschaftliche Betriebe erfasst (STATISTISCHE ÄMTER, 2011). Somit gibt es in Bayern zwar weniger Agrarbetriebe als in Österreich, jedoch werden diese mit 48,9% häufiger im Haupterwerb geführt (STATISTISCHE ÄMTER, 2011). In Österreich stehen nur 37,5% der 169.079 Betriebe (INVEKOS: 132.653) im Haupterwerb, was die hohe Betriebsanzahl und die Kleinstrukturiertheit erklärt; ein österreichischer Betrieb umfasst im Durchschnitt eine Fläche von 19 ha (BMLFUW, 2011). Wenngleich in beiden Ländern eine kleinstrukturierte und traditionelle Landwirtschaft betrieben wird, sind die bayerischen Betriebe mit 33 ha größer, rund die Hälfte davon bewirtschaften jedoch weniger als 20 ha und sind somit gut mit den österreichischen Betrieben vergleichbar (STMELF, 2012c).

Beiden Ländern gemeinsam sind ein hoher Grünlandanteil sowie eine hohe Anzahl an Milchvieh. In Österreich werden 1,4 Mio. ha Dauergrünland bewirtschaftet, was einem Anteil von 44% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche entspricht (BMLFUW, 2010a). In Bayern macht der Grünlandanteil mit 1,07 Mio. ha rund 34% aus und liegt über dem bundesdeutschen Durchschnitt (STATISTISCHE ÄMTER, 2011). Der Grünlandanteil ist stark von der Region abhängig: In den Regierungsbezirken Schwaben (51%), Oberbayern (43%) und in den westlichen Landkreisen Niederbayerns sowie der Oberpfalz (jeweils rund 40%) sind die Anteile besonders hoch (STATISTISCHE ÄMTER, 2011); diese Regierungsbezirke haben vermutlich die größte Ähnlichkeit mit Österreich. Die Grünlandgebiete in Bayern und Österreich liegen meist in den Berggebieten beziehungsweise in den benachteiligten Zonen (STMELF, 2010a; FREYER et al., 2011).

3.1.2 Agrarstruktur der Biobetriebe

Trotz ähnlicher Strukturen und Landnutzung besteht ein großer Unterschied zwischen Bayern und Österreich in Bezug auf den **Anteil der Biobetriebe und -flächen**, welcher in diesem Abschnitt kurz dargestellt wird. Die Landwirtschaftszählung erfasste für Bayern 6.437 Biobetriebe mit insgesamt 197.900 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Jahr 2010, somit waren rund 6% der Flächen und der Betriebe auf den Ökolandbau umgestellt (STMELF, 2012c). Im Jahr 2010 wurden in der *Gesamtbetrieblichen Maßnahme ökologischer Landbau*

² Damit die statistischen Daten zwischen Bayern und Österreich vergleichbar sind, müssen zwei Dinge berücksichtigt werden: 1. Zum Untersuchungszeitpunkt lagen für Österreich größtenteils noch keine Daten für 2011 vor, deswegen erfolgt bei beiden Ländern ein Bezug auf das Jahr 2010. 2. Im österreichischen *Grünen Bericht* (vgl. BMLF/ BMLFUW, verschiedene Jahrgänge) werden für die Erfassung der Biobetriebe hauptsächlich die Daten aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (INVEKOS) verwendet, deswegen bezieht sich auch diese Arbeit bei Berechnungen darauf.

im Rahmen des *Bayerischen Kulturlandschaftsprogramms* (KULAP) 5.405 Biobetriebe mit insgesamt 184.853 ha LF gefördert, was einem Anteil von rund 84% an allen bayerischen Biobetrieben entspricht (STMELF, 2012c).

Natürliche Standortfaktoren haben einen Einfluss auf die regionale Verteilung der Biobetriebe in Bayern: Ertragsschwache Standorte werden häufig extensiviert, weswegen dort eine Häufung von Ökobetrieben auftreten kann; für Süddeutschland wurde zudem eine positive Beziehung zwischen Grünlandanteil und Ökofläche hergestellt (BICHLER et al., 2005). Die Ertragseinbußen auf Grünlandstandorten sind geringer als im Ackerbau, zudem können sie durch Flächenprämien besser ausgeglichen werden (vgl. KIRNER, 2001). In der extensiven Produktion im bayerischen Alpen- und Voralpenraum sowie im Bayerischen Wald treten häufig Flächenanteile zwischen 10% und 15% auf, einige Gemeinden verzeichnen sogar über 20% Biolandbau (ART, 2010; STATISTISCHE ÄMTER, 2011). Diese Gebiete mit Grünlandwirtschaft und hohen Rinderbesatzdichten sind bedeutsam, da dort fast die Hälfte der deutschen Biomilch produziert wird (LFL, 2011). Intensiver Ackerbau wird nur im nördlichen Bayern betrieben, hier ist der Anteil an Biobetrieben entsprechend geringer (STATISTISCHE ÄMTER, 2011).

In Österreich wurden in Bezug auf die INVEKOS-Daten im Jahr 2010 rund 19,5% der Flächen und rund 16% der Betriebe nach biologischen Richtlinien bewirtschaftet. Dies entsprach einer Fläche von 538.210 ha sowie 21.728 Betrieben (BMLFUW, 2011). Rund 96% der österreichischen Biobetriebe werden im Rahmen der Maßnahme *Biologische Wirtschaftsweise des Österreichischen Programms zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft* (ÖPUL) gefördert. Im Jahr 2010 wurden 20.789 Betriebe beziehungsweise 414.148 ha gefördert (BMLFUW, 2011). Rund 75% dieser Biobetriebe und Bioflächen lagen in Nieder- und Oberösterreich, der Steiermark und Salzburg (FREYER et al., 2001; BMLFUW, 2010a). Die positive Beziehung zwischen ungünstigen Standortfaktoren, hohem Grünlandanteil und Biobetrieben gilt auch für Österreich (KIRNER, 2001). In einigen Grünlandregionen werden mehr als 40% der Flächen biologisch bewirtschaftet (BIO AUSTRIA, 2010), in einigen Gemeinden im Berggebiet mehr als 50% (GROIER und GMEINER, 2011).

Die nachfolgende kurze Skizzierung der **Entwicklung in beiden Ländern** zeigt Unterschiede und Gemeinsamkeiten und dient als Grundlage für die weiteren Untersuchungen. Im Folgenden wird nur mit den geförderten Biobetrieben weiter gerechnet, da hier in Bayern und Österreich kontinuierliche Aufzeichnungen der Flächen, Betriebe und Fördergelder über mehr als zehn Jahre vorliegen und einen Vergleich ermöglichen. Als geförderte Biobetriebe werden die Teilnehmer an der *Gesamtbetrieblichen Maßnahme ökologischer Landbau* des KULAP in Bayern und der *Biologischen Wirtschaftsweise* des ÖPUL in Österreich gezählt (siehe auch Abschnitt 3.2.1).

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der geförderten Bioflächen in Österreich und Bayern im Betrachtungszeitraum von 1996 bis 2010: In Österreich fanden die meisten Umstellungen in der Zeit um den EU-Beitritt statt (siehe auch Abschnitt 1.1), sodass im Jahr 1998 eine Biofläche von 290.000 ha erreicht wurde. Wie Abbildung 1 zeigt, reduzierte sich die Biofläche in den Folgejahren, was durch Rückumstellungen zu begründen ist (FREYER et al., 2001). Ab 2002 wuchs die Biofläche nahezu kontinuierlich und stagnierte nur im Jahr 2006. Im Vergleich zu Österreich gab es in Bayern im Betrachtungszeitraum zwar keine größeren Einbrüche, jedoch auch keine kontinuierlich starken Zuwächse. Drei Jahre mit besonders hohen Zuwächsen wurden von Phasen mit leichtem Wachstum beziehungsweise Stagnation flankiert (siehe Abbildung 1).

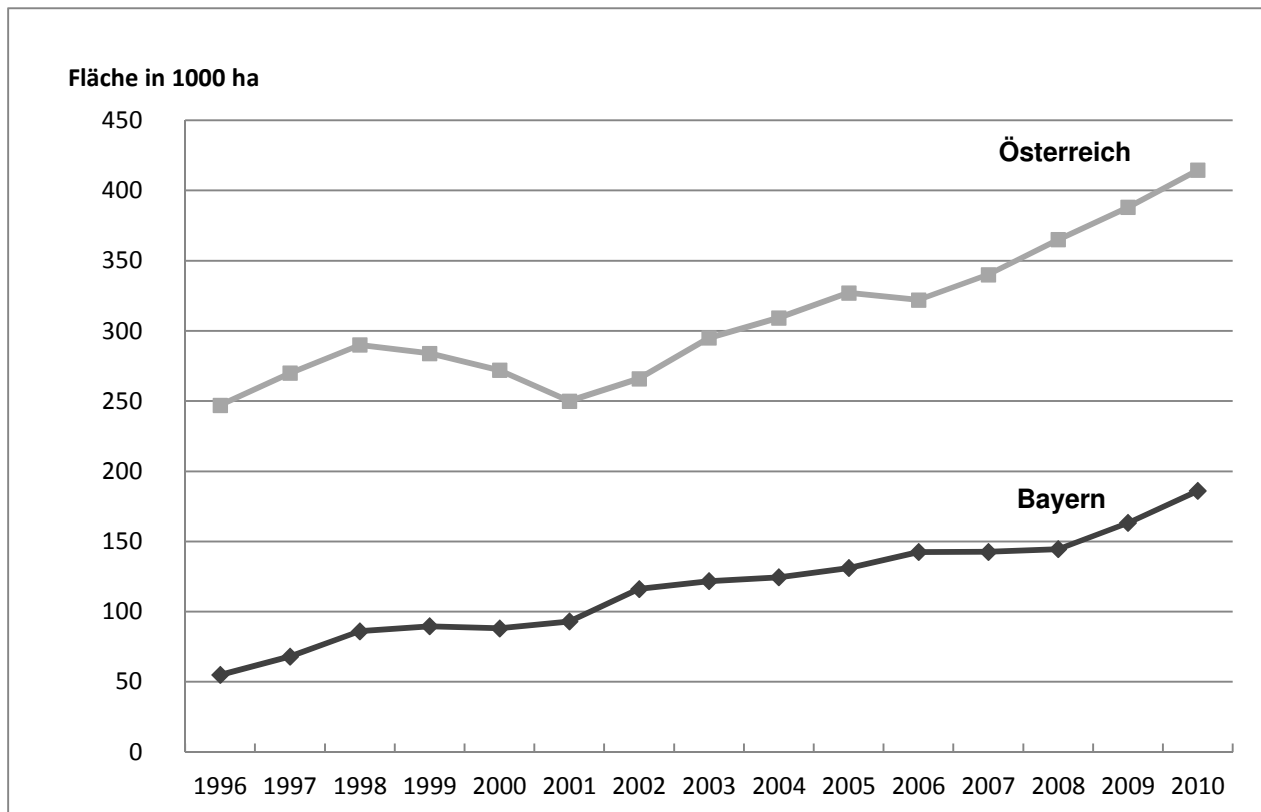


Abbildung 1: Entwicklung der geförderten Bioflächen in Österreich und Bayern zwischen 1996 und 2010. (Eigene Darstellung nach STMELF (2010a, 2012c), BMLF/ BMLFUW (versch. Jahrgänge)).

Da für den Zeitraum vor 1996 für beide Länder nur lückenhafte Daten vorlagen, wurden diese nicht in Abbildung 1 aufgenommen. Trotzdem soll auf die Entwicklung des Biolandbaus innerhalb dieses Zeitraums kurz hingewiesen werden, da hier große Unterschiede zwischen Bayern und Österreich bestehen. In Österreich versechsfachte sich die biologisch bewirtschaftete Fläche zwischen 1991 und 1995, sie wuchs von 30.000 ha auf 198.000 ha (BMLFUW, 1992, 1996). Die starke Expansion Anfang der Neunzigerjahre verschaffte Österreich seine europaweit führende Stellung bei der Etablierung des Biolandbaus (EDER, 2006). In Bayern hingegen wuchs die Biofläche in diesem Zeitraum nur um rund 67%, sie stieg von 34.529 ha (1991) auf 57.558 ha (1995) bei den verbandszugehörigen Betrieben (MILLER, 2006).

Auf die Entwicklung der Biofläche und Biobetriebe in Bayern wird in den folgenden Abschnitten der Arbeit immer wieder Bezug genommen, da Wechselwirkungen mit weiteren Faktoren bestehen. Deswegen werden in Abbildung 2 die jährlichen Zuwächse bei geförderten Bioflächen und Biobetrieben in den Jahren 1998 bis 2010 nochmals gesondert dargestellt. In Bayern wuchsen die Biobetriebe und -flächen am stärksten in den Jahren 1998, 2002, 2009 und 2010. In diesen vier Jahren nahm die Biofläche jeweils zwischen 18.000 und 23.000 ha zu (Abbildung 2). Das Jahr 2006 war mit einem Zuwachs von über 11.000 ha ebenfalls ein relativ starkes Jahr. Eine deutliche Reaktion auf die Agrarwende beziehungsweise auf die daraus hervorgegangenen Prämien erhöhungen zeigte sich im Jahr 2002. In den darauf folgenden drei Jahren wurden relativ wenige Betriebe umgestellt, obwohl in dieser Zeit sowohl die Flächenprämien als auch die sonstigen staatlichen Aufwendungen für den Ökolandbau hoch waren (siehe Abschnitt 3.2.1).

Der Biolandbau in Bayern hat sich trotz ähnlicher Agrarstrukturen anders entwickelt als in Österreich. Lediglich in einigen bayerischen Landkreisen entlang der Alpen liegt der Bioanteil über 10%. In beiden Ländern sind Biobetriebe besonders stark in den Grünlandregionen vertreten. Als Erklärung hierfür wird häufig angeführt, dass die Umstellung im Grünlandgebiet technisch einfacher ist (ENGEL et al., 2006; ART, 2010) und Ertragseinbußen geringer sind

(KIRNER, 2001). Eine regionale Häufung von Biobetrieben kann jedoch nicht ausschließlich auf Standortfaktoren, Agrarstruktur oder Produktionsverfahren begründet werden. Da der Ökolandbau seit den Neunzigerjahren ein Sektor mit staatlich gesetztem Rahmen ist, müssen entsprechende Anreize durch Förderwesen oder Marktpreise berücksichtigt werden (DABBERT, 2001). In der Pionierphase wuchs der Biolandbau noch aufgrund von endogenen Größen wie beispielsweise seiner Ideologie, später jedoch wurde das Wachstum hauptsächlich durch exogene Einflüsse ausgelöst (FELGER und HIRTE, 2007). Die Agrarstruktur kann deswegen nur als Grundlage für die Kombination mit weiteren Faktoren gesehen werden. Passen zum Beispiel Fördermaßnahmen gut zur Agrarstruktur, kann eine vorteilhafte Kombination entstehen. In Abschnitt 3.2 werden deswegen direkte und indirekte Fördermaßnahmen betrachtet, welche die ProduzentInnen in ihrer Umstellungsentscheidung beeinflussen können.

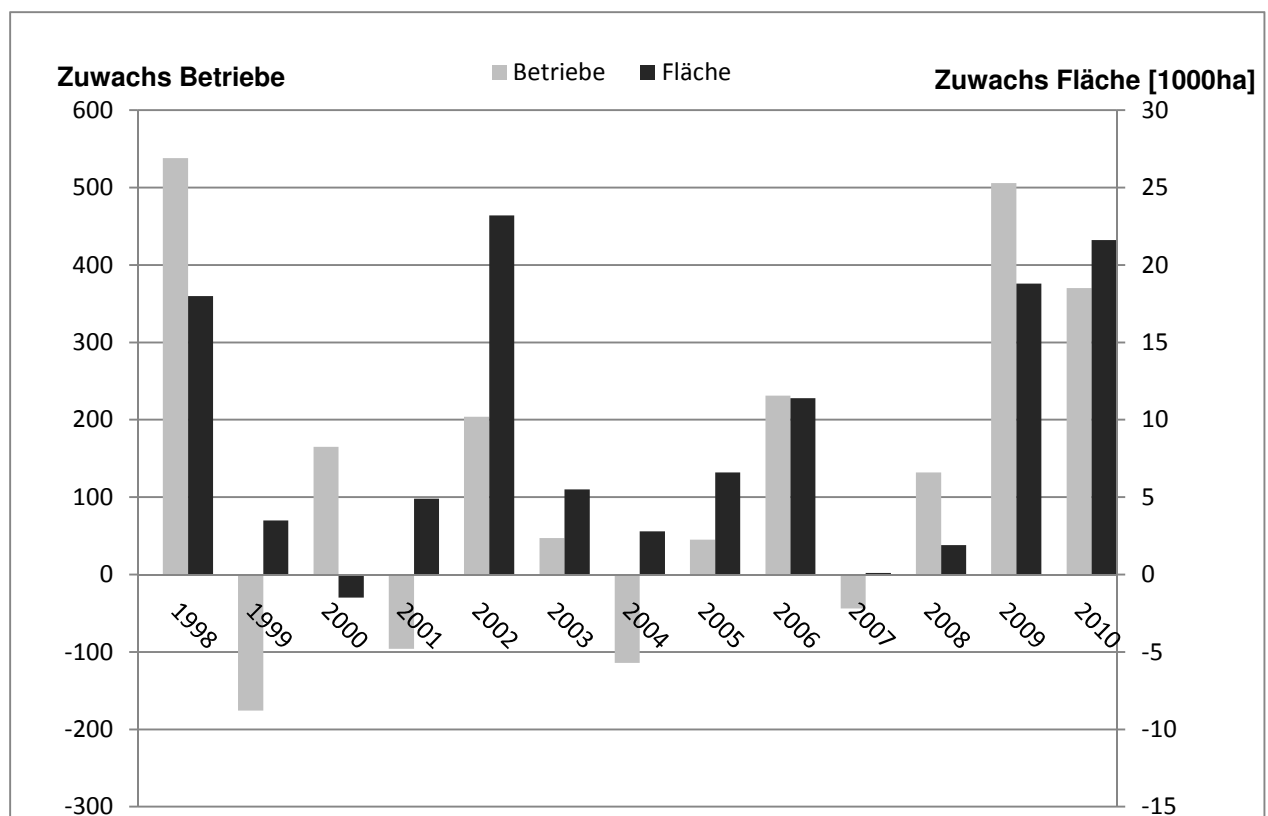


Abbildung 2: Jährliche Zuwächse bei Bioflächen und Biobetrieben in Bayern von 1998 bis 2010.
(Eigene Darstellung nach STMELF (2010a, 2012c)).

3.1.3 Verbands- und Organisationsstruktur

In Österreich gibt es mit *Bio Austria* eine große Dachorganisation, die rund 13.000 Biobetriebe vertritt, welche direkte Mitglieder und Eigentümer von Bio Austria sind (BIO AUSTRIA, 2010). *Bio Austria* wurde 2005 gegründet und vertritt seitdem 16 österreichische Bioverbände sowie über 260 Kooperationspartner aus der Lebensmittelwirtschaft (UMWELTBUNDESAMT, 2012). Darunter sind auch die vorher bestehenden Dachverbände *ARGE Biolandbau* und *Österreichische Interessensgemeinschaft für biologischen Landbau* sowie der vorher größte Verband *ERNTE für das Leben* (vgl. FREYER et al., 2001). Für die regionale Betreuung in den Bundesländern sind die Landesverbände zuständig; diese entsenden jeweils ein Vorstandsmitglied in die Bundesorganisation *Bio Austria*, welche Aufgaben in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Qualitätsmanagement übernimmt (BIO AUSTRIA, 2010). Die Ziele von Bio Austria sind die Entwicklung des Biolandbaus, die Mitgestaltung eines agrarpolitischen Leitbildes sowie die Absatzförderung

von Biolebensmitteln; zur Forcierung der Marktentwicklung wurde eine Tochtergesellschaft gegründet (BIO AUSTRIA, 2010).

In Österreich haben sich die Verbände bereits früh für die optimierte Vermarktung von Biolebensmitteln eingesetzt: Im Jahr 1983 wurde auf Initiative der Verbände eine staatliche Richtlinie für Bioprodukte festgesetzt, um diese von anderen naturnahen Erzeugnissen sicher abzugrenzen und der Verbraucherverunsicherung entgegenzuwirken (LAMPKIN et al., 1999a). Die Marketingstrategie des Verbands *ERNTE für das Leben* zielte darauf ab möglichst große Kundenkreise zu erschließen und präsentierte sich offen für die Vermarktung von Bioprodukten über alle Absatzwege (ALLERSTORFER, 1995). Bereits 1994 wurde durch den *ERNTE*-Verband eine Kooperation mit dem Lebensmitteleinzelhandel eingegangen, welche erstmals den flächendeckenden Absatz von frischen Biolebensmitteln über die Supermärkte ermöglichte. LAMPKIN et al. (1999b) bestätigten die damals noch eigenständigen Bioverbände und Dachverbände als die treibenden Kräfte für die Marktentwicklung bei Bioprodukten in Österreich.

Auf Ebene der bayerischen Verbände liegt eine ähnliche Hierarchie wie bei *Bio Austria* vor. Die BiobäuerInnen sind in den Landesverbänden von *Bioland*, *Naturland*, *Biokreis* und *Demeter* organisiert, welche jeweils einen Vertreter in die Dachorganisation *Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V.* (LVÖ) entsenden (STMELF, 2010a). Die LVÖ ist eine Interessensvertretung für den Biolandbau und hat die Förderung der Produktion, die Anregung des Endverbrauchs und die Mitgestaltung rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen zum Ziel; zu den Verbandsaufgaben zählen die Öffentlichkeitsarbeit, die Verbraucher- und Erwachsenenbildung sowie die Markterschließung (LVÖ, 2012). Da in der LVÖ die vier größten bayerischen Anbauverbände zusammengeschlossen sind, werden derzeit rund 4.800 Biobetriebe vertreten (STMELF, 2010a). Die vier bayerischen Öko-Erzeugerringe der Verbände stellen beratende Mitglieder als Fachgruppe dar (LVÖ, 2012). Der Dachverband wurde 1992 gegründet, der Anteil von in Verbänden organisierten Biobetrieben stieg seit Mitte der 1990er Jahre ständig an (vgl. STMLF/STMELF, versch. Jahrgänge). Für die bayerischen BiobäuerInnen gibt es dichte Netzwerke und gute Beratungsstrukturen, welche von den Verbänden und vom Dachverband ausgehen (ENGEL et al., 2006).

Betrachtet man ganz Deutschland, folgen noch weitere Ebenen der Verbandsorganisation: Die bayerischen Landesverbände von *Bioland*, *Naturland*, *Biokreis* und *Demeter* sind jeweils in Bundesverbänden organisiert, welche Mitglied im *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft* (BÖLW) sind. Der BÖLW ist der Spitzenverband der Erzeuger, Verarbeiter und Händler ökologischer Lebensmittel in Deutschland und deckt somit die gesamte Wertschöpfungskette ab (BÖLW, 2012b). Der BÖLW wurde 2002 gegründet und ersetzte die *Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau* (AGÖL), welche seit 1988 als Dachverband für ganz Deutschland fungierte (BÖLW, 2012b). Die AGÖL setzte sich ab Beginn ihrer Gründung mit einer privaten Rahmenrichtlinie für Verbandsübergreifende Standards im Ökolandbau ein und übernahm damit die von der *Stiftung Ökologie und Landbau* bereits 1984 definierten Standards (LAMPKIN et al., 1999a).

In den 1990er Jahren gab es in Deutschland viele verschiedene Organisationen, die sich für den Ökolandbau einsetzten. An der Marktentwicklung wirkten die einzelnen Verbände und Erzeugerorganisationen, deren Dachverbände, der *Bundesverband Naturkost Naturwaren* (BNN) und die *Centrale Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft* (CMA) mit (LAMPKIN et al., 1999b). Diese starke Zersplitterung verhinderte ein einheitliches Angebot an Biolebensmitteln, da die Organisationen unterschiedliche Marketingstrategien verfolgten und nicht zusammen arbeiteten (MICHELSEN et al., 1999; GROß, 2007). Ein einheitliches Angebot ist jedoch für die Erschließung von Massenmärkten erforderlich (siehe Abschnitt 3.3). Erst die Vereinigung der verschiedenen Organisationen in der neu gegründeten BÖLW bündelte die Interessen und erhöhte vermutlich die Effektivität der Marketingaktivitäten.

In Bayern und in Österreich bestehen also auf den ersten Blick ähnliche Strukturen der Verbandsorganisation. In beiden Ländern gibt es einen Dachverband, bei dem ein Großteil der Biobetriebe Mitglied ist. In Bayern werden 85% der Biobetriebe durch den Dachverband LVÖ vertreten. In Österreich sind zwar nur 60% der Biobetriebe durch *Bio Austria* vertreten, vermutlich besteht bei den BetriebsleiterInnen jedoch ein höheres Zugehörigkeitsgefühl, da diese Anteilseigner sind. Durch die Dachverbände werden ähnliche Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Markterschließung wahrgenommen, wobei in Österreich eine stärkere Fokussierung auf die Vermarktungsunterstützung festzustellen ist. Besonders hervorzuheben ist der Einsatz eines großen österreichischen Bioverbands bei der frühen Erschließung von Massenmärkten. Für eindeutige Richtlinien im Biolandbau setzten sich die Verbände in beiden Ländern bereits Anfang der 1980er Jahre ein, in Deutschland konnte jedoch – im Gegensatz zu einer staatlichen Regelung wie in Österreich – nur eine private Richtlinie geschaffen werden. Dichte Netzwerke und Beratungsstrukturen liegen in beiden Ländern vor, diese sind neben materiellen Anreizen wichtige Motive für die Umstellung und Beibehaltung des Biolandbaus (siehe Abschnitt 3.2.4).

3.2 Faktoren auf Ebene der Produktion: Staatliche Förderung

In der gesamten Landwirtschaft stellen Förderungen einen wichtigen Faktor der Einkommenssicherung dar. Die wichtigsten staatlichen Transferleistungen stammen derzeit sowohl in Österreich als auch in Deutschland aus folgenden Maßnahmen beziehungsweise Programmen:

- Direktzahlungen aus der ersten Säule der GAP (Marktordnungsausgaben), welche zu 100% aus EU-Mitteln bestehen. Da es sich weder um eine speziell auf den Ökolandbau bezogene noch um eine von den Ländern gestaltbare Förderung handelt, soll sie in dieser Arbeit nicht näher behandelt werden.
- Maßnahmenprogramme der zweiten Säule der GAP (Ländliche Entwicklung), darunter als bedeutendste die Agrarumweltprogramme, die Ausgleichszulage, die Investitionsförderung und die Vermarktungsförderung. Die Maßnahmen werden von den Ländern mitgestaltet und erhalten eine Kofinanzierung der EU. Sie richten sich grundsätzlich an alle landwirtschaftlichen Betriebe, bieten jedoch spezielle Fördermöglichkeiten für Biobetriebe, welche in den folgenden Abschnitten (3.2.1 und 3.2.2) dargestellt werden.
- Weitere Maßnahmen im Rahmen der nationalen Aktionsprogramme für den biologischen Landbau, welche hauptsächlich in den Bereichen Beratung, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Marktforschung ansetzen. Eine Erläuterung dieser Maßnahmen erfolgt in Abschnitt 3.2.3.

3.2.1 Agrarumweltprogramme und Ausgleichszulage

Die Agrarumweltprogramme stellen eine nach Nutzungsart (Grünland, Ackerflächen, Dauerkulturen und Gemüse) differenzierte Flächenförderung dar und vereinen unterschiedliche Maßnahmen, die zum Teil kombiniert werden können. In Österreich wird das *Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft* (ÖPUL) angeboten, in Bayern das bundeslandeigene *Kulturlandschaftsprogramm* (KULAP). Die Programme ähneln sich sowohl in ihrem Aufbau als auch in ihrem Ziel (siehe STMELF, 2011a; BMLFUW, 2011): Beide Agrarumweltprogramme setzen sich aus verschiedenen Maßnahmen zusammen, die zum Teil kombinierbar sind; Ziel beider Maßnahmenprogramme ist eine extensivere und umweltverträglichere Landwirtschaft (ART, 2010; BMLFUW, 2011). Beide Agrarumweltprogramme richten sich sowohl an konventionelle als auch an biologische LandwirtInnen und fördern somit eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Die Programme werden von den Ländern selbst ausgearbeitet, bedürfen jedoch einer Genehmigung durch die EU für jeweils eine begrenzte Förderperiode, da sich die Mittel aus EU-, Bundes- und Landesmitteln zusammensetzen (ART, 2010). Die Agrarumweltprogramme nehmen in der Agrarförderung

eine wichtige Stellung ein, da sowohl in Österreich als auch in Bayern mindestens die Hälfte des Agrarbudgets in diese Maßnahmen fließt (ART, 2010; BMLFUW, 2011).

Die Agrarumweltprogramme bieten jeweils eine spezielle **Maßnahme für den Ökolandbau** an: Im ÖPUL ist dies die *Biologische Wirtschaftsweise*, im KULAP die *Gesamtbetriebliche Maßnahme ökologischer Landbau*. In beiden Ländern gibt es Möglichkeiten der Prämienkumulierung und einen zusätzlichen Kontrollkostenzuschuss für Biobetriebe. Zum Teil liegen unterschiedliche Beschränkungen (Beispiel: Viehbesatz) oder Bedingungen (Beispiel: Mindestbetriebsgröße) vor. In Bayern ist keine Förderung bei Teilumstellung möglich (STMELF, 2011a). In Österreich gibt es Ausnahmeregelungen für Teilumstellungen, wenn eigenständige Betriebsanlagen und landwirtschaftliche Nutzflächen für die Teilbetriebe vorliegen (BMLFUW, 2007b). Österreich zahlt während der Mindestvertragslaufzeit von jeweils fünf Jahren einheitliche Prämien aus (BMLFUW, 2007b). Bayern hingegen hat seit 2008³ ein gestaffeltes System, bei welchem die Umstellungsförderung für die ersten zwei Jahre höher ist als die Beibehaltungsförderung der weiteren drei Jahre einer fünfjährigen Förderperiode (NIEBERG et al., 2011; STMELF 2011a). In allen darauffolgenden Förderperioden erhalten die bayerischen BiobäuerInnen weiterhin die Beibehaltungsförderung (STMELF, 2011a).

In Österreich ist das aktuelle ÖPUL 2007 bereits das vierte Agrarumweltprogramm seit 1995. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 554 Mio. € ausbezahlt, davon flossen 99,1 Mio. € an 20.789 Förderfälle der Maßnahme *Biologische Wirtschaftsweise*; dies entspricht im Durchschnitt rund 4.766 € je Betrieb (BMLFUW, 2011). Die geförderten Biobetriebe bewirtschafteten eine Fläche von 414.148 ha, sodass von einer durchschnittlichen Prämie von 239 €/ha im Jahr 2010 ausgegangen werden kann (BMLFUW, 2011). Der Biolandbau wurde in Österreich bereits seit 1989 gefördert (FREYER et al., 2001). In den Jahren 1989 und 1990 gab es zuerst eine Unterstützung für Bioverbände und für den Aufbau von Vermarktungsstrukturen, in den Jahren 1990 und 1991 folgten Pilotprojekte zur Umstellungsförderung (LAMPKIN et al., 1999a). Ab 1992 wurde eine Umstellungs- und Beibehaltungsförderung als sogenannter *Biobauernzuschuss* (BMLF, 1995a; LAMPKIN et al., 1999a) sowie eine Förderung für umweltschonende Maßnahmen ausbezahlt (BMLF, 1995a). Dass sich die Förderbedingungen mit der Einführung des ersten Agrarumweltprogrammes ÖPUL 95 im Vergleich zu den vorherigen Programmen verbesserten, zeigt die hohe Anzahl an Umstellungen in Österreich zu dieser Zeit (FREYER et al., 2001). Im Vergleich zu anderen EU-Ländern⁴ waren die Prämienätze in Österreich sehr hoch, was die Umstellung auf Biolandbau attraktiv machte und den Zusammenhang zwischen hohen Zahlungs- und Wachstumsraten bestätigte (LAMPKIN et al., 1999a). Es folgten drei weitere Agrarumweltprogramme: Im ÖPUL 98 blieben die Prämienätze für die *Biologische Wirtschaftsweise* im Vergleich zum Vorläuferprogramm stabil, mit der Einführung des ÖPUL 2000 wurden die Prämienätze sogar leicht angehoben (BMLFUW, 2000b; FREYER et al. 2001). Im aktuellen Programm ÖPUL 2007 wurden die Prämienätze abgesenkt und zudem stärker gestaffelt (BMLFUW, 2007b).

In Bayern wurden in den Jahren 2007 bis 2009 durchschnittlich 133,5 Mio. € pro Jahr für das gesamte KULAP ausgegeben (ART, 2010), im Jahr 2010 betrug die Zuwendungen rund 172 Mio. € (STMELF, 2012c). Auf die *Gesamtbetriebliche Maßnahme ökologischer Landbau* entfielen 2010 rund 40 Mio. € (STMELF, 2012c). Diese Mittel wurden an rund 5.405 Biobetriebe ausbezahlt, was durchschnittlich 7.463 € je Betrieb und 216 €/ha entspricht (STMELF, 2012c). In Deutschland wurde seit 1989 eine Umstellungsförderung auf Basis des EG-Extensivierungsprogrammes gewährt, ab 1994 bestanden von den Bundesländern gestaltbare Agrarumweltprogramme, welche neben der Umstellungsförderung auch eine Beibehaltungsförderung für den Ökolandbau vorsahen (NIEBERG und STROHM-LÖMPCKE,

³ Ebenfalls im Jahr 2008 führte Bayern eine Deckelung des KULAP ein, welche seitdem die Förderung auf 40.000 € je Betrieb und Jahr begrenzt (NIEBERG et al., 2011). In Österreich ist derzeit keine Begrenzung gesetzt (BMLFUW, 2007b).

⁴ Im Jahr 1994 haben alle EU-15 Länder Agrarumweltprogramme eingeführt, allerdings mit sehr unterschiedlichen Bedingungen und Prämienätzen (LAMPKIN et al., 1999a).

2001). Bayern setzte das KULAP jedoch bereits vorher um und gewährte ab 1988 Ausgleichszahlungen für umweltschonende Landwirtschaft (STMELF, 2011a). Die Prämiensätze in Deutschland wurden mehrfach angepasst (NIEBERG et al., 2011): Nach 1994 erfolgte eine Absenkung mit dem Argument die Erzeugerpreise schützen zu wollen, erst ab 1998 wurden die Prämien wieder erhöht. Vor allem 2002 erfolgte eine starke Erhöhung der Prämiensätze aufgrund der politischen Entscheidungen in Folge der Agrarwende, 2007 eine Absenkung, in den Jahren 2008/2009 wieder eine leichte Anhebung ohne jedoch das Niveau von vor 2007 zu erreichen; letztendlich wurden die Prämien 2011 wieder leicht abgesenkt (NIEBERG et al., 2011). Betrachtet man den Trend, sind die Prämien seit 1994 gestiegen. Insgesamt betrachtet nimmt Bayern seit der Einführung der Agrarumweltmaßnahmen durchgehend eine Spitzenposition bei der Höhe der Fördersätze in Deutschland ein, vor allem Grünland- und Ackerflächen werden stark gefördert (LAMPKIN et al., 1999; NIEBERG et al., 2011).

Vergleicht man die Fördertabellen der Agrarumweltprogramme seit 1995, lässt sich feststellen, dass die Prämien für Bioflächen in Österreich meist deutlich höher waren und zudem weniger Schwankungen aufwiesen: Österreich lag mit seinen Prämien im ÖPUL 95 deutlich über dem EU-Durchschnitt und somit deutlich über Deutschland. Die Prämien waren beispielsweise im Jahr 1997 für Ackerkulturen und Gemüse in Österreich mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland; selbst im Vergleich zum besser ausgestatteten Bayern lagen die österreichischen Prämiensätze immer noch zwischen 50% bis 200% höher (LAMPKIN et al., 1999; NIEBERG et al., 2011).

Ob **Kontinuität bei der Förderung** besteht, zeigt die Betrachtung der Prämienentwicklung im Zeitraum von 1995 bis 2010. Während in Österreich die Prämien zwischen 1995 und 2000 stabil blieben, waren sie in Bayern vor allem in den Jahren 1996 und 1997 sehr niedrig (NIEBERG et al., 2011). Im Vergleich zum EG-Extensivierungsprogramm, welches vor 1994 gewährt wurde, sanken die Prämien in Bayern sogar und wurden somit unattraktiver (NIEBERG und STROHM-LÖMPCKE, 2001). In Österreich hingegen verlief die Entwicklung entgegengesetzt, da mit dem ÖPUL 95 ein sehr attraktives Förderprogramm geschaffen wurde. Erst ab 1998 wurden die Prämiensätze im KULAP angehoben, diese lagen jedoch bei Acker-, Gemüse- und Dauerkulturen immer noch unterhalb der ÖPUL-Sätze, nur bei der Grünlandförderung marginal darüber (BMLF, 1999; BMLFUW, 2000b; NIEBERG et al., 2011). Von 2001 bis 2006 lag die Förderung für Grünland in Bayern laut Prämientabelle auf gleichem beziehungsweise minimal höherem Niveau als in Österreich (BMLFUW, 2007b; NIEBERG et al., 2011). Dies entspricht den Beobachtungen, dass die Bedeutung des Ökolandbaus in Deutschland in Anschluss an die BSE-Krise seinen Höhepunkt erreichte. Für die neue Förderperiode 2007–2013 haben beide Länder Kürzungen in ihren Agrarumweltprogrammen vorgenommen; ab 2007 waren die Prämiensätze für den Biolandbau im ÖPUL wieder deutlich höher als die Vergleichswerte im KULAP (BMLFUW, 2007b; NIEBERG et al., 2011). Tendenziell sind die Prämiensätze im ÖPUL also höher als im KULAP.

Möchte man Bayern und Österreich vergleichen, ist – zusätzlich zu den Werten aus den Fördertabellen – die durchschnittlich ausbezahlte Flächenprämie interessant. Abbildung 3 zeigt einen Vergleich der durchschnittlichen Flächenprämien, die in Österreich und Bayern über die Agrarumweltprogramme an alle teilnehmenden Biobetriebe ausbezahlt wurden. Die Flächenprämien entwickelten sich in Bayern zwischen 1997 und 2009 folgendermaßen (siehe Abbildung 3): In den Jahren 2000 und 2008 erhielten die bayerischen Biobetriebe, die an der *Gesamtbetrieblichen Maßnahme ökologischer Landbau* teilnahmen, mit durchschnittlich rund 235 €/ha die höchsten Prämien innerhalb des Betrachtungszeitraums. Von 1997 bis 2000 waren die durchschnittlichen Flächenprämien stark angestiegen, im darauf folgenden Zeitraum bis 2008 im Zwei-Jahres-Rhythmus gesunken und gestiegen, 2009 und 2010 erfolgten wiederum Absenkungen.

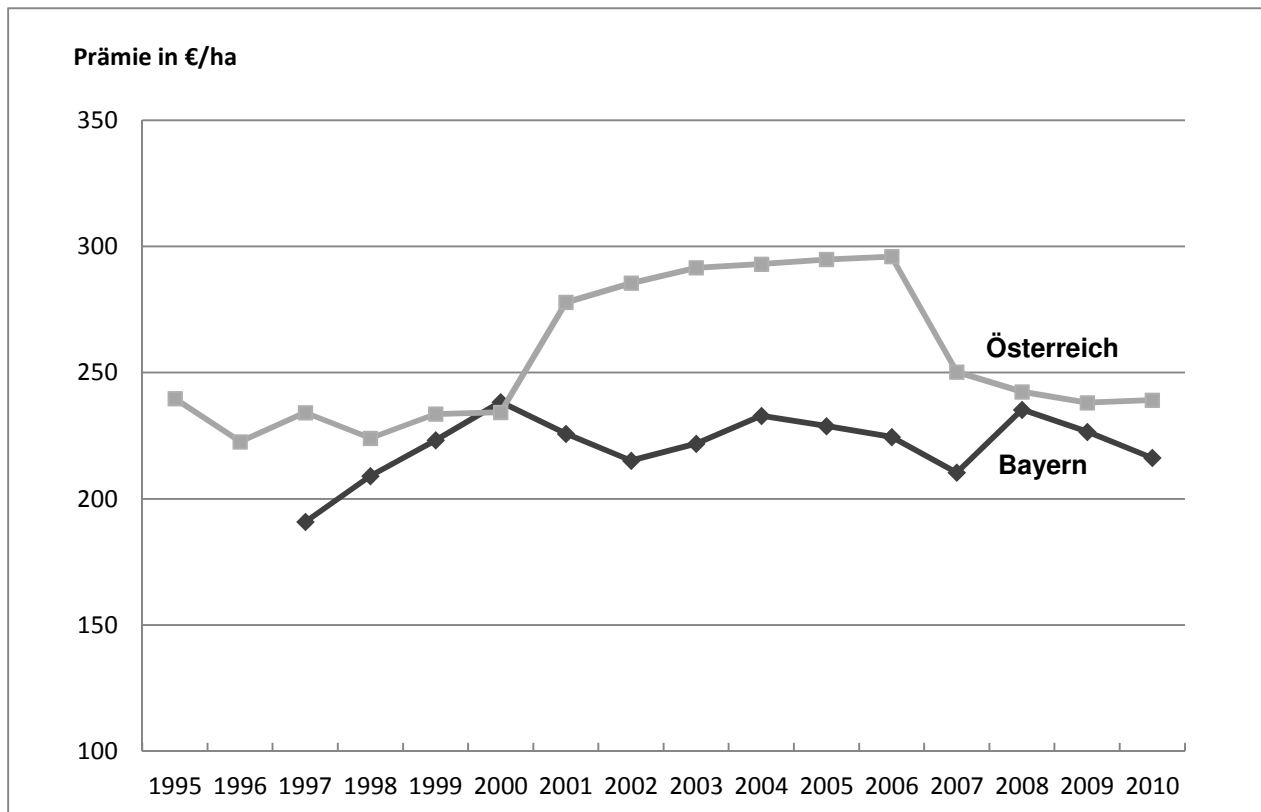


Abbildung 3: Durchschnittlich ausbezahlte Flächenprämien für geförderte Bioflächen innerhalb der Agrarumweltprogramme in Österreich und Bayern.

(Eigene Darstellung nach STMELF (2010a, 2012c); BMLF/ BMLFUW (versch. Jahrgänge)).

Für Österreich ergibt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 3): Zwischen 1995 und 2000 schwankten die für die *Biologische Wirtschaftsweise* durchschnittlich ausbezahlten Flächenprämien zwischen 223 €/ha und 239 €/ha; ab 2001 erfolgte ein starker Anstieg bis auf 296 €/ha im Jahr 2006. Im Zeitraum von 2007 bis 2010 sanken die durchschnittlichen Flächenprämien wieder, blieben aber mit Werten von rund 240 €/ha leicht über dem Niveau der späten Neunzigerjahre. Die durchschnittlich ausbezahlten Flächenprämien in Österreich waren – mit Ausnahme des Jahres 2000 – zu jedem Zeitpunkt höher als in Bayern. Hauptsächlich im Zeitraum zwischen 2001 und 2006 waren gravierende Unterschiede von durchschnittlich 65 €/ha zwischen den beiden Ländern zu beobachten. In den Jahren 2008 und 2009 erfolgte eine Annäherung, im Jahr 2010 vergrößerte sich der Unterschied wieder. Vergleicht man die Flächenprämien im Jahr 2010, ergibt sich für Österreich eine Prämie von 239 €/ha, für Bayern von 216 €/ha. Für beide Länder haben die durchschnittlich ausbezahlten Flächenprämien im Jahr 2010 ein relativ niedriges Niveau erreicht.

Zusätzlich zu den Agrarumweltprogrammen kann im Rahmen der **Ausgleichszulage** eine Flächenprämie für Betriebe in benachteiligten Gebieten gewährt werden; die Ausgleichszulage soll natürlich ungünstige Standortbedingungen und Produktionsnachteile ausgleichen (STMELF, 2010a). Diese Prämie besteht sowohl in Bayern als auch in Österreich und wird je nach Erschwernisgrad in unterschiedlichen Abstufungen ausbezahlt, wobei die Berggebiete am höchsten bemessen werden. Da viele Biobetriebe in benachteiligten Zonen liegen (siehe Abschnitt 3.1.2), erhalten sie die Ausgleichszahlungen häufig. In Österreich erhielten im Jahr 2010 rund 56% aller landwirtschaftlichen Flächen (INVEKOS) und 71% aller Betriebe die Ausgleichszulage; diese betrug 271,5 Mio. €, was einer Prämie von durchschnittlich 2.886 € je Förderfall und 174 € je Hektar entspricht (BMLFUW, 2011). In Bayern wurde die Ausgleichszulage im Jahr 2010 für rund 46% aller landwirtschaftlichen Flächen und 72% der Betriebe ausbezahlt; insgesamt wurde eine Summe von 111,4 Mio. € aufgewandt, was einer durchschnittlichen Prämie von 1.580 € je Förderfall und 78 € je Hektar entspricht (STMELF, 2012c). Liegt ein (Bio-) Betrieb in einem benachteiligten Gebiet in Österreich, erhält er für

seine Fläche mehr als das Doppelte an Ausgleichszulage als sein Pendant in Bayern. Verfolgt man die Daten bis 1995 zurück, lassen sich keine größeren Unterschiede zur Situation im Jahr 2010 erkennen (siehe STMLF, 2000, 2006; STMELF 2010a, 2012c; BMLFUW, 2011).

Wie gezeigt wurde, spielten bei der Entwicklung des Biolandbaus die Flächenprämien aus den Agrarumweltprogrammen und der Ausgleichszulage eine wichtige Rolle. In beiden Fällen wurden Betriebe in Österreich im Durchschnitt stärker unterstützt als in Bayern. Die Agrarumweltprogramme stellen in beiden Ländern die wichtigsten Flächenprämien dar, sind jedoch unterschiedlich ausgestaltet. Österreich gewährte bereits ab 1995 vergleichsweise hohe Prämien für Biobetriebe und schuf eine große Attraktivität für die Umstellung. In Bayern gelang dies erst im Jahr 1998, beziehungsweise nach der angekündigten Agrarwende. Neben den größtenteils höheren Förderungen veränderte Österreich seine Prämienätze seltener als Bayern. Da es in Österreich mehr Biobetriebe gibt, lässt sich daraus schließen, dass sowohl die absolute Prämienhöhe als auch deren Kontinuität ausschlaggebend ist. Dass Prämienhöhungen Einfluss auf die bayerischen Biobetriebe haben, zeigen die Jahre 1998, 2002 und 2009, in denen viele Betriebe umgestellt wurden. Neben der absoluten Prämienhöhung kann auch der Impuls, der von einer Ankündigung zur Erhöhung ausgeht, Wirkung zeigen. In Bayern lösten beispielsweise geringfügige Änderungen 2008/2009 Dynamik aus. Als hinderliche Faktoren für eine stärkere Entwicklung des Biolandbaus in Bayern lassen sich also die Prämienhöhe und der späte Beginn einer effektiven Förderung festhalten; zudem können viele Schwankungen bei den Prämienätzen Risiko signalisieren und deshalb abschreckend auf die BäuerInnen wirken.

3.2.2 Förderungen zu Marktstruktur und Investitionen

Sowohl in Österreich als auch in Bayern kommen den Biobetrieben weitere Förderungen im Rahmen der Marktstrukturverbesserung und Investitionsförderung zu. Grundsätzlich werden in beiden Ländern ähnliche Programme angeboten, weil die EU-Vorgaben hier die gleichen Rahmenbedingungen schaffen. Im Vergleich zu den vorher beschriebenen Agrarumweltprogrammen (siehe Abschnitt 3.2.1) haben diese weiteren Programme wegen geringerer finanzieller Ausstattung weniger Bedeutung.

Die Agrarstruktur- und Agrarumweltpolitik fällt in Deutschland größtenteils in den Kompetenzbereich der Länder. Die Bundesländer können für ihre angebotenen Maßnahmen zusätzliche Bundesmittel erhalten, wenn sie die Rahmenbedingungen der bundesdeutschen *Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes* (GAK) einhalten. Grundsätzlich können jedoch Programme außerhalb der GAK realisiert werden, wie dies in Bayern der Fall ist. Über die GAK wird der ökologische Landbau in Deutschland mit rund 137 Mio. € pro Jahr gefördert (BMELV, 2011). Innerhalb der GAK ist das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) die wichtigste Maßnahme für Ökobetriebe. Das AFP wurde im Jahr 2007 modifiziert und stellt seitdem alle Betriebe gleich, von 2000 bis 2006 erhielten Biobetriebe höhere Zuschüsse als die konventionellen Betriebe; in Bayern wurden beispielsweise im Jahr 2006 rund 37% aller Investitionszuschüsse für Ökobetriebe aufgewandt (NIEBERG et al., 2011). Bayern hatte in den Jahren 2001 bis 2003 als Reaktion auf BSE ein zusätzliches Landesprogramm zur Förderung der Umstellung auf artgerechte Tierhaltung entworfen, welches sich stark an der EG-Ökoverordnung orientierte und deshalb von Ökobetrieben besonders häufig angenommen wurde (NIEBERG et al., 2011).

Innerhalb der GAK besteht des Weiteren ein Förderprogramm zur Marktstrukturverbesserung, welches jedoch Bioprodukten seit 2007 keine Sonderstellung mehr einräumt. NIEBERG et al. (2011: 85ff) beschreiben dieses Förderprogramm ausführlich, die Umsetzung in Bayern lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Förderfähig ist die Vermarktung von Qualitätsprodukten durch Erzeugergemeinschaften oder -zusammenschlüsse, welche Zuschüsse zu Organisationskosten, Investitionen und Vermarktungskonzepten erhalten. Von 1990 bis 2006 gab es eine spezielle Förderung für die Vermarktung von Biolebensmitteln mit dem Schwerpunkt kleine Erzeugerzusammenschlüsse ab fünf Erzeugern; Ziel war die Bündelung von Ökoprodukten zu größeren Parteien, damit die Erfordernisse des Marktes besser erfüllt werden konnten. In Bayern fand diese Art der Förderung zwischen 1994 und 1996 sowie zwischen 2003 und 2007 statt; die Aussetzung der Förderung begründet sich durch ein abflachendes Interesse zwischen einem anfänglichen Gründungsboom und der Agrarwende. Von 1996 bis 2007 fand in Bayern zusätzlich eine kontinuierliche Förderung im Bereich der Verarbeitung und Vermarktung von Biolebensmitteln statt; besonderen Stellenwert nahmen die Markenprogramme ein, welche in der Zeit von 1996 bis 2003 hauptsächlich für Fleisch und regional erzeugte Biolebensmittel eingesetzt wurden. Vor allem ab 2001 wurden in Bayern aufgrund der BSE-Krise umfangreiche Sondermittel freigesetzt, von denen der Ökolandbau profitierte.

Im Vergleich zu Bayern gibt es in Österreich grundsätzlich ähnliche Programme zur Investitionsförderung (Investitionsförderung und Zinszuschüsse) sowie zur Marktstrukturverbesserung (Verarbeitung, Vermarktung und Markterschließung, Absatzförderung) (BMLFUW, 2011). Allerdings ist nicht ersichtlich, welche Mittel in den Biolandbau fließen, da sich die Programme an die gesamte Landwirtschaft richten. Da das Agrarbudget für die zweite Säule in Österreich jedoch höher ist als in Bayern, wird angenommen, dass den österreichischen Betrieben auch mehr Gelder zufließen. Im Jahr 2009 beispielsweise war das Agrarbudget in Österreich doppelt so hoch wie in Bayern; rechnet man den Anteil für Agrarumweltmaßnahmen und Ausgleichszulage weg, verblieben in Österreich im Jahr 2009 mehr als 300 Mio. € für weitere Fördermaßnahmen im Rahmen der zweiten Säule (BMLFUW, 2010), in Bayern nur rund 215 Mio. € (ART, 2010). Umgelegt auf alle geförderten landwirtschaftlichen Betriebe entspricht dies in Österreich rund 2.300 € pro Betrieb und Jahr, in Bezug auf die Fläche 110 €/ha LF; in Bayern entfallen nach dieser Berechnung pro Betrieb und Jahr 2.196 €, in Bezug auf die Fläche jedoch lediglich 68 €/ha LF (Eigene Berechnung nach ART, 2010; BMLFUW 2010a, 2011; NIEBERG et al., 2011). Unter der Annahme, dass die österreichischen Biobetriebe mindestens durchschnittlich gefördert werden, ergibt sich ein Vorteil gegenüber den bayerischen Betrieben.

Sowohl Deutschland als auch Österreich hatten bereits seit den Neunzigerjahren effektive Marktentwicklungs- und Regionalprogramme (LAMPKIN et al., 1999a) und bieten bis heute ähnliche Fördermaßnahmen im Rahmen von Investitionsbeihilfen und Marktstrukturverbesserung an. Wegen des höheren österreichischen Agrarbudgets für diese Maßnahmen wird ein Vorteil gegenüber Bayern angenommen. Im Vergleich zu den Agrarumweltprogrammen haben diese Maßnahmen eine untergeordnete Bedeutung und sind den Biobetrieben nur bedingt zuordenbar. Deswegen kann nicht abschließend geklärt werden, wie groß der Einfluss auf die Biobetriebe tatsächlich ist.

3.2.3 Maßnahmen der nationalen Aktionsprogramme

Im Rahmen der nationalen Aktionsprogramme für den Biolandbau bestehen weitere Fördermaßnahmen, welche hauptsächlich bei Beratung, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Marktforschung ansetzen.⁵ Die Mittelherkunft für diese Maßnahmen ist unterschiedlich; des Weiteren ist nicht immer klar zuordenbar, welche Mittel in den Biolandbau fließen. Trotzdem soll ein Überblick über diese Maßnahmen gegeben werden, da hierdurch ein Eindruck entstehen kann, welche Ideen zur Förderung des Biolandbaus bestehen, in welche Richtung diese abzielen und wie breit die Länder aufgestellt sind.

⁵ In Österreich gibt es seit 2001 ein Bio-Aktionsprogramm, welches alle zwei bis drei Jahre erneuert wird; für das betrachtete Jahr 2010 gilt das *Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft 2008-2010*, welches pro Jahr rund 8,5 Mio. € für Beratung und Bildung vorsieht (BMLFUW, 2008c). In Deutschland kann das *Bundesprogramm Ökologischer Landbau* (BÖL) als Aktionsprogramm gewertet werden, welches seit 2001 besteht und – nach anfänglichem Budget von 35 Mio. € – seit 2007 16 Mio. € pro Jahr zur Verfügung stellt (NIEBERG et al., 2011).

Sowohl in Österreich als auch in Bayern werden die Bioverbände und weitere beratende Organisationen finanziell unterstützt. In Bayern wird grundsätzlich sowohl die staatliche Beratung an den Landwirtschaftsämtern als auch die Beratung über die verbandsorientierten Erzeugerringe mitfinanziert; in den vergangenen zehn Jahren betrug die Förderung für die Beratungsangebote der Erzeugerringe rund 1–1,2 Mio. €, die Zuwendungen zwischen 1994 und 2000 waren mit rund 0,75 Mio. € etwas geringer (STMLF/ STMELF, Agrarbericht versch. Jahrgänge). Im Jahr 2010 wurde die Beratungstätigkeit mit rund 1,32 Mio. € gefördert (STMELF, 2012c). Zusätzliche Mittel für die Qualifizierung der Beratung – wie beispielsweise Traineestellen und Arbeitskreise – stellt das *Bundesprogramm Ökologischer Landbau* (BÖL) zur Verfügung (NIEBERG et al., 2011). Der Dachverband LVÖ erhält seit 1994 Zuwendungen für die Erledigung verbandsübergreifender Tätigkeiten; in den letzten Jahren betrug diese Förderung rund 41.000 € jährlich, in einigen Jahren wurden für die Durchführung von Vermarktungsinitiativen rund 50% mehr aufgewendet (NIEBERG et al., 2011). Zählt man diese Gelder zur Förderung der Beratungsangebote hinzu, wurden in Bayern im Jahr 2010 rund 1,36 Mio. € für die Organisation der Bioverbände sowie die Beratung über die Erzeugerringe aufgewendet.

In Österreich lagen die Mittel für die Förderung von Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Organisation der Bioverbände bei 1,44 Mio. € im Jahr 2010 (BMLFUW, 2011). Auch in den Jahren zuvor wurden Summen in dieser Größenordnung aufgewendet, insgesamt ist die Förderung für die Beratung in den letzten Jahren leicht gesunken (BMLF/ BMLFUW, *Grüne Berichte* versch. Jahrgänge). Somit lagen die Förderungen für den Bereich Beratung in Österreich rund 6% höher als in Bayern, werden jedoch durch die höhere Anzahl an Bio-betrieben relativiert. Insgesamt ergibt sich ein ähnliches Bild: Die Beratungseinrichtungen und Bioverbände werden sowohl in Österreich als auch in Bayern seit Mitte der Neunzigerjahre kontinuierlich gefördert. Ein Angebot an Ausbildungs- und Trainingsprogrammen für LandwirtInnen besteht gleichermaßen in beiden Ländern seit Beginn der Neunzigerjahre (LAMPKIN et al., 1999a). Ein Unterschied in der Ausstattung der Beratung und Bildung kann also als Einflussfaktor weitgehend ausgeschlossen werden.

Die Maßnahmen der Verbraucherbildung und Öffentlichkeitsarbeit ähneln sich in beiden Ländern ebenfalls stark. Die Aktionsprogramme in Österreich und Deutschland bestehen beide seit 2001, in den vergangenen zehn Jahren wurde ein breites Spektrum an Maßnahmen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Verbraucherinformation, Außer-Haus-Verpflegung und Absatzförderung durchgeführt (BMLFUW, 2008c; NIEBERG et al., 2011). Bayern ist in die deutschlandweiten Programme eingeschlossen, bietet jedoch auch eigene Maßnahmen an: Für das 1996 eingeführte bayerische Biozeichen *Öko-Qualität garantiert Bayern*, für die *Bayerischen Öko-Erlebnistage* sowie weitere Verkaufsförderung und Vermarktungskonzepte innerhalb der *Richtlinie Öko-Regio* werden jährlich Fördermittel aufgewandt; der Schwerpunkt der Förderungen lag auch hier auf den Jahren 2001 bis 2006 (NIEBERG et al. 2011; LFL, 2012).

In Bezug auf die Forschungsförderung sind beide Länder gut ausgestattet. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland bestehen derzeit nationale Förderprogramme neben einer Teilnahme am europäischen Forschungsnetzwerk *ERA-NET CORE Organic*. In Deutschland wurden im Jahr 2008 rund 6,5 Mio. € für Forschung im Biolandbau ausgegeben (NIEBERG et al., 2011), das österreichische Budget hierfür wurde mit rund 1,4 Mio. € geplant (BMLFUW, 2005b). Da die Forschungsausgaben seit 2004 relativ stabil waren, wird angenommen, dass in beiden Ländern auch für 2009 und 2010 ähnliche Beträge zur Verfügung standen (WILLER, 2007, 2008). In Bayern wurden im Zeitraum von 1995 bis 2008 rund 0,26 Mio. € für die Ökoforschung an zwei staatlichen Stellen ausgegeben (NIEBERG et al., 2011). Sowohl in Österreich als auch in Deutschland gibt es bereits seit den 1980er Jahren Forschungsaktivitäten im Biolandbau an privaten oder universitären Institutionen (LAMPKIN et al., 1999), Deutschland war jedoch das Pionierland für die Ökoforschung (WILLER, 2008).

Das Ausmaß an Forschungsaktivitäten kann als wichtiger Einflussfaktor für die Entwicklung des Biolandbaus und der Biobranche gesehen werden (LAMPKIN et al., 1999a). Für die unterschiedliche Entwicklung zwischen Deutschland und Österreich kann dieser Faktor jedoch nicht ausschlaggebend sein, da die Forschung in beiden Ländern gut ausgestattet ist. Die Maßnahmen zu Bildung und Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Verbraucherkommunikation sind in Bayern und Österreich vielfältig und unterstützen die BiobäuerInnen indirekt. Die nationalen Aktionsprogramme decken in beiden Ländern ein breites Spektrum an Fördermaßnahmen ab, wodurch Deutschland und Österreich zusammen mit Dänemark und den Niederlanden eine führende Rolle in Europa einnehmen (NIEBERG et al., 2011).

3.2.4 Weitere Einflüsse auf die Umstellungsentscheidung

Nicht nur die Höhe der Förderungen für den Biolandbau ist wichtig, sondern auch die **Differenz zu Förderungen für Alternativen** wie beispielsweise Integrierte Produktion oder Extensivierung (DABBERT et al., 2002). Sowohl in Bayern als auch in Österreich existieren innerhalb der Agrarumweltprogramme Förderungen für konventionelle Maßnahmen, die in Konkurrenz zum Biolandbau stehen können: Dies ist in Österreich beispielweise die *Umweltgerechte Bewirtschaftung von Acker- und Grünlandflächen*, welche mit weiteren Maßnahmen wie zum Beispiel Betriebsmittelverzicht und -reduktion, Silageverzicht oder vorbeugenden Gewässerschutz kombiniert werden kann (BMLFUW, 2007b). In Bayern bestehen ebenfalls Maßnahmen zum Betriebsmittelverzicht, zur Erhöhung der Ackerfruchtfolge, zum Schutz sensibler Gebiete und Gewässer sowie unterschiedliche Grünlandextensivierungsstufen (STMELF, 2011b). Teilweise werden für diese konventionellen Maßnahmen ähnliche Anforderungen an die Bewirtschaftung gestellt, die Kosten für Umstellung, Stallumbauten und Bio-Zertifizierung entfallen jedoch. Deswegen stellen die Maßnahmen für LandwirtInnen durchaus eine Alternative zum Biolandbau dar. Die Prämien sind trotz der Möglichkeit zur Kumulation in der Regel etwas niedriger als im Biolandbau, da sich die Prämienhöhen grundsätzlich an den Einbußen oder höheren Kosten orientieren, die durch die Auflagen der Maßnahme entstehen (BMLFUW, 2007b; ART, 2010).

In beiden Agrarumweltprogrammen nehmen die extensiven Grünlandmaßnahmen eine herausragende Stellung ein und werden besonders häufig beantragt. Dass innerhalb der Agrarumweltprogramme durchaus zwischen konventionellen und biologischen Maßnahmen gewechselt wird, zeigen sowohl Beispiele aus Österreich als auch aus Bayern: In Österreich gab es vor allem nach dem Auslaufen des ersten Agrarumweltprogrammes im Jahr 2000 Rückumstellungen bei Biobetrieben (FREYER et al., 2001); die ÖPUL Maßnahme *Biologische Wirtschaftsweise* wurde von manchen Landwirten durch die Teilnahme an der Maßnahme Betriebsmittelverzicht ersetzt, da eine geringe Förderdifferenz bestand. Die Einbußen bei der Förderung wurden durch weniger strenge Auflagen kompensiert (FREYER et al., 2001). In Bayern zeigen die Entwicklungen zu Beginn der neuen Förderperiode 2007–2013, wie sich eine Veränderung der Förderbedingungen auf den Wechsel zwischen Maßnahmen auswirken kann (ART, 2010): Durch eine Anpassung der angebotenen konventionellen Grünlandprogramme im KULAP veränderten sich die Prämienhöhen sowie die Auflagen, wodurch einige Programme schlagartig an Attraktivität verloren (ART, 2010). Im Vergleich dazu verbesserten sich die Bedingungen in der *Gesamtbetrieblichen Maßnahme ökologischer Anbau*, sodass beispielsweise im Jahr 2009⁶ viele Betriebe auf den Biolandbau umstellten (ART, 2010). Der höchste Zuwachs erfolgte vor allem in Gebieten mit extensiver Grünlandnutzung, wie beispielsweise in den Alpen und im Alpenvorland, sodass in einigen Gemeinden ein Flächenanteil der biologisch bewirtschafteten Fläche von über 20% erreicht wurde (ART, 2010). Dies lässt sich auf relativ geringe Umstellungshürden in den Grünlandgebieten zurückführen, sodass diese Betriebe relativ leicht zur attraktiveren Alternative wechseln konnten. Eine Verschiebung zwischen Prämienalternativen kann also

⁶ Hinzu kamen hohe Preisabstände zwischen biologisch und konventionell erzeugter Milch (vgl. LFL, 2011).

durchaus einen wichtigen Impuls für die Entwicklung des Biolandbaus darstellen und konnte in den vergangenen drei Jahren zu seiner Ausweitung in Bayern beitragen.

Eine weitere Einflussgröße kann die **Konkurrenz in der Landnutzung** in Bezug auf nachwachsende Rohstoffe darstellen (ENGEL et al., 2006). Während in Österreich mit einem Anbau auf 4,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche derzeit noch relativ wenig Flächen beansprucht werden (BMLFUW, 2011), sind dies in Bayern bereits 9% (STMELF, 2011a). Somit nehmen die nachwachsenden Rohstoffe in Bayern mehr landwirtschaftliche Fläche ein als der Biolandbau. Der hohe Stellenwert nachwachsender Rohstoffe in Deutschland zeigt sich auch beim Budget: Für die Förderung nachwachsender Rohstoffe werden dreimal mehr Mittel aufgewandt als für den Biolandbau (NIEBERG et al., 2011); durch eine Öffnung des *Bundesprogramms Ökologischer Landbau* für andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft wird sich diese Situation vermutlich noch verschärfen. Die hohe Attraktivität von nachwachsenden Rohstoffen ist durch die verstärkte Nachfrage bedingt, Marktanreize beeinflussen die Anbauentscheidung in Bayern (STMELF, 2009). Die Nachhaltigkeitsverordnung für Biomasse verbietet seit 2009 europaweit die Verwendung der Biomasse von Flächen mit hohem Naturschutzwert (STMELF, 2009; BMLFUW, 2011). Somit konkurrieren die nachwachsenden Rohstoffe zumindest in diesen Gebieten nicht mit dem Biolandbau, in anderen Gebieten kann die Umstellungsentscheidung jedoch beeinflusst werden. Sowohl in Bayern als auch in Österreich wurde die Nutzung von Biomasse interessant, da sie in die Förderung der Diversifizierung der Landwirtschaft aufgenommen wurde, für welche Investitionszuschüsse beantragt werden können (STMELF, 2009; BMLFUW, 2011).

Die Umstellung auf den Biolandbau ist eine strategische Entscheidung, die teilweise mit hohen Investitionen für Umbauten (Beispiel: Stall) oder Neuausstattung (Beispiel: Geräte im Ackerbau) verbunden ist. Deswegen braucht es Vertrauen darauf, dass sowohl die Märkte und die VerbraucherInnen als auch die Politik langfristig positiv gegenüber Ökoprodukten eingestellt sind und diese begünstigen (DABBERT et al., 2002). Es erscheint ungünstig, wenn der Eindruck entsteht, dass es sich beim Biolandbau um eine Modeerscheinung handelt, die nach einer bestimmten Zeit durch ein neues Thema wie beispielsweise die nachwachsenden Rohstoffe ersetzt wird (siehe Abschnitt 3.5.1).

Bei der Entscheidung für den Biolandbau spielen jedoch nicht nur materielle Anreize eine Rolle. Die LandwirtInnen entdecken verschiedene **Zugänge zum Ökolandbau** und orientieren sich nicht gleichermaßen an der Förderung. Es gibt unterschiedliche Motivationsmuster bei der Umstellungsentscheidung, die von Idealismus, Selbstverwirklichung und Restrukturierung bis hin zur Marktorientierung reichen können (ENGEL et al., 2006). Des Weiteren können der Stolz auf die eigene Arbeitsweise, die Wertschätzung in der Bevölkerung oder ein Zusammengehörigkeitsgefühl auf die Umstellungsentscheidung einwirken. Das Zusammengehörigkeitsgefühl wird vor allem in Netzwerken und Verbänden geschaffen, welche eine geistige Heimat bieten können (ENGEL et al., 2006). Da in Bayern und in Österreich starke Verbandsstrukturen vorhanden sind (siehe auch Abschnitt 3.1.3) und die Öffentlichkeitsarbeit stark ausgeprägt ist (siehe Abschnitt 3.2.3), werden die BiobäuerInnen vermutlich in beiden Ländern gleichermaßen motiviert und unterstützt. In diesem Punkt lässt sich also kein Unterschied feststellen. Materielle Anreize – auch für Alternativen zum Ökolandbau – haben jedoch durchaus einen Einfluss auf die Umstellungsentscheidung und sind bei den nachwachsenden Rohstoffen in Bayern stärker ausgeprägt als in Österreich.

3.3 Faktoren auf Ebene des Handels

3.3.1 Vermarktungsstrukturen und Absatz von Bioprodukten

In der Wertschöpfungskette folgt auf die Produktion die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Urprodukte durch Fachbetriebe, Lebensmittelgewerbe oder -industrie, welche jedoch in dieser Arbeit nicht weiter behandelt werden soll⁷. Betrachtet wird erst der Handel als nächstes Kettenglied, über welches die Biolebensmittel auf verschiedenen Absatzwegen zu den EndverbraucherInnen in den privaten Haushalten gelangen (BMLFUW, 2010b). Durch Exporte fließen Warenströme ins Ausland ab, durch Importe gelangen Güter aus dem Ausland in den inländischen Handel. Während Österreich größere Mengen an Biolebensmitteln (Beispiele: Milch, Kartoffeln) exportiert, tätigt Deutschland hauptsächlich Importe (BÖLW, 2012c). Letztendlich wird in der Marktstatistik jedoch nicht zwischen Herkunft oder Verarbeitungsgrad der Lebensmittel unterschieden, sondern lediglich der Umsatzanteil von Biolebensmitteln an allen Lebensmitteleinkäufen ausgewiesen und nach Absatzkanälen differenziert (siehe BMLFUW, 2010b; BÖLW, 2012c).

Wie von SPILLER und GERLACH (2006b: 84ff) beschrieben, werden Bioprodukte über drei verschiedene **Absatzkanäle** vermarktet

- Direktvermarktung (Beispiele: Ab-Hof-Verkauf, Wochenmarkt, Lieferdienst/ Versand). Traditionell wurden vor allem wenig verarbeitete Produkte wie Gemüse, Fleisch oder Eier direkt abgesetzt. Die Bedeutung von Verarbeitungsprodukten hat jedoch inzwischen zugenommen und häufig zu einer differenzierten Sortimentsbildung geführt. Während die Direktvermarktung in der konventionellen Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielt, hat sie im Biolandbau eine größere Relevanz.
- Vermarktung über den Fachhandel (Beispiele: Naturkostladen, Bioladen, Biosupermarkt, Reformhaus). Diese Art der Distribution wird als "kleine Kette" oder "alternative Bio-Wertschöpfungskette" bezeichnet. Sie ist vielstufig aufgebaut mit mehreren Groß- und Zwischenhändlern auf dem Weg von der Produktion zum Endverbrauch. Der Fachhandel zeichnet sich durch eine große Sortimentsbreite und -tiefe bei Bioprodukten aus, häufig werden ausschließlich Bioprodukte geführt.
- Vermarktung über den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel (Beispiele: Vollsortimenter, Discounter, regionale Filialisten, Drogeriemärkte). Diese Art der Distribution wird als "große Kette" oder "großbetriebliche Bio-Wertschöpfungskette" bezeichnet. Im Vergleich zum Fachhandel gibt es nur wenige Zwischenhandelsstufen, häufig werden Bioprodukte direkt für die jeweilige Handelsmarke produziert. Der konventionelle Einzelhandel listet Bioprodukte als Sortimentsergänzung und führt meist nur ein eingeschränktes Sortiment im Vergleich zum Fachhandel.

Die drei beschriebenen Distributionskanäle werden in Deutschland und in Österreich unterschiedlich stark genutzt, wie Abbildung 4 zeigt. In beiden Ländern wurden im Jahr 2010 die höchsten Umsatzanteile bei Bioprodukten im LEH erzielt, die geringsten Umsatzanteile in der Direktvermarktung. Verglichen mit Österreich sowie den meisten europäischen Ländern hat der Fachhandel in Deutschland eine herausragende Bedeutung, in Bayern liegt sogar bundesweit die größte Fachhandelsdichte vor (BÖLW, 2011).

⁷ KUHNERT et al. (2004) nennen als Hemmnisse auf der Ebene Verarbeitung beispielsweise mangelndes Know-How zum Ökolandbau, geringe Investitionsbereitschaft, geringe Wertschätzung von Lebensmitteln in der Bevölkerung und ungelöste produktionstechnische Probleme bei Ökoprodukten. Die AutorInnen identifizierten im Bereich Verarbeitung ähnliche Aspekte wie im Bereich Vermarktung und Handel.

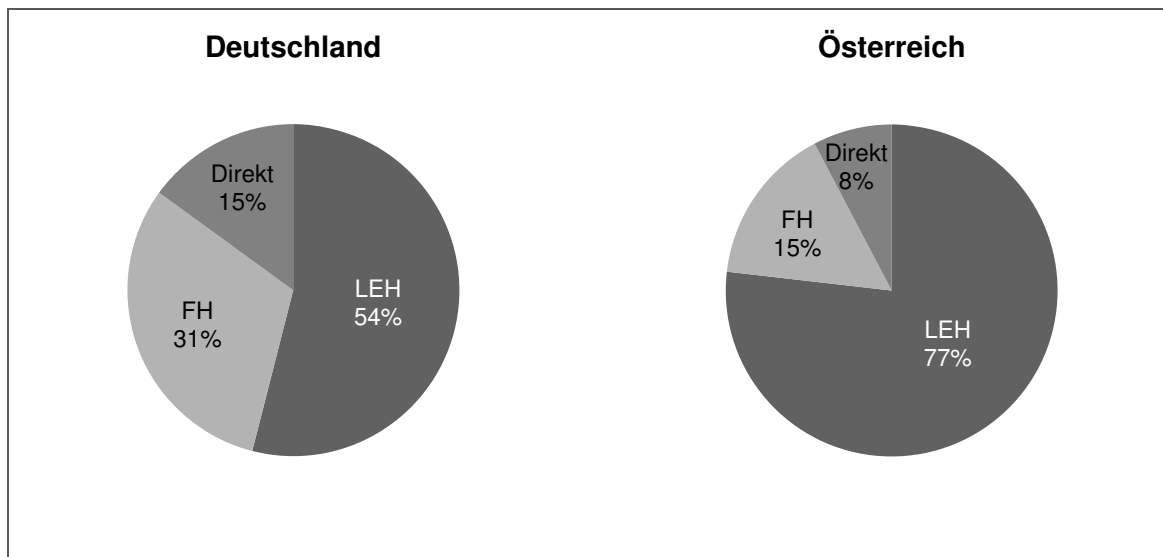


Abbildung 4: Umsatzanteile von Biolebensmitteln über die drei Absatzwege Direktvermarktung (Direkt), Fachhandel (FH) und Lebensmitteleinzelhandel (LEH) in Deutschland und Österreich im Jahr 2010.
(Eigene Darstellung nach BIO AUSTRIA (2010) und BÖLW (2012c)).

Der deutsche Bio-Fachhandel ist seit den 1970er Jahren historisch gewachsen (BRAND et al., 2006), worin sich seine anhaltende Stärke und Einzigartigkeit in Europa begründet (ENGEL et al., 2006). Die ersten Bioläden in den Großstädten sind häufig aus der Umweltbewegung entstanden und wurden von Pionieren mit normativem Fundament und starker Ideologie geführt (SPILLER und GERLACH, 2006b). In den 1980er Jahren eröffneten immer mehr Bioläden und Naturkostgeschäfte, sodass eine vielstufige Bio-Wertschöpfungskette mit Kooperationen, Erzeugergemeinschaften, Großhandel, Import- und Verteilzentren entstand; die anfangs kleine Bioszene entwickelte sich in dieser Zeit zur Biobranche mit deutschlandweiten Strukturen weiter (SPILLER und GERLACH, 2006b). Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 wuchs der Biokonsum aufgrund von Verbraucherunsicherheit und die Käuferschicht verbreiterte sich (SPILLER und GERLACH, 2006b). Dieser Wachstumsschub erforderte eine Sortimentserweiterung sowie eine Professionalisierung bei Verarbeitung und Vertrieb, damit die entstandene Nachfrage im Fachhandel bewältigt werden konnte (HELDBERG, 2008). Obwohl ab Mitte der 1990er Jahre ein begrenztes Bio-Sortiment bei den meisten Lebensmitteleinzelhandelsketten zu finden war, wurden Bioprodukte in Deutschland weiterhin hauptsächlich über den Fachhandel abgesetzt, es zeigte sich keine große Marktdynamik (WENDT et al., 1999).

Der deutsche Fachhandel konnte sich also drei Jahrzehnte lang relativ ungestört entfalten; vor der Agrarwende war er keinem Verdrängungswettbewerb durch den LEH ausgesetzt (BRAND et al., 2006). Bis zum Jahr 2000 war der Fachhandel die wichtigste Einkaufsstätte für Bioprodukte in Deutschland, erst nach der Agrarwende holte der LEH auf und erst ab 2004 wurde mehr als ein Drittel der Bio-Umsätze im LEH verzeichnet (LFL, 2011). Erstmals im Jahr 2007 wurden in Deutschland mehr als die Hälfte der Bioprodukte über den LEH abgesetzt (ZMP, 2008; LFL, 2011). Seitdem haben sich die Umsatzanteile der drei Distributionskanäle kaum verändert, 2011 war der Fachhandel sogar wieder überproportional stark gewachsen (BÖLW, 2012c).

Die Situation in Österreich unterscheidet sich gravierend: Der Fachhandel hatte seit der erstmaligen Einführung von Biolebensmitteln im LEH im Jahr 1994 nur mehr eine untergeordnete Bedeutung, bereits Ende der 1990er Jahre wurden über 70% der Umsatzanteile mit Biolebensmitteln im LEH verzeichnet (WENDT et al., 1999). Im Jahr 2002 wurden drei Viertel aller Bioprodukte im LEH umgesetzt (BMLFUW, 2003b), bis zum Jahr 2010 wuchsen die Umsatzanteile schließlich auf 77% (BIO AUSTRIA, 2010).

Bei Marktbeobachtungen wurde ein **Zusammenhang zwischen Distributionskanal und Biokonsum** festgestellt, ein hoher Absatz von Biolebensmitteln über den Lebensmitteleinzelhandel wirkt sich demnach positiv auf die Höhe des Konsums aus: Länder, in denen der LEH als Hauptvertriebskanal für Biolebensmittel fungiert, weisen einen höheren prozentualen Biokonsum auf als Länder mit dem Fachhandel als Hauptvertriebskanal (vgl. MICHELSEN et al., 1999; DABBERT et al., 2002). Die Gründe für diesen Zusammenhang sind sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zu suchen: Werden Bioprodukte im LEH angeboten, ist eine hohe Käuferreichweite als Voraussetzung für die Erschließung von Massenmärkten mit hohem Marktpotential gegeben (MICHELSEN et al., 1999). Durch die Abnahme großer Mengen können Skalenvorteile genutzt werden und geringere Preise als im Fachhandel realisiert werden (MICHELSEN et al., 1999). Eine bessere Verfügbarkeit von Bioprodukten und geringere Preise kommen wiederum den KonsumentInnen zugute und erhöhen somit die Nachfrage (vgl. WENDT et al., 1999) (siehe Abschnitt 3.4.3).

Der beschriebene Zusammenhang zwischen Distributionskanal und Biokonsum lässt sich für Österreich und Deutschland bestätigen: In Österreich wurden im Jahr 2011 – gemessen an den Umsatzanteilen aller Lebensmitteleinkäufe – rund 6,5% (AMA MARKETING, 2011), in Deutschland nur rund 4% Biolebensmittel konsumiert (BÖLW, 2012c). Abbildung 5 zeigt die Entwicklung des Biokonsums in Deutschland und Österreich seit 1998: Zwischen 1998 und 2011 wuchs der Biomarkt in beiden Ländern stärker als der gesamte Lebensmittelmarkt, sodass jedes Jahr Umsatzanteile hinzugewonnen werden konnten. Eine Ausnahme stellte nur das Jahr 2008 dar, in welchem die Umsatzanteile in beiden Ländern – vermutlich aufgrund der beginnenden Wirtschaftskrise – leicht zurückgingen. Im Betrachtungszeitraum verdreifachte sich der Biokonsum in Deutschland nahezu von 1,4% im Jahr 1998 auf rund 4,1% im Jahr 2011; in Österreich führten geringfügig höhere Wachstumsraten zu einem Anstieg von rund 2% auf 6,5%. Während im Jahr 2001 eine Annäherung zu beobachten war (D: 2,1%; Ö: 2,4%), öffnete sich die Schere zwischen Deutschland und Österreich in den darauf folgenden Jahren immer weiter (siehe Abbildung 5).

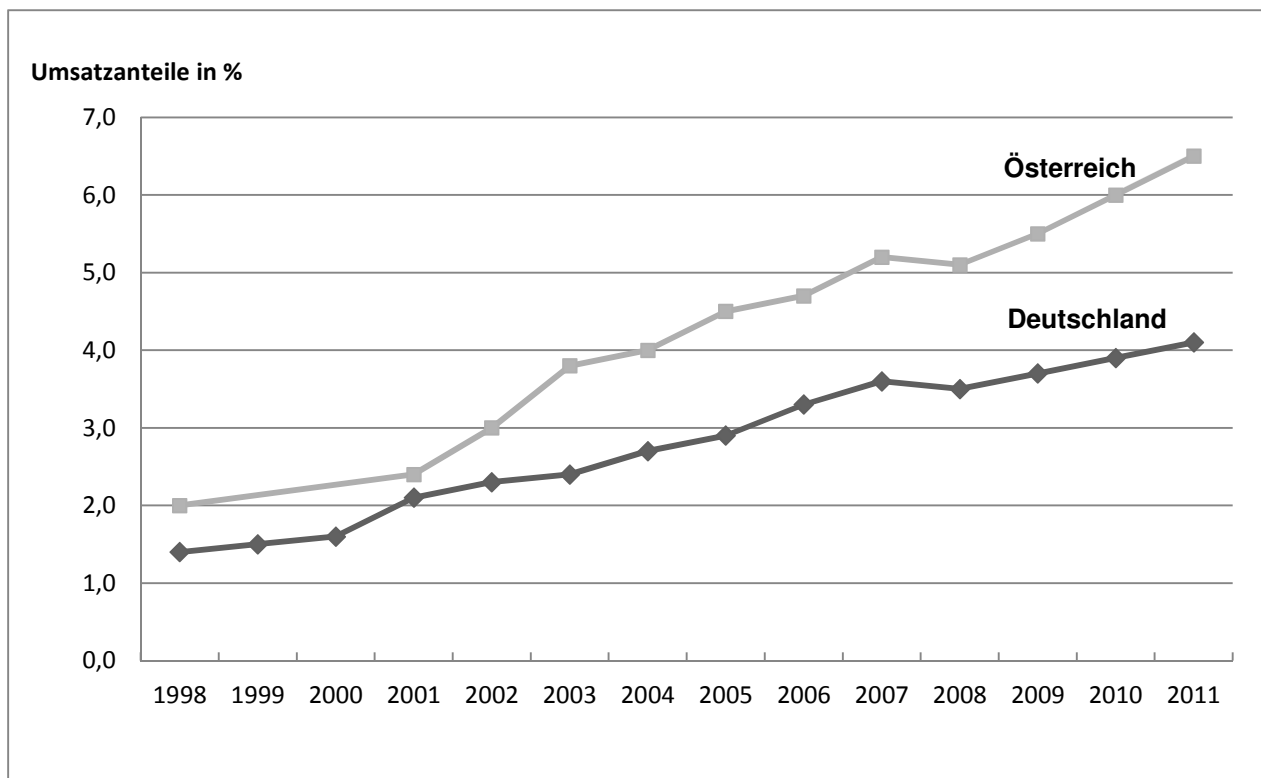


Abbildung 5: Entwicklung der Umsatzanteile von Bioprodukten am gesamten Lebensmitteleinkauf in Österreich und Deutschland zwischen 1998 und 2011.

(Eigene Darstellung nach WILLER et al. (versch. Jahrgänge), HAMM und GRONEFELD (2004), AMA MARKETING, (2006, 2011), LFL (2011, 2012)).

Für Bayern lagen keine kontinuierlichen Aufzeichnungen zu Absatzkanälen und Biokonsum vor.⁸ Lediglich für die Jahre 2002/03 und 2006 wurde bei Marktbeobachtungen in Deutschland festgestellt, dass die bayerischen Umsatzanteile bei Bioprodukten um rund ein Drittel höher sind als die bayerischen Bevölkerungsanteile (GOESSLER, 2004; ENZLER 2007). Der Absatz von Bioprodukten über den LEH war in Bayern 2002/03 zudem schwächer als im bundesdeutschen Durchschnitt, über den Fachhandel und die Direktvermarktung jedoch stärker (GOESSLER, 2004). Da sich die Berechnungen jeweils auf Umsatzanteile beziehen, kann jedoch keine Aussage darüber getroffen werden, ob in Bayern mengenmäßig höherer Biokonsum vorliegt oder aufgrund des verstärkten Einkaufs im Fachhandel schlichtweg höhere Preise bezahlt werden. Da dies nicht abschließend geklärt werden kann, wird beim Biokonsum vom Durchschnittswert in Deutschland ausgegangen. In Bayern werden neben der Direktvermarktung traditionell viele Bioprodukte über den Fachhandel vermarktet (BRAND et al., 2006). Dies liegt zum einen an der starken Verwurzelung zwischen den Produktionsbetrieben und den zahlreichen regional ansässigen Verarbeitungsbetrieben, zum anderen wird eine Zusammenarbeit mit der großen Kette von den ProduzentInnen häufig abgelehnt (BRAND et al., 2006).

DABBERT et al. (2002) identifizierten Erfolgsfaktoren für einen hohen prozentualen Biokonsum: Neben geringen Preisaufschlägen, einheitlicher Kennzeichnung und aktiver Werbung war der Absatz von mehr als 50% der Biolebensmittel über den LEH ausschlaggebend. Dieser Wert wurde in Deutschland erst im Jahr 2007 erreicht, mögliche Effekte bezüglich einer Erhöhung des Biokonsums wurden jedoch durch die 2008 beginnende Wirtschaftskrise überdeckt. Im Vergleich zu Österreich hat sich die Vermarktung von Bioprodukten über den LEH in Deutschland erst sehr spät durchgesetzt, wodurch möglicherweise die Entwicklung der Umsatzanteile beeinflusst wurde. Auf der Ebene des Handels konnte also die Vermarktungsstruktur in Deutschland als Hemmfaktor für die Ausweitung des Biolandbaus erkannt werden. In engem Zusammenhang zur Vermarktungsstruktur steht das angebotene Sortiment, welches im folgenden Abschnitt behandelt wird. Davon abhängig ist wiederum die Entwicklung der Nachfrage (siehe Abschnitt 3.4), die für die Umsatzanteile verantwortlich ist.

3.3.2 Entwicklung des Angebots

Wie in Abschnitt 3.3.1 gezeigt wurde, spielte der **Absatz von Bioprodukten im LEH** eine große Rolle bei der Entwicklung des Biokonsums. In Österreich wurden Bio-Handelsmarken bei *Billa/Merkur (Ja!Natürlich)* im Herbst 1994 und kurz darauf bei *Spar (Natur*Pur)* im Frühjahr 1995 eingeführt (JELENKO, 1996). Beide Unternehmen begannen mit einem eingeschränkten Sortiment, welches von Anfang an einen Schwerpunkt im Frischebereich (Beispiele: Milchprodukte, Obst, Gemüse) hatte und aufgrund des großen Erfolgs schnell erweitert werden konnte (vgl. N.N., 2004a; SPAR, 2009). Andere Handelsketten und die Discounter führten in Folge ebenfalls Bio-Handelsmarken ein, beispielsweise *Hofer* im Jahr 2003 (*Natur aktiv*) (HOFER, 2012). Ähnlich wie in anderen Ländern, in denen Bioprodukte bereits seit den Neunzigerjahren erfolgreich über den LEH abgesetzt werden, erfolgte der Durchbruch in Österreich in einer einzigen Supermarktkette, woraufhin Nachahmer in den Markt eintraten und Dynamik auslösten (MICHELSEN et al., 1999).

Für die erfolgreiche Einführung von Bioprodukten durch den österreichischen LEH war ein günstiges Aufeinandertreffen mehrerer Variablen notwendig: Faktoren der wirtschaftlichen, rechtlichen, technischen und sozialen Umwelt, das Agieren der Wettbewerber, das Konsumentenverhalten sowie die Verfügbarkeit der neu einzuführenden Produkte und deren Liefervoraussetzungen beeinflussten das Adoptionsverhalten des Handels (ZITTMAYR, 1996). Des Weiteren spielten die wirtschaftlichen Erwartungen des Handels hinsichtlich eines geringen Flop Risikos von Bioprodukten eine Rolle; zusätzlich sollte die Möglichkeit für wirk-

⁸ Marktdaten für Bayern sollen in Zukunft gesammelt werden, bisher liegen lediglich Daten zu Betrieben und Flächen vor, jedoch nicht zu den Absatzwegen oder Umsatzanteilen bei Bioprodukten (LFL, 2011).

same Werbung gegeben sein, welche beispielsweise bei *Billa* in Kooperation mit dem damals größten österreichischen Bioverband (*ERNTE für das Leben*) verwirklicht wurde (ZITTMAYR, 1996). Die hohe Marktkonzentration in Österreich trug ebenso zum Erfolg bei, da Märkte mit wenigen Wettbewerbern gut überschaubar sind (vgl. MICHELSEN et al., 1999).

In Deutschland führte im Jahr 1986 *Tengelmann* als erste deutsche Lebensmitteleinzelhandelskette eine Bio-Handelsmarke (*Naturkind*) ein (SPILLER und GERLACH 2006b). Viele Wettbewerber ahmten dies nach, sodass bis zum Ende der Neunzigerjahre die meisten großen Lebensmitteleinzelhandelsketten in Deutschland eine Bio-Handelsmarke mit 100 bis 200 Artikeln aufgebaut hatten (WENDT et al., 1999). Ein eingeschränktes Sortiment an überwiegend Trockenprodukten (Beispiele: Müsli, Teigwaren, Hülsenfrüchte) war also auch im konventionellen LEH erhältlich. Diese verstärkten Aktivitäten wurden als vorsichtiger Einstieg des LEH in den Biomarkt gewertet, jedoch noch nicht als "Bioboom" (WENDT et al., 1999: 96). Durch den Aufbau von Bio-Handelsmarken im deutschen LEH wurde zwar ein Angebot geschaffen, jedoch erfolgte Ende der Neunzigerjahre noch kein Durchbruch auf der Nachfrageseite, obwohl Ergebnisse aus Konsumentenbefragungen diesen signalisierten (WENDT et al., 1999).

Ein Ziel der deutschen Agrarwende war die stärkere Vermarktung von Bioprodukten über konventionelle Kanäle, damit schnelleres Marktwachstum erreicht werden konnte (GROß, 2006). Dieses Ziel konnte realisiert werden, da ab 2002 auch die Discounter Bio-Handelsmarken einführten und damit Marktdynamik auslösten: *Plus* listete beispielsweise ab 2002 Bioprodukte unter der Marke *BioBio* (SPILLER und GERLACH, 2006b); *Aldi* begann zuerst ein Biosortiment in bestimmten Produktgruppen mit hohem Lagerumschlag (Beispiele: Kartoffeln, Möhren) aufzubauen und kündigte im Frühsommer 2006 zeitgleich mit *Lidl* eine große Biooffensive an (GROß, 2007). Durch die Aktivitäten von *Lidl* und *Aldi* wurde der Discounter 2007 zur wichtigsten Einkaufsstätte für Bioprodukte in Deutschland (ZMP, 2008). Der Einstieg der großen Discounter veränderte den Markt für Bioprodukte in Deutschland in Bezug auf Umsatzanteile und Sortimente (vgl. RICHTER, 2007): Die Umsatzanteile zwischen den Absatzkanälen veränderten sich, sodass ab 2007 mehr als die Hälfte an Bioprodukten über den LEH umgesetzt wurden (siehe Abschnitt 3.3.1); zudem setzten die Discounter auf ein begrenztes Sortiment mit verstärkter Frischeorientierung, sodass die Vollsortimenter sich durch ein breiteres Sortiment abzuheben versuchten (ZMP, 2008).

Bioprodukte konnten im deutschen LEH erst relativ spät Erfolge verzeichnen; in den Nachbarländern Österreich, Schweiz oder Dänemark hatte der LEH hingegen bereits Ende der Neunzigerjahre eine starke Kompetenz im Vertrieb von Biolebensmitteln aufgebaut (MICHELSEN et al., 1999; HAMM et al., 2002). Mögliche **Gründe für die Verzögerung in Deutschland** wurden in der Literatur bereits vielfältig diskutiert und werden hier kurz wiedergegeben:

- Keine Bereitschaft des deutschen Lebensmittelhandels Investitionen in bestimmte Warengruppen wie beispielsweise Bioprodukte zu tätigen (BRAND et al., 2006)
- Keine Erfahrung des LEH mit hochpreisigen Premium-Handelsmarken wie beispielsweise Bio-Handelsmarken (SPILLER und GERLACH, 2006b)
- Angebot bei Bioprodukten in unzureichender Standardisierung und Mengenverfügbarkeit entsprach nicht den Anforderungen des LEH für eine flächendeckende Einführung (WENDT et al., 1999; HAMM et al., 2002)
- Größe Deutschlands als Hindernis für eine flächendeckende Einführung; lediglich LEH mit begrenztem Absatzgebiet ist erfolgreich (Beispiele: *tegut* in Nordwest-Bayern, *Edeka* in einigen Absatzgebieten) (vgl. WENDT et al., 1999; SPILLER und GERLACH, 2006b)
- Scheu des LEH beim Handling von Bio-Frischeprodukten führte zu einem begrenzten, wenig attraktiven Trockensortiment (WENDT et al., 1999)
- Risiko aufgrund geringer Markttransparenz: unzureichende Marktdaten, viele Zwischenhandelsstufen, zersplitterter Biosektor mit vielen Organisationen und unterschiedlichen Bio-Labels in den Neunzigerjahren (MICHELSEN et al., 1999)

- Nachfragedefizit aufgrund von Hemmfaktoren wie beispielsweise Preis (GÖTZE, 2002)
- Speziell in Bayern ungünstige Strukturen der landwirtschaftlichen Erzeugung für die Belieferung des LEH mit großen Partien zu niedrigen Preisen (MILLER, 2006)
- "(...) Inkompatibilität der (potenziellen) [sic] Marktpartner auf Lieferanten- und Abnehmerseite" (KUHNER et al., 2004: 68)

Als **treibende Kräfte der Marktentwicklung** gelten in der Regel das Angebot und die Nachfrage, für den Biomarkt ist laut MICHELSEN et al. (1999) zusätzlich die Förderung zu berücksichtigen. Bei der Betrachtung dieser drei Kräfte zeigt sich ein wichtiger Unterschied zwischen Österreich und Deutschland: In Österreich überwog zwischen 1990 und 1993 noch das Angebot, welches zusätzlich durch die Förderungen beeinflusst wurde; im Zeitraum von 1993 bis 1997 trieb jedoch die Nachfrage die Marktentwicklung maßgeblich an, sodass eine Pull-Situation entstand (MICHELSEN et al., 1999). In Deutschland war im gesamten Betrachtungszeitraum⁹ von 1987 bis 1997 das Angebot die treibende Kraft für die Marktentwicklung (Push-Situation), vor allem die Förderungen hatten Auswirkungen auf die Angebotsvermehrung (MICHELSEN et al., 1999). Speziell für Bayern wurde die Push-Situation in den Neunzigerjahren näher beschrieben: Die entscheidenden Impulse für eine Ausweitung der Nachfrage nach Biolebensmitteln gingen von der Angebotsseite und von der (Förder-) Politik aus (BESCH und KÖHLER, 2009).

Das Angebot bei Bioprodukten hat sich in Österreich und Deutschland unterschiedlich entwickelt: In Österreich reagierte der LEH ab 1994 mit dem Angebot von Bioprodukten auf einen entstandenen Nachfragesog und regte damit einen verstärkten Konsum von Bioprodukten in großen Teilen der Bevölkerung an; der Eintritt des LEH in den Biomarkt gilt in Österreich deshalb als Schlüsselereignis für das Wachstum des Ökolandbaus (FREYER et al., 2001; NIEBERG et al., 2001). In Deutschland schuf der LEH zwar ebenfalls früh ein (begrenzt) Angebot an Bioprodukten, stieß damit jedoch nicht auf die entsprechende Nachfrage, sodass kein Massenkonsum angeregt wurde. Erst im Zuge der Bio-freundlichen Stimmung nach der angekündigten Agrarwende 2001 stieg das Interesse an Bioprodukten auf der Nachfrageseite sowie der Angebotsseite. Im preissensiblen deutschen Lebensmittelmarkt stellte jedoch erst der Einstieg der großen Discounter im Jahr 2006 ein Schlüsselereignis dar: Durch ein leistbares und für alle verfügbares Angebot an Bioprodukten in den Discountern erfolgte eine "Demokratisierung des Biomarkts" (GERLACH und SPILLER, 2006: 142), welche zu einer starken Anregung der Nachfrage und zu zeitweiligen Angebotsengpässen führte (HAMM et al., 2008). Im Vergleich zu Österreich wurden in Deutschland die Massenmärkte erst zeitverzögert erschlossen und somit Nachfrage- und Kaufhemmnisse erst später abgebaut (siehe Abschnitt 3.4.3).

3.4 Faktoren auf Ebene des Konsums

Die Produktion von Ökolebensmitteln lohnt sich nur, wenn auch der entsprechende Endverbrauch gegeben ist. Da die ProduzentInnen nur zu einem geringen Anteil über die Direktvermarktung absetzen, ist der Handel ein wichtiges Bindeglied zu den KonsumentInnen. Wie in Abschnitt 3.3 gezeigt wurde, hat der Lebensmittelhandel (LEH und Fachhandel) ein Angebot an Bioprodukten aufgebaut und hat mit diesem Schritt entweder auf einen Nachfragesog reagiert oder verstärkte Nachfrage induziert. Auf der Ebene der KonsumentInnen bleibt daher zu klären, woher das Interesse an Bioprodukten kam, wie sich die Nachfrage entwickelte und wodurch sie beeinflusst wurde. Da Bioprodukte nur einen geringen Teil aller Lebensmittelkäufe ausmachen (siehe Abschnitt 3.3.1), werden abschließend die Hemmnisse für einen höheren Biokonsum dargestellt.

⁹ In den frühen 1980er Jahren wurde in Deutschland ein Nachfragesog beobachtet, der zu einer steigenden Zahl an KonsumentInnen im Fachhandel und zu Knappheit am Markt führte, danach folgte jedoch eine Phase der angebotsinduzierten Marktentwicklung (HAMM, 1994).

3.4.1 Interesse an Bioprodukten

In den 1980er Jahren wuchs das Interesse am Biolandbau nicht nur auf der Seite der Agrarpolitik und des Angebots, sondern auch auf der Nachfrageseite (HAMM, 1994). Mehrere **relevante Ereignisse** lieferten zu dieser Zeit Motive zum Kauf von Bioprodukten bzw. alternativen Produkten¹⁰ und trafen für beide Länder gleichermaßen zu: Neben einem Wertewandel in der Gesellschaft stieg das Umwelt- und Ernährungsbewusstsein, zusätzlich sensibilisierten Lebensmittelskandale und Umweltprobleme die VerbraucherInnen beim Nahrungsmittelkonsum. Diese ausschlaggebenden Ereignisse sollen kurz skizziert werden, bevor die daraus resultierenden Kaufmotive für Bioprodukte betrachtet werden.

Ein Wandel des westlichen politisch-ökonomischen Systems, ein steigender Bildungsstand sowie der Einfluss der Massenmedien führte in den 1970er Jahren zu einem Wertewandel in der Gesellschaft (GASTEIGER, 2010). Die Nachkriegsgeneration in den meisten Ländern Europas entwickelte postmaterielle Werte und erstrebte somit nicht mehr hauptsächlich Sicherheit und materialistische Werte, sondern bevorzugte Emanzipation und Selbstverwirklichung und passte ihr Konsumverhalten an diese neuen Werthaltungen an (GASTEIGER, 2010). Der Wunsch nach Selbstverwirklichung und Individualisierung konnte zum Beispiel beim Kauf von Bioprodukten erfüllt werden, da BiokonsumentInnen häufig ein bestimmtes Ziel verfolgten: "Öko bedeutete gezielter, bewusster Konsum als Gegenreaktion auf die Massenproduktion, was mit einem großen Misstrauen gegenüber konventionellen Produkten gekoppelt war" (BESCH und KÖHLER, 2009: 197).

Dieses Misstrauen gegenüber konventionellen Lebensmitteln entstand hauptsächlich durch Umwelt- und Lebensmittelskandale, welche in den 1980er Jahren in Europa gehäuft auftraten und zu einem schlechten Image von Nahrungsmitteln führten, da die Bevölkerung zunehmend eine Gesundheitsgefährdung durch verunreinigte Lebensmittel sah (MEYER-HULLMANN, 1999). Die Lebensmittelskandale führten zu einer Verunsicherung der VerbraucherInnen und änderten deren Verhalten zumindest kurzfristig, solange sie in den Medien präsent waren. Die Konsumentinnen verzichteten infolge eines Skandals häufig auf das betroffene Nahrungsmittel, achteten verstärkt auf die Qualität von Produkten oder wechselten zu einer Einkaufsstätte, in die sie hohes Vertrauen hatten (MEYER-HULLMANN, 1999). Diese Änderung des Verbraucherverhaltens wirkte sich positiv auf den Konsum von Bioprodukten aus: Bioprodukte wurden mit strengen Qualitätskontrollen verbunden (vgl. PLÖGER et al., 1993), den Absatzkanälen Fachhandel und Direktvermarktung wurde höheres Vertrauen entgegengebracht als dem LEH (ZOKLITS, 1990).

Ernährungsthemen wurden ab den 1970er Jahren in den industrialisierten Ländern zunehmend populärer (KLAUSEGGER, 1995). Ging es anfangs noch hauptsächlich um Kochrezepte, Kulinarik und Diätvorschläge, begann in den 1980er Jahren eine Hinwendung zu qualitativem Konsum und bewusster Ernährung (vgl. KUTSCH et al., 1991; KLAUSEGGER, 1995). Die VerbraucherInnen waren zunehmend kritischer geworden, zeigten Interesse an Inhaltsstoffen und Gesundheitswert der Lebensmittel und forderten Verbraucherinformationen (GASTEIGER, 2010). Zudem waren die Ansprüche der KonsumentInnen hinsichtlich Qualitätsproduktion, Umwelt- und Tierschutz gestiegen (BMLF, 1994). Daraus entstand ein Interesse für Bioprodukte, welche mit gesunder Ernährung und Ressourcen schonender Produktion assoziiert wurden (SCHULZ et al., 1983).

¹⁰ Einheitliche Regelungen für die Erzeugung und Kennzeichnung von Bioprodukten bestanden in der EU erst seit der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 aus dem Jahr 1991, zuvor wurden Richtlinien und Label meist durch die einzelnen nationalen Anbauverbände oder Dachverbände geschaffen. Im Fachhandel wurden auch Lebensmittel aus alternativer oder verbandsferner Produktion angeboten, die jedoch prinzipiell aus ähnlichen Kriterien wie Bioprodukte ins Sortiment aufgenommen und aufgrund ähnlicher Kaufmotive nachgefragt wurden (Beispiele: Gesunde Lebensmittel, alternative Landwirtschaft, handwerkliche Produktion, wenig verarbeitete Produkte, wenig Chemieeinsatz) (vgl. HELDBERG, 2008).

Neben 'Ernährung' gehörte 'Umwelt' zu den Top-Themen der 1980er und 1990er Jahre in Deutschland wie in Österreich (ADELT et al., 1991; BMLF, 1994). Bedingt durch massive Probleme wie Saurer Regen, Waldsterben und hohe Schadstoffbelastung waren die KonsumentInnen sensibilisiert und entwickelten ein Umweltbewusstsein (KOLLMANN, 1996). Da Umweltprobleme häufig landwirtschaftliche Produkte betrafen, rückten sie unmittelbar in den Fokus der VerbraucherInnen (KLAUSEGGER, 1995); zudem wurde die konventionelle Landwirtschaft durch hohen Pflanzenschutzmittel- und Düngereinsatz häufig mit Umweltproblemen in Verbindung gebracht (vgl. GROIER, 1999). Das Konsumverhalten bei Lebensmitteln wurde daher gezielt mit Umweltbewusstsein verknüpft: die KonsumentInnen änderten ihr Kaufverhalten beispielsweise zugunsten umweltfreundlicher Produkte (ADELT et al., 1991). Die Umweltbewegung erreichte in Bayern wie in Österreich ihren Höhepunkt nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 und gab einen wichtigen Impuls für den Kauf von Bioprodukten (vgl. PRUMMER, 1994; KOLLMANN und HUBER, 1996; BESCH und KÖHLER, 2009).

Die **Kaufmotive für Bioprodukte** lassen sich also von Ereignissen ableiten, die für Österreich und Deutschland relevant waren; vermutlich bestehen daher ähnliche Kaufmotive in beiden Ländern. Nachdem der Biolandbau ab 1989 in beiden Ländern staatlich gefördert wurde und infolgedessen das Angebot stieg, wurden in Studien vermehrt die Kaufmotive für Bioprodukte abgefragt. Aus einem Vergleich mehrerer ähnlich aufgebauter Studien (Konsumentenbefragungen) aus Deutschland und Österreich lassen sich folgende Schlüsse ziehen (ZOKLITS, 1990; PLÖGER et al., 1993; PRUMMER, 1994; KLAUSEGGER, 1995; KOLLMANN und HUBER, 1996; GÖTZE, 2002; THELEN und BOTSCHEN, 2005; KOLLMANN, 2005; BESCH und KÖHLER, 2009; BMLFUW, 2010b; OBERMOWE, 2012):

In beiden Ländern wurden innerhalb des Betrachtungszeitraums von 1989 bis 2010 als Hauptmotive für den Biokonsum durchgehend Gesundheit, Umweltschutz und Genuss genannt. Allerdings verschoben sich die Prioritäten zwischen den Hauptmotiven im Laufe der Zeit: Bis Anfang der Neunzigerjahre wurden Lebensmittel-skandale, Umweltschutz und Gesundheit an erster Stelle genannt; bei späteren Untersuchungen gewann der Genuss zunehmend an Bedeutung, der Umweltschutz trat jedoch in den Hintergrund. Es fand also eine Prioritätenverschiebung von altruistischen Motiven wie Umwelt- und Naturschutz zu egoistischen Motiven wie Genuss statt. Die eigene Gesundheit – welche ebenfalls als egoistisches Motiv eingeordnet wird – galt über den gesamten Betrachtungszeitraum als ein bedeutendes Kaufmotiv für Bioprodukte. Die jüngsten Studien geben sowohl für Deutschland als auch für Österreich die Gesundheit als wichtigstes Motiv für den Konsum von Ökoprodukten an (BMLFUW, 2010b; OBERMOWE, 2012). Lediglich in Bayern verlor das Kaufmotiv Gesundheit zwischen 1992 und 2004 an Bedeutung, gehört jedoch immer noch zu den Hauptnennungen bei Konsumentenbefragungen (BESCH und KÖHLER, 2009). Als weitere Motive für den Biokonsum werden in beiden Ländern beispielsweise die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft, der Tierschutz, der natürliche Geschmack oder die Rückstandsfreiheit genannt; diese haben jedoch größtenteils eine geringere Gewichtung oder können ebenfalls den Hauptmotiven als Unterbegriffe zugeordnet werden (Beispiel: Rückstandsfreiheit zu Gesundheit).

Bei den Kaufmotiven für Bioprodukte bestanden im Betrachtungszeitraum keine Unterschiede zwischen beiden Ländern: wenn Bio gekauft wird, dann aufgrund derselben drei Hauptmotive Gesundheit, Genuss und Umweltschutz; sogar die Prioritäten zwischen den Hauptmotiven verschoben sich parallel über den Betrachtungszeitraum. Kaufmotive können daher als Einflussfaktor ausgeschlossen werden und stellen kein Hindernis für die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern (Deutschland) dar.

3.4.2 Entwicklung der Nachfrage

Bioprodukte haben heute eine hohe Käuferreichweite und sind zu einem Großteil der Haushalte in Österreich und Deutschland vorgedrungen. Ergebnisse aus Konsumentenbefragungen zeigen, dass nur noch wenige Personen angeben keine Bioprodukte einzukaufen: In Deutschland kaufen rund 23% der Bevölkerung niemals Biolebensmittel ein (BMELV, 2012a), in Österreich sogar weniger als 10% (BMLFUW, 2008b). Seit den Neunzigerjahren hat sich die Käuferreichweite stark erhöht; die Zahl der Haushalte mit regelmäßigem Biokonsum wuchs beispielsweise in Österreich von 54% im Jahr 1996 auf 68% im Jahr 2002 (BMLFUW, 2003b) und nochmal auf knapp 90% im Jahr 2010 (BMLFUW, 2010b). In Bayern kauften 1992 rund 43% der Haushalte Bioprodukte ein, im Jahr 2004 bereits 71% (BESCH und KÖHLER, 2009); weitere Zahlen liegen für Bayern nicht vor, es wird jedoch mindestens eine Erhöhung der Käuferreichweite auf den deutschen Bundesdurchschnitt angenommen, welcher 77% beträgt (BMELV, 2012a).

In beiden Ländern ist jedoch nicht nur die Käuferreichweite gestiegen, sondern auch die Einkaufsintensität, wie wiederkehrende Befragungen im Rahmen des deutschen *Ökobarometers* oder der österreichischen *RollAMA* zeigen (BMVEL/ BMELV, versch. Jahrgänge; AMA MARKETING, versch. Jahrgänge): Aus Gelegenheitskäufern werden zunehmend Intensivkäufer, zusätzlich wollen die meisten Befragten ihren Biokonsum zukünftig erhöhen. Bei Abfrage der verbalen Kaufbereitschaft oder Kaufintensität tritt jedoch häufig eine "Verhaltenslücke" zum tatsächlichen Einkauf auf (PRUMMER, 1994). Dies kann zum einen an der sozialen Wünschbarkeit liegen, zum anderen überschätzen die Befragten den Anteil von Ökoprodukten am Gesamteinkauf häufig (GÖTZE, 2002). Trotz dieser Diskrepanz belegen die steigenden Umsätze mit Bioprodukten in Deutschland und Österreich eine Erhöhung der Käuferreichweite beziehungsweise der Einkaufsintensität.

Die steigende Käuferreichweite und Einkaufsintensität zeigt, dass Bioprodukte zunehmend mehr KonsumentInnen ansprechen und zumindest zum Gelegenheitskauf überzeugen. Bio wird kaum mehr abgelehnt oder nicht gekauft, sondern ist gesellschaftsfähig geworden. Solange Biolebensmittel noch als Nische¹¹ gezählt wurden, wurden den BiokonsumentInnen häufig bestimmte Eigenschaften oder soziodemographische Merkmale wie Bildung, Einkommen und Alter zugeordnet (vgl. ZOKLITS, 1990; PRUMMER, 1994). Nachdem Ökoprodukte jedoch zusätzlich zum Fachhandel im konventionellen LEH erhältlich waren, verbreiterte sich auch die Käuferschicht (SPILLER und GERLACH, 2006b). Die Konsumentenstruktur wurde heterogener: die neuen BiokonsumentInnen haben sehr unterschiedlichen Konsumgewohnheiten und Einstellungen und sind nicht mehr leicht zu klassifizieren (OBERMOWE, 2012).

Die Entwicklung der Nachfrage nach Bioprodukten lässt sich aus den Umsätzen (ohne Exporte und Außer-Haus-Verzehr) ableiten. In Deutschland und in Österreich sind die **Umsätze mit Biolebensmitteln** seit 1998 nahezu kontinuierlich gewachsen. In Deutschland ist der Umsatz von 2,0 Mrd. € im Jahr 1999 auf 6,6 Mrd. € im Jahr 2011 gestiegen, was einem Wachstum von 330% entspricht (siehe Abbildung 6). In den Jahren 2001 (+32%) und 2002 (+12%) wurden hohe Wachstumsraten erzielt. Nach einer Abschwächung 2003 (+3,7%) wuchs der deutsche Biomarkt von 2004 bis 2008 im zweistelligen Bereich mit durchschnittlich 13%, erst im Jahr 2009 zeigte sich ein geringfügiger Umsatzeinbruch (-0,9%). Im Jahr 2010 wuchs der Umsatz nur um 2%, 2011 wurden wieder höhere Umsatzzuwächse von 12% erzielt. In Österreich ist der Umsatz von rund 220 Mio. € im Jahr 1999 auf 980 Mio. € im Jahr 2011 gestiegen, was einem Wachstum von 445% entspricht (siehe Abbildung 6). In den Jahren 2000 bis 2002 konnten hohe Wachstumsraten von durchschnittlich 15% jährlich beobachtet werden, danach verringerte sich der jährliche Zuwachs und stieg erst wieder in

¹¹ In Deutschland und in Österreich war der Biomarkt bereits Mitte der Neunzigerjahre keine Nische mehr, da Bioprodukte von größeren Konsumentengruppen regelmäßig gekauft wurden und auch bereits über den LEH erhältlich waren (MICHELSEN et al., 1999).

den Jahren 2006 (+18%), 2007 (+49%)¹² und 2010 (+14%) im zweistelligen Bereich. Im Jahr 2011 schrumpfte der Umsatz des österreichischen Biomarkts erstmals geringfügig (-0,6%).

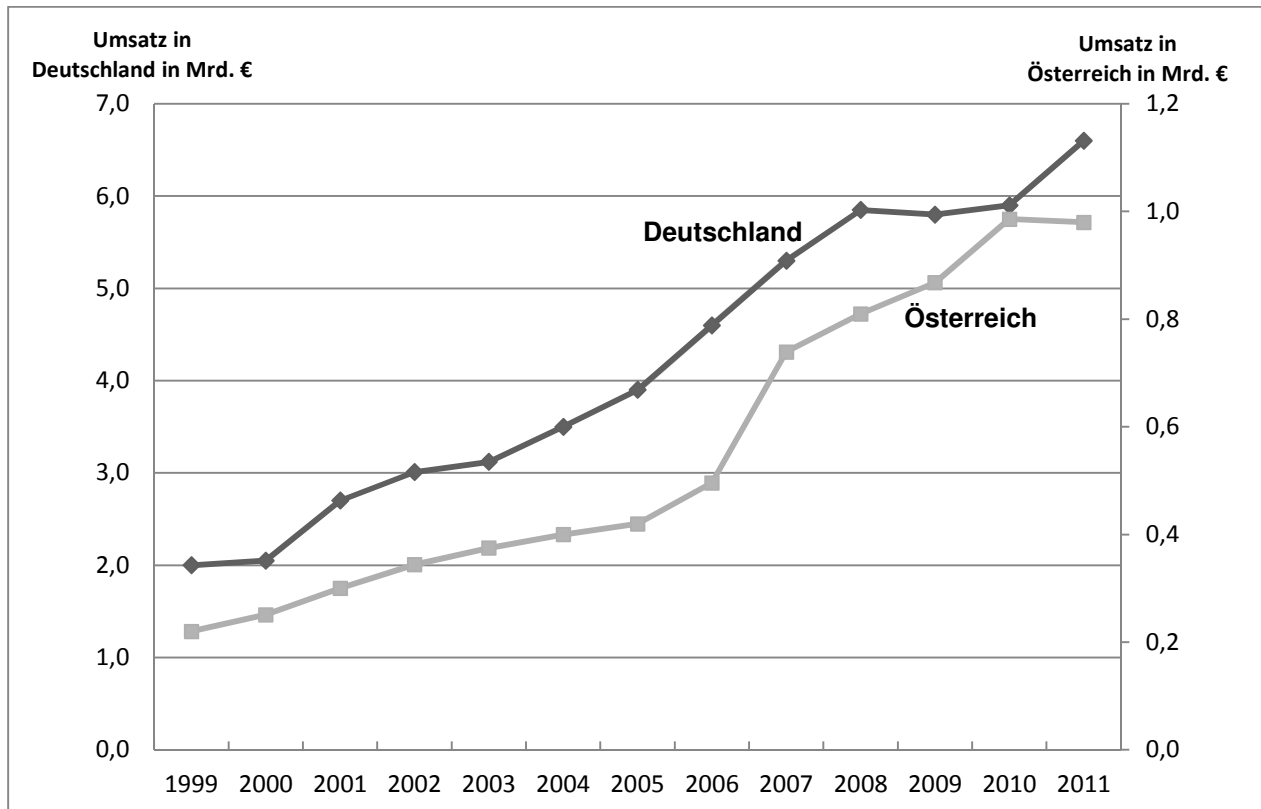


Abbildung 6: Entwicklung der Umsätze mit Biolebensmitteln (ohne Export und Außer-Haus-Verzehr) in Deutschland und Österreich von 1999 bis 2011.

(Eigene Darstellung nach WILLER et al. (versch. Jahrgänge), FREYER et al. (2001), FIBL (2011), LFL (2011), BÖLW (2012c)).

Im Trend ist der Biomarkt – gemessen am jährlichen Umsatzzuwachs – in beiden Ländern stark gewachsen; Phasen mit unterschiedlich hohen Wachstumsraten zeigen jedoch, wie sensibel der Biomarkt auf Ereignisse reagiert. So lassen sich an den Umsatzkurven bei beiden Ländern beispielsweise Lebensmittelkandale, die Wirtschaftskrise oder Sortimentserweiterungen beim Discounter an verändertem Umsatzwachstum ablesen (Abbildung 6). In Deutschland zeigt das geringe Umsatzwachstum im Jahr 2003 die Auswirkungen des Nitrofenskandals auf den Biomarkt (WILLER und RICHTER, 2003), das starke Wachstum zwischen 2006 und 2008 zeigt die Einflüsse von Sortimentserweiterungen bei den großen Discountern (SPILLER und GERLACH, 2006b), 2009 und 2010 deuten geringe Umsatzzuwächse auf die Wirtschaftskrise hin. In Österreich zeigen sich Sortimentserweiterungen beim Discounter ebenfalls anhand hoher Wachstumsraten zwischen 2009 und 2010 (BMLFUW, 2010b), der geringfügige Einbruch des Biomarktes 2011 steht mit dem EHEC-Skandal in Zusammenhang (N.N., 2012b).

Die Umsätze mit Bioprodukten sind innerhalb des Betrachtungszeitraums von 1999 bis 2011 in beiden Ländern nahezu kontinuierlich gewachsen, in Österreich jedoch stärker als in Deutschland. Leitet man die Nachfrage von den Umsätzen ab, war die Entwicklung der Nachfrage in Deutschland schwächer als in Österreich. Obwohl die Käuferreichweite und die Kaufintensität in beiden Ländern kontinuierlich gestiegen sind und Bioprodukte einen Großteil der Haushalte erreichen, liegt Deutschland auch bei diesem Indikator hinter Österreich. Dies ist vermutlich durch den verspäteten Absatz von Bioprodukten über LEH und

¹² Eine Begründung für das ungewöhnlich starke Umsatzwachstum könnten auch Preissteigerungen auf dem europäischen Markt für Biolebensmittel aufgrund von Rohstoffknappheit gewesen sein (vgl. ZMP, 2008).

Discounter zu begründen, da viele KonsumentInnen erst durch das Angebot im Supermarkt auf Bioprodukte aufmerksam wurden (vgl. BMELV, 2007). Die schwächere Entwicklung der Nachfrage in Deutschland steht also in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Angebots (siehe Abschnitt 3.3.2).

3.4.3 Nachfrage- und Kaufhemmnisse

Da sowohl die Kaufmotive gleich sind als auch die Umsätze und die Käuferreichweite in beiden Ländern wuchsen, wird vermutet, dass in Deutschland die Nachfragehemmnisse für Bioprodukte größer waren. Ähnlich wie die Kaufmotive werden die Hemmnisse meist über Konsumentenbefragungen erhoben, weswegen dieselben Studien auch zur Analyse der Nachfragehemmnisse verwendet werden konnten (ZOKLITS, 1990; PLÖGER et al., 1993; PRUMMER, 1994; KLAUSEGGER, 1995; KOLLMANN und HUBER, 1996; GÖTZE, 2002; THELEN und BOTSCHEN, 2005; KOLLMANN, 2005; BESCH und KÖHLER, 2009; BMLFUW, 2010b). Die betrachteten Studien lassen folgende Schlüsse zu:

Der Preis stellt in beiden Ländern und zu jedem Untersuchungszeitpunkt das größte Nachfragehemmnis bei Bioprodukten dar. Ähnlich häufig, aber an späterer Stelle, wird die Verfügbarkeit genannt; diese stellte jedoch vor allem in früheren Untersuchungen ein Nachfragehemmnis dar und verringerte sich später. Des Weiteren werden häufig ein Informationsdefizit sowie Probleme beim Erkennen von Bioprodukten angesprochen. Unregelmäßiger werden Echtheitszweifel bzw. ein Vertrauensproblem bei Bioprodukten genannt (GÖTZE, 2002; AMA MARKETING, 2010), selten das Argument "kein erkennbarer Vorteil gegenüber konventionellen Produkten" (PRUMMER, 1994: 142; BESCH und KÖHLER, 2009).

Der **Preis von Bioprodukten** wird in beiden Ländern immer wieder als stärkstes Nachfragehemmnis genannt. Obwohl bei Bioprodukten meist Preisaufschläge gegenüber konventionellen Produkten bestehen, gibt es Unterschiede zwischen Österreich und Deutschland: In Österreich wurden Bioprodukte bereits früh über den LEH abgesetzt und konnten durch das Vermeiden von Zwischenhandlungsstufen günstiger angeboten werden als im Fachhandel. Die Preisaufschläge für Biolebensmittel entsprachen daher dem EU-Durchschnitt oder lagen sogar darunter (HAMM et al., 2002). Länder mit einem geringen Öko-Anteil im LEH verzeichnen jedoch meist hohe Preisaufschläge (DABBERT et al., 2002); in Deutschland lagen die Preisaufschläge für Bioprodukte beispielsweise im Jahr 2000 mehr als 20% über dem EU-Durchschnitt (HAMM et al., 2002). Preisvergleiche zwischen Deutschland und Österreich zeigen, dass Bioprodukte in Deutschland teurer sind als in Österreich (GLEIRSCHER, 2005). Dass zusätzlich in Deutschland eine stärkere Preisorientierung als in anderen europäischen Ländern vorliegt, wurde häufig als Grund für eine schwächere Nachfrageentwicklung diskutiert (vgl. WENDT et al., 1999; HAMM et al., 2002; N.N., 2012a): der Einstieg der großen Discounter in den Biomarkt im Jahr 2006 bestätigt die starke Preisorientierung, da erst das Angebot günstiger Bio-Handelsmarken eine verstärkte Nachfrage auslöste (siehe Abschnitt 3.4.2).

Das Problem beim Nachfragehemmnis Preis ist jedoch nicht nur der tatsächliche Ladenpreis oder Preisaufschlag bei Bioprodukten, sondern auch deren Preisimage. Bei Ökoprodukten wurde sowohl in Österreich als auch in Deutschland häufig ein Defizit beim Preisimage identifiziert (GÖTZE, 2002; AMA MARKETING, versch. Jahrgänge; ASCHEMANN et al., 2008). Die Preiskenntnis ist häufig relativ gering und führt zu einer Überschätzung der Preise, Bioprodukte werden also für teurer gehalten als sie tatsächlich sind (HAMM et al., 2009). Zusätzlich werden häufig falsche Vergleichsmaßstäbe gesetzt oder bei Preiserhebungen hohe Durchschnittspreise aufgrund großer Preisspannen innerhalb einer Produktgruppe berechnet (ASCHEMANN et al., 2008). Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich hinter dem Nachfragehemmnis Preis andere Gründe verbergen und der Preis als ein "(...) gesellschaftlich anerkanntes Argument für den Verzicht auf umweltfreundliche Produkte (...)" benutzt wird (ASCHEMANN et al., 2008: 39).

Vor allem Anfang der Neunzigerjahre wurde die **Verfügbarkeit bei Biolebensmitteln** von VerbraucherInnen in Österreich und in Bayern stark bemängelt, da verschiedene Fachgeschäfte aufgesucht werden mussten (ZOKLITS, 1990; PRUMMER, 1994). Durch das zunehmende Angebot an Bioprodukten im LEH verbesserte sich die Verfügbarkeit jedoch und die Beschaffungsprobleme konnten verringert werden. Das Nachfragehemmnis Verfügbarkeit konnte also durch eine Veränderung bei den Absatzwegen abgebaut werden. Da in Österreich der Hauptabsatz von Bioprodukten über den LEH früher erfolgte als in Deutschland, wurde das Problem der Verfügbarkeit auch dementsprechend früher gelöst.

Zwischen den Nachfragehemmnissen Verfügbarkeit, Informationsdefizit und Probleme beim Erkennen von Biolebensmitteln kann ein Zusammenhang hergestellt werden: Die VerbraucherInnen wussten häufig nicht, wo Bioprodukte erhältlich sind, woran sie diese sicher erkennen können und welche Vorteile diese gegenüber konventionellen Lebensmitteln bieten. Gerade die Probleme beim Erkennen hatten verschiedene negative Auswirkungen auf den Biokonsum: Einige KonsumentInnen kauften beispielsweise "natürliche" Produkte anstelle von Bioprodukten und hielten deshalb eine Erhöhung des Biokonsums nicht für notwendig (GÖTZE, 2002); andere wiederum entwickelten aufgrund der Unübersichtlichkeit ein Vertrauensproblem und drosselten ihren Biokonsum (THELEN und BOTSCHEN, 2005). Mit der Einführung eines einheitlichen Biosiegels und entsprechenden Informationskampagnen dazu konnten also mehrere Nachfragehemmnisse gleichzeitig abgebaut werden. In Österreich gab es ab 1994 ein staatliches Biosiegel, in Bayern ab 1996 und in Deutschland ab 2001 (NIEBERG et al., 2011). Da Bioprodukte erklärungsbedürftig sind (GÖTZE, 2002), werden Informationsdefizite über diesen Zeitpunkt hinaus genannt. In beiden Ländern findet jedoch im Rahmen der Aktionsprogramme Verbraucherinformation zum Thema Bio in ähnlichem Maße statt (siehe Abschnitt 3.2.3).

In Deutschland stellte eine fehlende beziehungsweise ineffektive **Absatzförderung** ein zusätzliches Nachfragehemmnis dar: Grundsätzlich gab es in den 1990er Jahren im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nur wenig professionelle Werbung (MICHELSEN et al., 1999). KUHNERT et al. (2004) beschrieben fehlendes Ökomarketing und mangelnde Kommunikation zu den deutschen VerbraucherInnen. Die Verkaufsargumente des Handels passten zusätzlich nicht zu den Kaufmotiven (HAMM et al., 2002). So warb der LEH beispielsweise mit Schlagwörtern wie Gesundheit und Umweltschutz, obwohl die Kaufmotive längst Frische, Genuss, Geschmack und wenig Rückstände waren (DABBERT et al., 2002). Auch heute noch werden Geschmack und Genuss in Deutschland selten in der Werbung genutzt, obwohl sie eines der wichtigsten Kaufmotive für Bioprodukte sind (OBERMOWE, 2012). In Österreich kam professionelle Werbung von den Verbänden, den Lebensmittel-einzelhandelsketten und den Verarbeitungsbetrieben (MICHELSEN et al., 1999). Die genutzten Verkaufsargumente Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Naturschutz und Genuss deckten mehrere Kaufmotive ab und waren scheinbar auf die KonsumentInnen abgestimmt (HAMM et al., 2002). Der *ERNTE*-Verband wollte beispielsweise mit seiner Werbung eine breite Käuferschicht ansprechen und "Sympathie für österreichische Bioprodukte" schaffen (ALLERSTORFER, 1995: 33).

Produkte, die in **Konkurrenz zu Bioprodukten** stehen, können ebenfalls ein Nachfragehemmnis darstellen: Ist das Vertrauen in konventionelle Produkte hoch, verhindert dies ein Wachstum des Biomarktes (GÖTZE, 2002). In Bayern genießen beispielsweise konventionelle bayerische Marken ein hohes Vertrauen (WILHELM et al., 2006). Hauptsächlich Nicht-Bio-Käufer vertrauen auch in Zeiten eines Lebensmittelskandals oder bei Verunsicherung auf bekannte bayerische Marken und wechseln nicht zu Bioprodukten (BRUNNER et al., 2006). Von einigen bayerischen Institutionen zur Verbraucherinformation werden die Themen Regionalität und Saisonalität stärker thematisiert als Bioprodukte (WILHELM et al., 2006). Regionale Produkte erfahren also eine höhere oder ähnliche Wertschätzung wie Bioprodukte und hemmen damit das Wachstum des Biomarktes in Bayern. Im österreichischen Lebensmittelmodell wird heimischen Bioprodukten die höchste Wertigkeit beigemessen und entsprechend kommuniziert (siehe BMLFUW, 2010b), die Konkurrenzsituation ist also vermutlich geringer als in Bayern.

Wie gezeigt wurde, sind die Nachfragehemmnisse in beiden Ländern über den Betrachtungszeitraum ähnlich. Gerade die wichtigsten Nachfragehemmnisse Preis und Verfügbarkeit stehen jedoch in Zusammenhang mit dem Vertrieb von Bioprodukten im LEH und bestanden also in Deutschland länger als in Österreich. Der späte Abbau dieser Nachfragehemmnisse verzögerte die Entwicklung der Nachfrage nach Bioprodukten in Deutschland. Verstärkte Nachfragehemmnisse sind also ein wichtiger Faktor in Bezug auf die geringere Ausweitung des Biolandbaus in Bayern (Deutschland) und spielen zudem eine wichtige Rolle beim Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage (siehe Abschnitt 3.5.2).

3.5 Einflüsse auf die gesamte Wertschöpfungskette

3.5.1 Signale der Politik

Beständige Agrarpolitik ist häufig davon abhängig, welche Parteien die Entscheidungen fällen und wie die (konventionelle und biologische) Landwirtschaft in deren Parteiprogrammen verankert ist. Bei einem häufigen Parteiwechsel kann von einer häufigen Änderung der Rahmenbedingungen (Beispiele: Förderungen, Auflagen) für die Landwirtschaft ausgegangen werden, bei seltenem Parteiwechsel jedoch von gewisser Kontinuität. Für die Belange der Landwirtschaft ist in Österreich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW); in Deutschland das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); und in Bayern das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) zuständig.¹³ Tabelle 1 zeigt eine Übersicht über die jeweils amtierenden MinisterInnen seit 1989 inklusive ihrer Amtszeit und Parteizugehörigkeit. Auf die LandwirtschaftsministerInnen wird im Folgenden noch näher eingegangen.

Tabelle 1: Amtierende LandwirtschaftsministerInnen in Österreich, Deutschland und Bayern seit 1989.
(Eigene Darstellung nach BMLFUW (2012), BMELV (2012c), StMELF (2012b)).

Österreichische Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Deutsche BundesministerInnen für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Niki Berlakovich (ÖVP), seit 2008	Ilse Aigner (CSU), seit 2008	Helmut Brunner (CSU), seit 2008
Josef Pröll (ÖVP), 2003–2008	Horst Seehofer (CSU), 2005–2008	Josef Miller (CSU), 1998–2008
Wilhelm Molterer (ÖVP), 1994–2003	Renate Künast (Die Grünen), 2001–2005	Reinhold Bocklet (CSU), 1993–1998
Franz Fischler (ÖVP), 1989–1994	Karl-Heinz Funke (SPD), 1998–2001	Hans Maurer (CSU), 1990–1993
Josef Riegler (ÖVP), 1987–1989	Jochen Borchert (CDU), 1993–1998	Simon Nüssel (CSU), 1987–1990
	Ignaz Kiechle (CSU), 1983–1993	

¹³ Dies sind jeweils die aktuellen Bezeichnungen der Ministerien, innerhalb des Betrachtungszeitraumes erfolgten zum Teil Umbenennungen und Zusammenlegungen von Ministerien. Die Zuständigkeit für die Landwirtschaft blieb jedoch unabhängig von der Bezeichnung erhalten, deswegen wird der Einfachheit halber für alle Länder vom Landwirtschaftsministerium bzw. von der LandwirtschaftsministerIn gesprochen.

Der Biolandbau spielte in der **österreichischen Agrarpolitik** bereits früh eine große Rolle als Leitbild und hatte hohe Priorität (GROIER, 1999). Dies zeigt die Verankerung in der Agrarpolitik der österreichischen Landwirtschaftsminister. Besonders hervorzuheben sind die Landwirtschaftsminister Josef Riegler (Amtsperiode 1987–1989) und Franz Fischler (1989–1994), welche in der Zeit kurz vor dem EU-Beitritt Österreichs amtierten und sich stark für den Biolandbau einsetzten. Riegler führte beispielsweise das Modell der *Ökosozialen Marktwirtschaft* ein, zu dessen Grundsätzen der Biolandbau gut passte und deshalb zum Förderungsschwerpunkt gekürt wurde (JURTSCHITSCH, 2010). Fischler erhob den Biolandbau zur Strategie für die österreichische Landwirtschaft zum EU-Beitritt, was zu einer guten Zusammenarbeit zwischen den Akteursgruppen (siehe Abschnitt 3.5.2) und politischem Engagement für Bio führte (MICHELSEN et al., 2001).

Obwohl unter dem Nachfolger Wilhelm Molterer zuerst Rückgänge bei den Umstellungen auftraten¹⁴, war dieser laut MICHELSEN et al. (2001) dem Biolandbau stark verbunden, was sich beispielsweise durch eine Werbekampagne für den Biolandbau zeigte. Dass Bio auch bei den Nachfolgern hohe Priorität hatte, zeigen folgende Beispiele: Bio wurde besonders hervorgehoben und als die nachhaltigste Produktionsweise an die Spitze des österreichischen Lebensmittelmodells gestellt (BMLFUW, 2003b); die österreichischen Aktionsprogramme bestehen seit 2001 und werden periodisch erneuert und erweitert (NIEBERG et al., 2011); Österreich setzte sich auch auf EU-Ebene für einen EU-weiten Aktionsplan Biolandbau ein (MOSCHITZ und STOLZE, 2007).

Die österreichischen Landwirtschaftsminister wurden über den gesamten Betrachtungszeitraum von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gestellt. Wie gezeigt wurde, unterstützten die Landwirtschaftsminister den Biolandbau kontinuierlich. Ein weiteres Zeichen der Kontinuität in der österreichischen Agrarpolitik für den Biolandbau ist beispielsweise die personelle Besetzung wichtiger Stellen: Seit der Errichtung einer eigenen Abteilung für den Biolandbau im Landwirtschaftsministerium 1989 ist ein Ministerialrat (Alois Posch) dauerhaft vertreten (JURTSCHITSCH, 2010). Dadurch bestand ein Bindeglied zwischen den wechselnden Ministern. Möglicherweise trug dieser Umstand dazu bei, dass Förderprogramme über längere Zeiträume stabil fortgeführt wurden. Die Förderung der *Biologischen Wirtschaftsweise* im ÖPUL wies beispielsweise im Betrachtungszeitraum geringe Schwankungen und seltene Kürzungen auf (siehe Abschnitt 3.2.1).

In der **bayerischen Agrarpolitik** sind Unterschiede zu Österreich sichtbar. Der Landwirtschaftsminister wurde in Bayern zwar ebenfalls über den gesamten Betrachtungszeitraum kontinuierlich von der konservativen Partei Christlich-Soziale Union (CSU) gestellt (siehe Tabelle 1). Da Bayern jedoch nicht in allen Belangen der Agrarpolitik Landeskompetenz besitzt, ist der Einfluss der bayerischen Staatsminister schwer herauszufiltern. Die Situation im deutschen BMELV wirkt deswegen auf die bayerische Agrarpolitik ein. In Deutschland fand im Landwirtschaftsministerium ein häufigerer Parteiwechsel statt, wie Tabelle 1 zeigt. Die verschiedenen MinisterInnen bezogen unterschiedliche Positionen zum Ökolandbau. Am prägnantesten für den Ökolandbau war die grüne Landwirtschaftsministerin Renate Künast (2001–2005), welche zu Beginn ihrer Amtszeit eine Agrarwende ausrief und eine Stärkung des Ökolandbaus als ausdrückliches Ziel dieser neuen Agrarpolitik verstand (NIEBERG und STROHM-LÖMPCKE, 2001). Infolgedessen wurden ab dem Jahr 2001 mit dem *Bundesprogramm Ökologischer Landbau* (BÖL), dem einheitlichen Biosiegel, dem neuen Ökolandbaugesetz sowie der Erhöhung der Flächenförderung im GAK-Rahmenplan mehrere Maßnahmen für den Ökolandbau in Deutschland initiiert (NIEBERG et al., 2011).

¹⁴ Nach Ablauf der ersten fünfjährigen Förderperiode des ÖPUL 95 stieg ein Teil der Biobetriebe wieder auf den konventionellen Landbau um. Die Prämienätze waren jedoch für die folgende Periode nicht verringert worden. Der Rückgang der Biobetriebe war also nicht auf politische Signale zurückzuführen, sondern erfolgte meist aus wirtschaftlichen Gründen. DARNHOFER et al. (2005) nennen beispielsweise das Ungleichgewicht zwischen einer Verteuerung der Produktion und den mangelnden Preisaufschlägen für gewisse Bioprodukte als Grund für Rückumstellungen.

Die widersprüchlichen politischen Entscheidungen des Nachfolgers Horst Seehofer (2005–2008) lösten jedoch vor der neuen Förderperiode 2007–2013 bei den ProduzentInnen Unsicherheit und Angst vor Prämienkürzungen aus (YUSSEFI und ZERGER, 2007). Seehofer vollzog ab dem Jahr 2007 bereits wieder Kürzungen beim BÖL sowie bei der Flächenförderung und schwächte die Stellung von Bioprodukten bei marktbezogener Förderung der GAK wieder ab; gleichzeitig erfolgte eine Prioritätenverschiebung in Richtung erneuerbare Energien (NIEBERG et al., 2011). Die seit 2008 amtierende Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner erwähnt in ihrem aktuellen Zukunftspapier für eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft den Ökolandbau nicht mal mehr als eigenes Handlungsfeld; das BÖL wird zwar fortgeführt, aber für andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft geöffnet (siehe BMELV, 2012b). Diese Öffnung des BÖL ist mit einer Mittelkürzung gleichzusetzen und wurde von den deutschen Bioverbänden als "Zweckentfremdung" stark kritisiert (LÖWENSTEIN, 2011: 42). Daran zeigt sich auch, dass seitens der Agrarpolitik das Interesse am Biolandbau stark abgeflaut ist und vom Einsatz der amtierenden deutschen BundesministerInnen abhängt.

HAMM (2007: 27) beschreibt den starken Einfluss der politischen Signale, die von den deutschen BundesministerInnen ausgingen: die starke Polarisierung zwischen Öko-Landwirtschaft und konventionellem Landbau nennt er "Künast-Effekt", die weitgehende Rücknahme der positiven Beurteilung des Ökolandbaus und die Ankündigung einer Senkung der Förderung "Seehofer-Effekt". Diese Effekte beeinflussten die Umstellungsentscheidung bei den ProduzentInnen, da sie in engem Zusammenhang mit Förderprogrammen und Budgets stehen (vgl. HAMM, 2007). Ein klarer zeitlicher Einfluss der Agrarpolitik auf die gesamte Wertschöpfungskette ist an den Förderhöhen, den Umstellungszahlen, den Aktivitäten des Handels sowie der Entwicklung des Konsums zu sehen und wurde bereits in den vorherigen Abschnitten (3.2 bis 3.4) beschrieben. Ab der Agrarwende 2001 ist eine besondere Hinwendung zum Biolandbau erkennbar, jedoch bereits – abhängig von den Programmlaufzeiten – ab 2005 bzw. 2007 wieder ein Rückbau. In Deutschland ist ein verstärktes Interesse der Agrarpolitik am Biolandbau also erst sehr spät aufgetreten und hat nur wenige Jahre angehalten.

Obwohl weite Teile der Agrarstruktur- und Agrarumweltpolitik in Deutschland Landeskompetenzen sind, wirkt der Bund wegen struktureller und finanzieller Unterschiede zwischen den Bundesländern mit und gibt Rahmenbedingungen vor (NIEBERG et al., 2011). Die GAK soll als Gemeinschaftsaufgabe unter anderem eine leistungsfähige Landwirtschaft fördern; hierzu beschließt die für die Landwirtschaft zuständige BundesministerInnen zusammen mit den LandesministerInnen einen Rahmenplan, welcher Art und Budget von Förderprogrammen vorgibt (GAKG, 2010). Wollen die Länder kofinanzierte GAK-Maßnahmen umsetzen, müssen sie diese genehmigen lassen und somit die Bestimmungen und die Regeln des GAK-Rahmenplans erfüllen. Im Ökolandbau dürfen beispielsweise die Vorgaben für die Flächenprämien von den Bundesländern nur um 20% überschritten bzw. um 30% unterschritten werden (NIEBERG et al., 2011). Bayern ist also insofern von der Bundespolitik betroffen, welche Programme in die GAK aufgenommen werden, welche Budgets genehmigt werden, wie die Bundesmittel verteilt werden und wie die Obergrenzen für die Förderung festgelegt werden.

Ebenfalls von Bund geregelt ist das BÖL, welches hauptsächlich Maßnahmen zu Kommunikations- und Absatzförderung, Verbraucherbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit setzt und besonders im Zeitraum 2002 bis 2005 finanziell gut ausgestattet war (NIEBERG et al., 2011). Obwohl Bayern in diesen Bereichen eigene Programme anbot (Beispiele: Bayerisches Biosiegel, Öko-Erlebnistage), trugen die bundesweit geschalteten Projekte und Kampagnen vermutlich hauptsächlich bei den VerbraucherInnen zu einer positiven Stimmung gegenüber Bio bei. Die starke mediale Präsenz des Themas Ökolandbau während der Amtszeit von Renate Künast führte zu einer politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz des Themas Biolandbau und nachhaltige Ernährung (BRAND et al., 2006). Durch die Programme im BÖL konnten also deutschlandweit politische Signale gesendet werden,

welche der gesamten Wertschöpfungskette Bio als Wachstums- und Zukunftssegment nahebrachten.

Dass Bayern von der Bundespolitik abhängig¹⁵ ist und die Effekte der Ministerwechsel sich auch auf Landesebene niederschlagen, zeigt die Entwicklung der Förderprogramme für den Ökolandbau im Betrachtungszeitraum. Zwischen 2001 und 2006 wurden die höchsten Flächenprämien im bayerischen Agrarumweltprogramm KULAP erreicht und auch insgesamt die meisten Förderprogramme angeboten. Dies betraf sowohl Programme zu Marktstrukturverbesserung und Investitionen als auch zu Verbraucherbildung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit (siehe Abschnitt 3.2). Ab 2007 wurden einige Förderprogramme wieder eingestellt oder mit geringerer Ausstattung weitergeführt. Infolgedessen sanken auch die Flächenprämien für den Ökolandbau und erreichten bis heute das Niveau von vor 2007 nicht mehr.

Bayern muss die beschriebenen deutschen Rahmenbedingungen für die Förderung des Ökolandbaus zwar einhalten, schöpft diese jedoch nach Möglichkeiten voll aus, wie folgende Beispiele zeigen: Bayern erhöhte die Prämienätze für den Biolandbau sofort als dies im Zuge der Agrarwende möglich war und gehörte mit einem attraktiven Förderpaket zu den Vorreitern in Deutschland (NIEBERG und STROHM-LÖMPCKE, 2001). Als im Jahr 2006 die meisten deutschen Bundesländer eine Neuantragsbewilligung für die Bioförderung aussetzen mussten, konnte Bayern diese weiterführen und wirkte so der Unsicherheit vor der neuen Förderperiode entgegen (NIEBERG et al., 2011). Über den gesamten Betrachtungszeitraum gehörte Bayern zu den deutschen Bundesländern, die den Biolandbau am stärksten förderten. Derzeit reizt Bayern die GAK-Obergrenzen bei der Flächenförderung für den Biolandbau bereits aus (Ausnahme Dauerkulturen) und nimmt in Deutschland eine Spitzenposition bei den durchschnittlichen Flächenprämien ein (NIEBERG et al., 2011). Selbst wenn Bayern mehr fördern wollte, könnte es dies aufgrund der vorgegebenen Obergrenzen nicht; eine Verringerung der Fördersätze im Agrarumweltprogramm KULAP wird beispielsweise mit der Kürzung der GAK-Mittel begründet (STMELF, 2011b).

In einem 2011 durchgeführten Ranking aller deutschen Bundesländer zur Politik für den Ökolandbau stand Bayern auf Platz 1, die Rahmenbedingungen wurden als "Biofreundlich" bezeichnet (BÖLW, 2012a). Scheinbar möchte Bayern seine Position unter den Bundesländern in Zukunft weiter ausbauen, wie die Schaffung eines eigenen *Landesprogramms Ökolandbau* für die kommende Förderperiode 2014–2020 zeigt. Der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner kündigte dieses Landesprogramm mit den Schwerpunkten Forschung, Bildung, Beratung und Förderung im April 2012 an; als Ziel soll die Erzeugung bayerischer Ökoprodukte bis 2020 verdoppelt werden, damit die Lücke zwischen Nachfrage und Angebot verringert werden kann (STMELF, 2012a). Möglicherweise findet in Bayern also gerade eine Trendwende zu einer stärkeren Forcierung des Biolandbaus statt.

Zuvor wurde unter Landwirtschaftsminister Josef Miller (1998–2008) zwar auch von einer Ausweitung des Biolandbaus und einer Sicherung der guten Stellung Bayerns in Deutschland gesprochen (LFL, 2007), jedoch gab es keine Verankerung in speziellen Maßnahmenplänen für den Biolandbau. Die agrarpolitische Zielsetzung Millers war, den Ökomarkt für Bayerns BäuerInnen zugänglich zu machen und positive Einkommenseffekte aus diesem wachsenden Markt zu nutzen (MILLER, 2003, 2006). In Folge der BSE-Krise wurde 2001 eine Erhöhung des Ökolandbaus bzw. der Ökobetriebe in Bayern auf 10% innerhalb von zehn Jahren anvisiert (GEIGER und GRASER, 2003). Hierzu wurden jedoch nur einzelne Maßnahmen (Beispiele: *Verbraucherinitiative Bayern*, Vermarktungsunterstützung) mit kurzen Laufzeiten und keine langfristigen Maßnahmenpakete gesetzt (vgl. GEIGER und GRASER, 2003).

¹⁵ Siehe hierzu MILLER (2003: 10): "Der Freistaat Bayern hat mit seinen Rahmenbedingungen eine sinnvolle und ausgewogene Entwicklung des ökologischen Landbaus in Bayern ermöglicht. Fehlentwicklungen, die durch die Politik der Bundesregierung ausgelöst wurden, können jedoch von der Bayerischen Staatsregierung nicht gänzlich ausgeglichen werden."

Der Ökolandbau wurde in Bayern auf eine Stufe mit anderen nachhaltigen Anbauverfahren gestellt und Bioprodukte wurden in ihrer Wertigkeit mit hochqualitativer Markenware und regionalen Erzeugnissen gleichgesetzt (STMELF, 2010b, 2011c). Im *Bayernplan 2020* beispielsweise wurde zwar eine Förderung des ökologischen Landbaus entsprechend der Marktentwicklung angekündigt, jedoch keine Ziele oder Maßnahmen; thematisiert wurde hauptsächlich eine allgemeine Ökologisierung und nachhaltige Gestaltung der gesamten bayerischen Landwirtschaft (Beispiele: Naturschutz, Tierschutz, nachwachsende Rohstoffe und Verbraucherschutz) (siehe STMELF, 2010b). Dies schlägt sich auch im 2011 veröffentlichten Leitbild für die bayerische Landwirtschaft nieder, welches "nachhaltige Landwirtschaft in bäuerlicher Hand" lautet und dem Biolandbau keine gesonderte Stellung einräumt (STMELF, 2011c: 3).

In Bezug auf die politischen Signale lässt sich also ein Unterschied zwischen Österreich und Bayern feststellen: Österreich hat den Biolandbau bereits seit Ende der Achtzigerjahre als agrarpolitisches Leitbild gesetzt und seitdem eine kontinuierlich hohe Wertschätzung des Biolandbaus ausgedrückt. Als stabile politische Signale können geringe Schwankungen und seltene Kürzungen bei Förderprogrammen sowie ein durchgängig von einer Partei gestellter Landwirtschaftsminister gewertet werden. In Bayern hingegen wurden wechselnde politische Signale gesendet, welche hauptsächlich durch Parteiwechsel auf Bundesebene verursacht wurden. Die Förderprogramme schwankten daher stärker als in Österreich, da die von Deutschland vorgegebenen Rahmenbedingungen eingehalten werden mussten; eine besondere Zuwendung erfuhr der Ökolandbau erst in den Jahren nach der Agrarwende 2001.

Unter den deutschen Bundesländern nahm Bayern jedoch durchgehend eine Spitzenposition bei der Förderung des Biolandbaus ein und strebt in Zukunft eine Ausweitung des Biolandbaus durch ein neues Landesprogramm an. Dies kann als ein Gegensteuern zur bundesdeutschen Agrarpolitik verstanden werden, welche dem Biolandbau nur für einen relativ kurzen Zeitpunkt hohe Priorität einräumte. Im Vergleich zu Österreich setzt Bayern diese Maßnahme erst sehr spät. Es kann also erst in mehreren Jahren eruiert werden, ob dies von den Gliedern der Wertschöpfungskette – insbesondere den ProduzentInnen – als Zeichen der Stabilität gewertet wird und zur Ausweitung des Biolandbaus in Bayern beiträgt.

3.5.2 Zusammenspiel der Akteursgruppen

Die wichtigsten Akteursgruppen sind die VertreterInnen der nationalen Agrarpolitik (Landwirtschaftsministerium), die Verbände, die ProduzentInnen, der Handel und die KonsumentInnen. Die Entwicklung des Biolandbaus hängt vom Zusammenspiel dieser Akteursgruppen ab, da es eine Abstimmung entlang der Wertschöpfungskette ermöglicht. Für Österreich wurde ein erfolgreiches Zusammenspiel zum richtigen Zeitpunkt bestätigt, welches vor dem EU-Beitritt große Wirkung auf die Entwicklung des Biolandbaus zeigte (vgl. JURTSCHITSCH, 2010). Im Folgenden werden die Beiträge der Akteursgruppen in beiden Ländern näher betrachtet und die Unterschiede zwischen Österreich und Bayern (Deutschland) herausgearbeitet.

Da der Biolandbau eine Alternative zur konventionellen Landwirtschaft darstellt, ist es wichtig, dass dieser in der Gesellschaft akzeptiert wird und eine Chance bekommt. Erst wenn die **nationale Agrarpolitik** offen für den Biolandbau ist, können Bio-Organisationen am Entscheidungsprozess teilnehmen und ihre Standpunkte vertreten bzw. durchsetzen (MOSCHITZ und STOLZE, 2007). In Österreich hatte der Biolandbau bereits früh Leitbildcharakter und hat sich von einer Alternative zu einem festen Bestandteil der Landwirtschaft und somit auch der Agrarpolitik entwickelt (GROIER, 1999). Verfeindungen und Konkurrenzdenken zwischen konventioneller und biologischer Landwirtschaft wurden in Österreich bereits Ende der 1980er Jahre weitgehend beigelegt, in der Agrarpolitik fand ein institutioneller Wandel statt (MICHELSEN et al., 2001). Vor dem EU-Beitritt stand die österreichische Agrarpolitik zum Biolandbau als Strategie für die heimische Landwirtschaft (MICHELSEN et al., 2001). Das österreichische Landwirtschaftsministerium war also

gegenüber Bio seit längerer Zeit sehr positiv eingestellt (PADEL und LAMPKIN, 2007). In Deutschland hingegen führte erst die Agrarwende 2001 zu einer politischen Akzeptanz und gesellschaftlichen Öffnung für den Biolandbau (BRAND et al., 2006). Trotzdem bestand die starke Abschottung des Ökolandbaus weiterhin und wurde sogar durch die Polarisierung zwischen Bio und konventionellen Agrarfabriken noch verstärkt (SPILLER und GERLACH, 2006a). Im deutschen Landwirtschaftsministerium wechselte die Einstellung zum Biolandbau häufiger, was sich beispielsweise in einer unterschiedlich intensiven Zuwendung widerspiegelte (siehe Abschnitt 3.5.1). Grundsätzlich wurde der Biolandbau jedoch seit Ende der 1980er Jahre unterstützt und somit auch in der deutschen Agrarpolitik berücksichtigt.

Neben der Akzeptanz des Biolandbaus in der Agrarpolitik ist das Verhältnis zwischen den **Anbauverbänden**, das heißt konventionellen Organisationen (Beispiele: Verbraucherorganisationen, Bauernverband) und auf den Biolandbau ausgerichteten Organisationen wichtig. MICHELSEN et al. (2001) beschrieben für Österreich einen guten Kontakt zwischen biologischen und konventionellen Bauernverbänden und eine geringe Konfliktsituation. In Deutschland haben die konventionellen Bauernverbände den Ökolandbau lange in Frage gestellt (HAMM, 2007). Zudem hatten die konventionellen Bauernverbände die starke Befürchtung, dass sie durch die wachsende Konkurrenz um Fördergelder benachteiligt werden; der Bioboom infolge der Agrarwende wurde von dieser Gruppe als sehr negativ betrachtet (NIEBERG und STROHM-LÖMPCKE, 2001). Die "ideologische Überhöhung" des Ökolandbaus zur Agrarwende hatte die angespannte Situation noch verstärkt (KUHNERT et al., 2004: 68). Zwischen den Gruppierungen in Deutschland bestand also ein höheres Konfliktpotential als in Österreich. Inzwischen geschah scheinbar eine Annäherung, da der Bauernverband eine Ausweitung des Ökolandbaus begrüßte (DBV, 2012).

Das Landwirtschaftsministerium und die Bioverbände werden sowohl in Deutschland als auch in Österreich als die einflussreichsten Organisationen für den Biolandbau gesehen, von welchen dichte und große Netzwerke ausgehen (MOSCHITZ und STOLZE, 2007). Neben Aufgaben wie Beratung, Information und Interessensvertretung ist wichtig, inwiefern die Bioverbände die Ausweitung des Biolandbaus vorantreiben. Eine große Rolle spielt daher die Unterstützung bei der Marktentwicklung. In Österreich gingen die Bioverbände früh Kooperationen mit dem LEH ein und waren die treibenden Kräfte für die Marktentwicklung bei Bioprodukten (LAMPKIN et al., 1999b). Durch einen starken Fokus auf die Vermarktungsunterstützung wurden Massenmärkte in Österreich bereits Mitte der 1990er Jahre erschlossen. Dies verbesserte sowohl die Situation auf der Angebotsseite (gesicherte Abnahme der Produkte) als auch auf der Nachfrageseite (Konsumentenwunsch nach leicht verfügbaren Bioprodukten).

In Deutschland hingegen verhinderte Mitte der Neunzigerjahre die starke Zersplitterung der Bioverbände eine Zusammenarbeit mit dem LEH, da sehr unterschiedliche Marketingstrategien verfolgt wurden und kein einheitliches Angebot zustande kam (MICHELSEN et al., 1999). Zur Agrarwende diskutierten die Bioverbände in Deutschland den verstärkten Absatz über den LEH kontrovers (SPILLER und GERLACH, 2006b): Das Argument einer höheren Käuferreichweite über die Supermärkte stand der Angst vor sinkenden Erzeugerpreisen und Werteverlust der Bioprodukte gegenüber. Erst seit dem Jahr 2009 besteht beispielsweise eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen *Naturland* und *REWE* bei einer Bio-Handelsmarke (PELLEGRIN, 2012). Das Verhalten der Bioverbände in Deutschland hatte also einen gewissen Einfluss auf eine verzögerte Entwicklung des Biomarktes, da durch den überwiegenden Absatz über den Fachhandel Nachfragehemmnisse lange bestanden.

Die **ProduzentInnen** stehen zwar am Beginn der Wertschöpfungskette, sind jedoch mit den anderen Akteursgruppen stark verbunden: Die Bioverbände unterstützen sie bei Anbau- und Vermarktungsfragen und wirken als politische Interessensvertretung; die Agrarpolitik gibt Rahmenbedingungen und Förderprogramme vor; der Handel spielt eine wichtige Rolle bei Distribution und Marktpreisen; die Entwicklung der Nachfrage betrifft die ProduzentInnen ebenfalls. Bei Bioprodukten kann der Markt bzw. das Angebot wegen der Umstellungszeiten nicht sofort auf Veränderungen reagieren (MICHELSEN et al., 1999). Agrarpolitische Signale,

die hauptsächlich von Förderprogrammen für den Ökolandbau ausgehen, sind daher für die BäuerInnen häufig wichtiger als Marktsignale. In Österreich ist der Biolandbau bereits lange in der Agrarpolitik verankert und wurde kontinuierlich stark gefördert. Im Vergleich zu Österreich waren die Förderungen in Bayern geringer und wiesen stärkere Schwankungen auf, zudem begannen effektive Förderprogramme später. Die ProduzentInnen standen also in Interaktion zur Agrarpolitik und reagierten insbesondere auf die Veränderung von Förderprogrammen.

Die **KonsumentInnen** hatten sowohl in Österreich als auch in Bayern (Deutschland) ein grundsätzliches Interesse an Bioprodukten aufgrund von Wertewandel, Ernährungs- und Umweltproblemen sowie Lebensmittelskandalen. Daraus resultierten auch die gleichen Kaufmotive Gesundheit, Umweltschutz und Genuss. Gleichzeitig gab es jedoch Kauf- und Nachfragehemmnisse wie 'hoher Preis' und 'schlechte Verfügbarkeit'. Während diese in Österreich durch das Angebot von Bioprodukten im LEH früh abgebaut wurden, bestanden sie in Deutschland lange. Die KonsumentInnen standen also in Interaktion mit dem Handel (Fachhandel und LEH), welcher das Bindeglied zu den ProduzentInnen darstellt. Die Entwicklung der Nachfrage hing also stark mit dem Angebot im Handel zusammen.

Die **unterschiedliche Situation in beiden Ländern** resultierte aus dem Zusammenspiel der beschriebenen Akteursgruppen. In Österreich reagierte der Handel Mitte der 1990er Jahre auf einen entstandenen Nachfragesog und führte Biohandelsmarken ein (Pull-Situation). Die Marktakteure in Österreich erkannten also die Signale der wachsenden Nachfrage nach Bioprodukten und reagierten darauf (vgl. HAMM et al., 2002). Die gute Verfügbarkeit und Liefervoraussetzungen der Bioprodukte trugen zu dieser Entscheidung bei (ZITTMAYR, 1996), ebenso wie eine hohe Markttransparenz (vgl. HAMM et al., 2002). Dies lässt wiederum auf eine gute Verbindung zu den ProduzentInnen und den Bioverbänden schließen, welche die Vermarktung der Bioprodukte koordinierten. Durch die bessere Verfügbarkeit von Biolebensmitteln im LEH wuchs die Nachfrage in Österreich dann parallel zum Angebot weiter (MICHELSEN et al., 2001).

In Bayern (Deutschland) trat Mitte bis Ende der 1990er Jahre eine Push-Situation ein: das Angebot von Biolebensmitteln induzierte eine verstärkte Nachfrage. Eine klassische Push-Strategie ist jedoch nur erfolgreich, wenn alle Akteure der Wertschöpfungskette an einem Strang ziehen und das schnell wachsende Angebot auch den KonsumentInnen entsprechend schnell und zufriedenstellend nahe bringen (HAMM et al., 2002). Dies hat in Deutschland aufgrund der bereits beschriebenen Zersplitterung der Bioverbände mit unterschiedlichen Absatzstrategien nicht vollständig funktioniert (HAMM et al., 2002), sodass die Nachfrage nicht ausreichend stimuliert wurde. Um die Massenmärkte zu erreichen, wird die Funktion des Lebensmitteleinzelhandels benötigt, welcher sich als Akteur einbringen sollte (HAMM et al., 2002). In Bayern erfolgte der Absatz von Bioprodukten jedoch lange über den Fachhandel und erst ab 2004 verstärkt über den LEH. Mehrere Lebensmitteleinzelhandelsketten führten zwar bereits seit den 1990er Jahren Bioprodukte in ihrem Sortiment, gestalteten dieses jedoch wenig attraktiv oder innovativ und zeigten sich im Biosegment nicht besonders investitionsfreudig. Erst nach der Agrarwende zeigten sich Verbesserungen beim Angebot im LEH, vor allem der Einstieg der großen Discounter erzielte große Wirkung und führte zu einer stärkeren Entwicklung der Nachfrage.

Eine Unausgewogenheit von Angebot und Nachfrage bestand in Deutschland jedoch weiterhin. Dies zeigen beispielsweise die Neuausrichtungen des BÖL: Zuerst wurde das Bundesprogramm auf die ErzeugerInnen hin ausgerichtet, um Betriebe für die Umstellung zu gewinnen; ab 2004 lag der Schwerpunkt auf Verbraucherinformation, um die Kaufmotivation zu erhöhen; ab 2007 wurden die Verbraucherinfokampagnen eingestellt, weil die Ausweitung der Fläche nachhinkte (GROß, 2006; NIEBERG et al., 2011). In Bayern ist diese Unausgewogenheit ebenfalls erkennbar: Während die Nachfrage durch Kampagnen wie beispielsweise *Biostadt München* weiter angeregt wird, fehlt eine Flächenausweitung (vgl. RITZER, 2012; N.N. 2012c). Bedingt durch vergleichsweise wenige Umstellungen kann die steigende Nachfrage in Bayern zunehmend schlechter durch heimisches Angebot gedeckt

werden: " (...) der Wunsch der Verbraucher nach bayerischen Bioprodukten läuft ins Leere" (LVÖ, 2012: s.p.). Mit einem neuen *Landesprogramm Ökolandbau* sollen deshalb in Bayern zukünftig die Flächen erweitert und Betriebe zur Umstellung motiviert werden.

In Österreich spielten also in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mehrere Faktoren zum richtigen Zeitpunkt günstig zusammen (JURTSCHITSCH, 2010): Die Agrarpolitik schuf eine Vertrauensbasis durch Rechtsvorschriften, Produktionsrichtlinien und effektive Förderprogramme; die Bioverbände setzten sich für die ProduzentInnen durch Vermarktungsunterstützung ein und unterstützten gleichzeitig die KonsumentInnen durch Verbraucherinformation; der LEH erreichte durch das Angebot von Biolebensmitteln im Supermarkt die Massenmärkte. Diese Situation trat zum richtigen Zeitpunkt ein, da die KonsumentInnen den Wunsch nach Biolebensmitteln hegten und die bäuerliche Landwirtschaft in Österreich auch bei EU-Beitritt erhalten wollten. Die größten Veränderungen zugunsten des Biolandbaus geschahen in Österreich bereits zu Beginn der 1990er Jahre, weswegen die politische und institutionelle Situation für den Biolandbau heute als stabil betrachtet werden kann (MOSCHITZ und STOLZE, 2007). Das Zusammenspiel der Akteursgruppen vor dem EU-Beitritt trug also in Österreich zu einer erfolgreichen Entwicklung der Biolandbaus bei und wirkt sich bis heute aus.

Der Ökolandbau geriet in Deutschland erst infolge des politischen Wechsels 2001 in den Fokus der meisten Akteursgruppen (MOSCHITZ und STOLZE, 2007). Die Agrarwende baute auf der BSE-Krise auf und somit nicht auf einer weitreichenden Umbruchsituation wie dies in Österreich mit dem EU-Beitritt der Fall war. Eine starke Verunsicherung der Gesellschaft durch einen Lebensmittelskandal führt zwar meist zu kurzfristigen Konsumänderungen und möglicherweise auch zu Umstellungsentscheidungen, ist jedoch nicht ausreichend für langfristige Veränderungen (BRUNNER et al., 2006). Auch die politische starke Zuwendung zum Biolandbau hielt in Deutschland nur kurzfristig an. Zwar wurden viele Förderprogramme hervorgerufen, diese konnten jedoch keine gleichmäßige Entwicklung von Angebot und Nachfrage koordinieren. Zudem änderte sich die Fördersituation bereits 2007 wieder, sodass noch keine stabile institutionelle und politische Situation für den Biolandbau in Deutschland angenommen werden kann (vgl. MOSCHITZ und STOLZE, 2007). Obwohl in der 2002 gegründeten BÖLW auch konventionelle Lebensmitteleinzelhandelsketten vertreten sind, gibt es kaum Kooperationen der Bioverbände mit dem Handel. Vielmehr waren einige Verbände lange Zeit skeptisch gegenüber dem LEH eingestellt und arbeiteten auch untereinander kaum zusammen. KUHNERT et al. (2004: 263) sahen eine "(...) Verbesserung der Akteurkonstellation in der ökologischen Lebensmittelwirtschaft" als wichtige Strategie für die Ausweitung des Ökolandbaus und den Abbau von Hemmnissen in Deutschland. Es muss also davon ausgegangen werden, dass das Zusammenspiel der Akteursgruppen in Deutschland nicht so erfolgreich gelang wie in Österreich. Für Bayern konnte anhand der Literaturobwertung nicht abschließend geklärt werden, wie gut die Akteursgruppen speziell auf Landesebene zusammen arbeiteten.

4 Ableitung und Überprüfung der Thesen

In der umfangreichen Literaturlauswertung wurden Faktoren identifiziert, welche die unterschiedliche Entwicklung des Ökolandbaus in Österreich und Bayern beeinflusst haben. Setzt man Österreich als Vergleichsmaßstab, waren im Betrachtungszeitraum mehrere Faktoren auf verschiedenen Ebenen für eine stärkere Ausweitung des Biolandbaus in Bayern hinderlich. Auf Ebene der Produktion hatte vor allem die Förderung einen Einfluss auf die Umstellung und Beibehaltung des Biolandbaus in Bayern; auf Ebene des Handels spielte die Vermarktungsstruktur bei Bioprodukten in Bayern eine große Rolle und verzögerte die Entwicklung des Angebots. In engem Zusammenhang dazu stand eine schwache Entwicklung der Nachfrage, da Nachfrage- und Kaufhemmnissen erst spät abgebaut wurden. Auf die gesamte Wertschöpfungskette zeigten schließlich wechselnde politische Signale einen negativen Einfluss, welche hauptsächlich durch die deutsche Bundespolitik ausgelöst wurden. Für die wichtigsten Einflussfaktoren wurden im folgenden Abschnitt (4.1) vier Thesen formuliert, welche den Themengebieten Förderung, Vermarktung, Nachfrage und Politik zugeordnet werden können. Mithilfe der Ergebnisse aus den Expertengesprächen wurden diese Thesen überprüft, veranschaulicht und bewertet (Abschnitt 4.2).

4.1 Die vier Thesen

These 1: Eine nicht ausreichend attraktive Förderung für den Biolandbau bewegte nur wenige Betriebe in Bayern zur Umstellung.

Diese These bezieht sich auf die Akteursgruppe ProduzentInnen, für welche die Förderung meist einen wichtigen Beitrag zur Einkommenssicherung leistet. Im Vergleich zu Österreich erschien die Förderung in Bayern über weite Teile des Betrachtungszeitraums wenig attraktiv. Die geringe Attraktivität bezieht sich auf verschiedene Gesichtspunkte: eine geringe Prämienhöhe bei der Flächenförderung für Biobetriebe schuf nicht genügend Anreize für die Umstellungsentscheidung; zudem begann eine effektive Förderung in Bayern erst relativ spät (ab 1998 bzw. 2001) und hielt nur kurz an. Schwankungen bei der Förderhöhe haben Unsicherheit bei den ProduzentInnen ausgelöst und einer höheren Umstellungsrate entgegengewirkt. Eine geringe relative Attraktivität der Bio-Förderung im Vergleich zu anderen Förderprogrammen im KULAP (Beispiele: Extensivierung, Integrierte Produktion) sowie zu nachwachsenden Rohstoffen (ab 2007) beeinträchtigte eine Ausweitung des Biolandbaus in Bayern ebenfalls.

These 2: Die Vermarktungsstruktur von Bioprodukten in Bayern verhinderte eine frühere Erschließung von Massenmärkten und eine schnellere Marktentwicklung.

Diese These bezieht sich auf die Ebene des Handels, schließt jedoch aufgrund der Funktion des Handels als Bindeglied mehrere Akteursgruppen ein. In vielen Ländern (Beispiele: Österreich, Schweiz, Dänemark) mit einem hohen Bioanteil bei Fläche und Konsum fungiert der Lebensmitteleinzelhandel bereits seit den 1990er Jahren als Hauptvertriebskanal für Bioprodukte (MICHELSEN et al., 1999; DABBERT et al., 2002). Aufgrund dieses positiven Zusammenhangs zwischen Distributionskanal und Biokonsum wurde die Vermarktungsstruktur in Bayern als hemmender Faktor für eine stärkere Entwicklung des Biolandbaus identifiziert.

In Bayern wurden Biolbensmittel lange Zeit hauptsächlich über den Fachhandel abgesetzt. Eine verstärkte Vermarktung über den LEH trat nach der Agrarwende ein, erst der Einstieg der großen Discounter in den Biomarkt im Jahr 2007 veränderte jedoch die Umsatzanteile zwischen den Absatzkanälen merklich. Durch diese Situation konnten Massenmärkte erst spät erschlossen werden, da eine hohe Käuferreichweite erst durch das verstärkte Angebot von Bioprodukten im Supermarkt erzielt wurde. Als Gründe für den späten Absatz über den LEH wurden häufig der preissensible Markt in Deutschland sowie ein zersplittertes Angebot bei Bioprodukten seitens der ProduzentInnen und Anbauverbände diskutiert. In Österreich

gingen die Bioverbände beispielsweise Mitte der 1990er Jahre eine erfolgreiche Kooperation mit dem LEH ein. In Deutschland hingegen verfolgten die einzelnen Bioverbände zu dieser Zeit sehr unterschiedliche Marketingstrategien. Daher konnte kein einheitliches und ausreichend großes Angebot geschaffen werden, das für den LEH geeignet gewesen wäre; teilweise wurde eine Zusammenarbeit mit der großen Kette auch abgelehnt.

These 3: Vorhandene Nachfrage- und Kaufhemmnisse führten zu einer verspäteten Entwicklung der Nachfrage bei den bayerischen KonsumentInnen.

Diese These bezieht sich auf die Akteursgruppe KonsumentInnen, steht jedoch in engem Zusammenhang mit der Vermarktungsstruktur. Als häufigsten Grund, warum keine Bioprodukte gekauft werden, nannten die VerbraucherInnen in verschiedenen Konsumentenbefragungen den hohen Preis (GÖTZE, 2002; BESCH und KÖHLER, 2009). Ein weiteres Nachfrage- und Kaufhemmnis war häufig die schlechte Verfügbarkeit von Bioprodukten. Beide Hemmnisse wurden von der Vermarktungsstruktur beeinflusst: Bei der Vermarktung von Bioprodukten über den LEH verringert sich meist der Preis, da große Mengen Kostendegression ermöglichen; die Verfügbarkeit verbessert sich durch eine hohe Dichte an Supermärkten.

Da in Bayern der verstärkte Vertrieb von Bioprodukten über den LEH erst spät erfolgte, wurden die Nachfrage- und Kaufhemmnisse 'hoher Preis' und 'schlechte Verfügbarkeit' erst spät abgebaut. Im Vergleich zu Österreich war zudem die Absatzförderung in Deutschland mangelhaft und hatte ebenfalls Einfluss auf die verzögerte Nachfrageentwicklung. Geworben wurde beispielsweise mit dem nicht mehr zeitgemäßen Kaufmotiv Umweltschutz, obwohl längst der Genuss im Vordergrund stand (DABBERT et al., 2002). Ein weiteres Hemmnis für die Nachfrage nach Bioprodukten war die hohe Wertschätzung von konventionellen bayerischen Markenprodukten und regionalen Erzeugnissen. Während in Österreich eine starke Verknüpfung zwischen den Attributen Bio und „Österreichische Lebensmittel“ bestand, herrschte in Bayern eher eine Konkurrenzsituation.

These 4: Wechselnde politische Signale lösten entlang der Wertschöpfungskette Unsicherheit bei der Entscheidung für Bio aus.

Diese These bezieht sich auf die Politik und deren Auswirkung auf die Akteursgruppen ProduzentInnen, Handel und KonsumentInnen. Jede Gruppe trägt durch ihre Entscheidungen zur Entwicklung des Biolandbaus bei. Die ProduzentInnen entscheiden über eine Umstellung bzw. Beibehaltung des Biolandbaus und beeinflussen somit die Ausweitung der Flächen. Der Handel entscheidet darüber, ob er in das Segment Bioprodukte verstärkt investiert und damit zum Wachstum des Sektors beiträgt. Die KonsumentInnen entscheiden beim Lebensmitteleinkauf, ob sie ihren Biokonsum erhöhen. Die (Agrar-) Politik räumt dem Biolandbau einen gewissen Stellenwert ein und sendet dadurch Signale an alle Akteursgruppen. Der Stellenwert des Ökolandbaus kann beispielsweise an der Auflegung und Ausstattung von Förderprogrammen (Angebots- und Nachfrageseite) abgeleitet werden (vgl. NIEBERG et al., 2011).

In Bayern beeinflussten – abhängig von der deutschen Bundespolitik – wechselnde politische Signale den Biolandbau negativ, weil diese Unsicherheit bei den Akteursgruppen auslösten. Im Vergleich zu Österreich lag in Bayern eine vergleichsweise geringe Kontinuität von Fördermaßnahmen und eine wechselnde Relevanz des Themas Bio in Gesellschaft und Politik vor. Dies zeigte sich dadurch, dass hauptsächlich in den Jahren nach der Agrarwende (2001–2006) der Schwerpunkt auf dem Biolandbau lag und erst 2012 mit dem *Landesprogramm Ökolandbau* wieder eine verstärkte Forcierung angekündigt wurde.

4.2 Ergebnisse der Experteninterviews

Im ersten Teil der sechs Interviews (offener Einstieg) wurden die vier Themengebiete, welche die Thesen abdecken, bereits größtenteils angesprochen. Teilweise wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert, größtenteils brachten die Experten die Themengebiete jedoch von selbst zur Sprache. Die InterviewpartnerInnen erwähnten und diskutierten die vier Themengebiete Förderung, Vermarktung, Nachfrage und Politik jedoch in unterschiedlicher Reihenfolge. Bei der Auswertung wurden die Textpassagen aus den Transkripten den vier Bereichen zugeordnet. Die folgende Auswertung der Interviews beginnt mit den Aussagen zur Politik, da diese häufig als erster Punkt genannt wurde und zudem Einfluss auf weitere Bereiche besteht. Im Anschluss werden die Förderung, die Vermarktung, die Nachfrage sowie weitere genannte Punkte aus den Interviews dargestellt. Zur Kennzeichnung und Zuordnung der Expertenaussagen werden im Folgenden am Ende der wörtlichen und sinngemäßen Zitate jeweils die vertretenen Organisationen in Klammern angegeben.

4.2.1 Themengebiet Politik

Das Themengebiet Politik ließ sich in weitere Diskussionspunkte unterteilen, welche den Codes bei der Auswertung entsprachen. Bei den Experteninterviews wurden hauptsächlich das agrarpolitische Leitbild, die agrarpolitische Strategie, das Wirken bestimmter Agrarminister, politische Signale sowie der Einfluss des Bauernverbandes angesprochen.

Die meisten GesprächspartnerInnen wussten, dass der Biolandbau als **Leitbild** für die österreichische Agrarpolitik gilt und auch erfolgreich umgesetzt wird. Sie sprachen dieses Thema von selbst an und stellten gleichzeitig den Unterschied zum bayerischen Leitbild heraus. Ein Experte schilderte beispielsweise, dass sich in Bayern zwar kein Agrarminister gegen den Ökolandbau ausgesprochen hat, „(...) aber das besondere Herausstellen des Ökolandbaus als Leitbild sozusagen, das hat halt keiner gewagt in dem Sinne“ (Kontrollbehörde). In Österreich hingegen wurde von den Landwirtschaftsministern die Ausweitung des Ökolandbaus bereits über einen großen Zeitraum betont, erfolgreich kommuniziert und auch umgesetzt (Kontrollbehörde). In Bayern wurde der Ökolandbau über den Betrachtungszeitraum zwar ebenfalls unterstützt, aber dies wurde nicht so eindeutig transportiert wie in Österreich (Kontrollbehörde). Eine politische Grundaussage zum Ökolandbau fehlte für Bayern (Bioverband). Ein weiterer Experte sprach die nicht ausreichende Anerkennung in der bayerischen Agrarpolitik an. Dies wird dadurch deutlich, dass der Ökolandbau „(...) nie diesen Stellenwert hatte in der bayerischen Politik wie beispielsweise in Österreich. Also es wurde nie gesagt ganz bewusst: wir sind ein Ökoland und wir wollen den Ökolandbau voranbringen“ (Dachverband).

Drei ExpertInnen nannten die Heterogenität der deutschen Bundesländer als Erklärung für die unterschiedlichen agrarpolitischen Leitbilder in Bayern und Österreich. Die Heterogenität Deutschlands trägt dazu bei, dass kein klares Leitbild beispielsweise in Richtung Ökolandbau herausgegeben werden kann (TU München). Ein Experte führte die unterschiedliche Ausstattung der Bundesländer und Regionen – beispielsweise Süddeutschland im Vergleich mit Ostdeutschland – als Grund an, warum die Agrarpolitik „(...) nicht so eindeutig in eine Richtung ziehen (...)“ kann und keine so gleichförmigen Ziele verfolgen kann wie in Österreich (BOKU Wien). Zusätzlich äußerte ein Experte die Vermutung, dass Bayern insgesamt ein heterogeneres Gebiet als Österreich ist „(...) und damit ist es für die bayerische Regierung schwieriger solch ein Leitbild aufzustellen“ (TU München). Die unterschiedlichen Agrarstrukturen und daraus folgenden unterschiedlichen Interessen der Bundesländer spielten auch laut einem anderen Experten eine große Rolle (Dachverband). Da Bayern nur ein Bundesland ist, ist es abhängig von der deutschen Bundespolitik:

„Auch dieses insgesamt Ausrichten der österreichischen Politik auf die zweite Säule, dies ist in Bayern als ein Bundesland von Deutschland in diesem Umfang einfach nicht möglich gewesen.“ (BOKU Wien)

Insgesamt ist die Entwicklung des Ökolandbaus laut Expertenmeinung stark von den politischen Rahmenbedingungen abhängig (Dachverband, Bioverband). Ein weiterer Experte nannte ebenfalls den politischen Einfluss und die Möglichkeiten des politischen Einflusses als maßgeblich für die Entwicklung der Landwirtschaft bzw. des Ökolandbaus (BOKU Wien). Prinzipiell reicht es jedoch nicht, ein Leitbild oder ein Ziel herauszugeben, ausschlaggebend ist die entsprechende Umsetzung (TU München). Die Verankerung eines Leitbildes lässt sich beispielsweise an der Strategie für die Entwicklung der Landwirtschaft und an der Gestaltung von Förderprogrammen ablesen. Dabei besteht ein Zusammenhang zwischen dem agrarpolitischen Leitbild und der Förderung, weil beides vom Staat gesteuert werden kann; die Förderung wird in Anlehnung an die Inhalte des Leitbildes gestaltet (Kontrollbehörde). Von einem Experten wurde dies folgendermaßen ausgedrückt:

„Wobei, natürlich kann ich das als Politiker vertreten, dass ich dann sage: gut, das ist das Leitbild, das wollen wir besonders stark fördern und das andere muss halt dann entsprechend reduziert werden.“ (Kontrollbehörde)

Dies bedeutet, wenn die Agrarpolitik den Biolandbau als Leitbild herausstellt, lässt sich die Verteilung der Förderung zwischen konventionellen und biologischen Betrieben besser vermitteln. Landwirtschaftliche Systeme, die nicht dem Leitbild entsprechen, werden demnach weniger stark unterstützt.

In Hinblick auf die agrarpolitische **Strategie** in Bayern stellten einige Experten ebenfalls Unterschiede zu Österreich fest. Ein Experte beschreibt die „in sich abgestimmte Strategie“ Österreichs, die zur starken Entwicklung des Ökolandbaus beitrug (BOKU Wien). Bayern hingegen hatte für seine Exportstrategie im Milch- und Fleischbereich eine Intensivierung der Landwirtschaft angestrebt (Dachverband). Diese Strategie schlug sich laut Meinung des Experten auch auf die Förderprogramme nieder, beispielsweise wurden meist gleichermaßen Investitionen in Intensivstallungen wie Tier- und Klimafreundliche Stallungen gefördert (Dachverband). Durch solche politischen Entscheidungen geschieht eine Weichenstellung, da sich die Betriebe aufgrund langer Amortisationsdauer ihrer Investition in eine bestimmte Richtung festlegen und langfristig in der Agrarlandschaft fixieren (Dachverband, Bioverband). Wenn eine Förderung für eine Investition in eine Intensivstallung in Anspruch genommen wird, führt dies zu einer Festlegung in der Betriebsstrategie, die eine Umstellung auf Biolandbau erschwert (Dachverband, Bioverband). Würden von vornherein nur Stallungen gefördert, die den höchsten Tierschutzrichtlinien nach der Ökoverordnung entsprechen, verbliebe die Umstellung als Option für die Zukunft. Ein Experte veranschaulichte diesen Sachverhalt folgendermaßen.

"Und da muss nicht mal einer auf Bio umstellen, aber er könnte, und wenn er dann nach drei Jahren oder fünf oder sieben oder zehn Jahren sagt 'jetzt will ich umstellen', dann hat er wenigstens den Stall da stehen und muss nicht nochmal irgendwie eine halbe Million in die Hand nehmen." (Dachverband)

Im Gegensatz zu Österreich verfolgte Bayern also keine in sich abgestimmte Strategie in eine klare Richtung, sondern entwickelte sowohl die intensive als auch die extensive Landwirtschaft weiter.

Ähnlich war die Situation bei Bioprodukten und regionalen Produkten, wofür ebenfalls parallel laufende Initiativen geschaffen wurden; zwischen Bio und regional erfolgte keine Differenzierung, aber auch keine starke Verknüpfung (Dachverband). Dies zeigt, dass in Bayern der Ökolandbau nicht hervorgehoben wurde, sondern immer nur als Teil einer vielfältig gestalteten Strategie galt. Als Zukunftsstrategie für Bayern empfiehlt ein Experte jedoch den Ökolandbau bzw. eine extensive Produktionsweise, die dem Ökolandbau näher kommt (TU München). Solch eine Strategie entspricht einem Trend, da die KonsumentInnen verstärkt auf Aspekte der landwirtschaftlichen Produktion wie zum Beispiel Tierwohl und Regionalität achten (TU München). Zudem passt diese Ausrichtung gut zu Bayern, da im Vergleich zu anderen Bundesländern und Ländern „das Rennen über den Preis“ aufgrund der Agrarstruktur nicht mehr gewonnen werden kann (TU München). Die geringe relative

Konkurrenzfähigkeit Bayerns sprach ein weiterer Experte an, der ebenfalls für eine Extensivierung plädierte, mit der zusätzlichen Begründung die negativen Folgen der Intensivierung im ländlichen Raum zu vermindern (Dachverband).

In Bezug auf den Einsatz der bayerischen **Landwirtschaftsminister** für den Ökolandbau hatten die Experten eine unterschiedliche Sichtweise. Für einige war Helmut Brunner der erste bayerische Landwirtschaftsminister, der sich besonders für den Ökolandbau einsetzt. Andere beschrieben bereits Engagement bei seinen Vorgängern. Ab der BSE-Krise wurden mehrere Aktivitäten für den Ökolandbau angestoßen und Impulse gesetzt (Dachverband). Eine Expertin schilderte dies folgendermaßen:

„Also von der bayerischen Landwirtschaftsministeriumsebene war es jetzt seit der BSE-Krise schon eigentlich immer das Signal, dass man Ökolandbau haben will. Aber es war sicherlich nicht so eindeutig kommuniziert wie in Österreich.“
(Fachzentrum)

Der langjährige bayerische Landwirtschaftsminister Josef Miller (1998–2008) beispielweise hat sich laut Expertenmeinung bereits für den Ökolandbau in Bayern eingesetzt, da dieser zu Zeiten der BSE-Krise und von Renate Künast im Amt war „(...) und da hat man nie irgendwie nachstehen wollen“ (Fachzentrum). Ein weiterer Experte beschrieb das Engagement Millers ähnlich, fügte aber hinzu: „(...) das ist nicht durchgeschlagen, das ist irgendwo verpufft (...)“ (Kontrollbehörde). Zwei Experten erinnerten sich in Zusammenhang mit der Unterstützung des Biolandbaus in Bayern auch an dessen Vorgänger Reinhold Bocklet (1993–1998) (TU München, Kontrollbehörde). Den Wunsch nach mehr Ökolandbau in Bayern hatte laut Expertenmeinung bereits Hans Eisenmann (1969–1987); der Minister verstarb jedoch, bevor er diesen Wunsch verwirklichen konnte (Bioverband). Häufig stimmten die bayerischen Landwirtschaftsminister dem Ökolandbau zu, setzten jedoch keine entsprechenden Maßnahmen.

„Und wir [die Bioverbände] sind ja eigentlich mit jedem Landwirtschaftsminister bisher im Gespräch gewesen und haben eigentlich dann im Bereich der Ministerebene ganz oft eine Art Zuneigung zum Ökolandbau gefunden. Aber sagen wir mal in der Möglichkeit, die ein Minister im Bedienen aller Klientele hat, war der Ökolandbau dann zu klein.“ (Bioverband)

Von zwei Experten wurde das von Landwirtschaftsminister Brunner im April 2012 angekündigte *Landesprogramm Ökolandbau* als neu und herausragend gesehen (Dachverband, Kontrollbehörde). Es wurde jedoch gleichzeitig darauf hingewiesen, dass der Landwirtschaftsminister nicht alleine für die Ausweitung des Ökolandbaus verantwortlich sein kann, sondern dass es sich um ein komplexes System mit vielen abhängigen Variablen handelt. Laut Expertenmeinung nimmt Brunner die Förderung des Ökolandbaus offensichtlich ernst, aber der Landwirtschaftsminister ist bei der Ausgestaltung von Förderrichtlinien, der Klärung von Detailfragen sowie der Budgetbewilligung von der untergeordneten Verwaltung abhängig (Kontrollbehörde). Wie engagiert das Thema Ökolandbau in der Agrarverwaltung und den staatlichen Institutionen bearbeitet wird, ist schließlich auch eine „Frage der inneren Überzeugung“ (Bioverband); dies beeinflusst wiederum die langfristige Stabilität des Ökolandbaus im Agrargefüge (Bioverband). Auf die tatsächliche Umsetzung des angekündigten *Landesprogramms Ökolandbau* blicken die meisten ExpertInnen mit Spannung, sie erwarten für den Ökolandbau in Bayern in jedem Fall positive Veränderungen.

Die meisten GesprächspartnerInnen sprachen von den Veränderungen, die durch die deutsche Landwirtschaftsministerin Renate Künast hervorgerufen wurden. In diesem Zusammenhang sprachen ein Experte und eine Expertin die Verbindung des Ökolandbaus mit der **Partei Die Grünen** an. In Deutschland wurde der Ökolandbau hauptsächlich in die Politik der Partei *Die Grünen* einbezogen und popularisiert. In Bayern war jedoch die CSU die Mehrheitspartei und es dauerte lange, bis auch diese dem Ökolandbau zustimmte. Eine Expertin veranschaulichte dies: Zuvor „(...) war das halt auch oft so ein bisschen: Bayern und die CSU und was die Frau Künast sagt, ist eine Spinnerei“ (Fachzentrum). Erst nach der

Ablösung der rot-grünen Bundesregierung 2005 veränderte sich die Situation. Dies wirkte sich vermutlich positiv auf die LandwirtInnen aus, „(...) weil das wurde dann einfach salonfähiger für die Landwirte, wenn die CSU dann auch dafür ist“ (Fachzentrum). In Österreich hingegen ging die Initiative für den Biolandbau als Strategie und Leitbild immer von der ÖVP aus, die stets den Landwirtschaftsminister stellte. Dies bewirkte vermutlich eine höhere Zustimmung bei den LandwirtInnen. Die Politisierung des Ökolandbaus in Deutschland sprach auch ein anderer Experte an:

„(...) in Deutschland ist natürlich die ganze Bewegung schon unheimlich politisch motiviert (...). Eng dann auch mit der Partei der Grünen verwurzelt. (...) Mit Renate Künast, das war eine hoch politische Angelegenheit, das hat keiner nüchtern betrachtet und gesagt: da ist einfach ein Markt, da sind Wünsche vom Kunden, die wollen irgendwie Produkte in einer bestimmten Qualität und die werden jetzt produziert.“ (Dachverband)

Größtenteils sahen die ExpertInnen die schwachen und schwankenden **politischen Signale** in Bayern als Hemmnis für die Entwicklung des Ökolandbaus, stellten jedoch stets den Bezug zur Bundespolitik heraus. Ein Experte bestätigte ständig wechselnde Signale als entscheidend und stellte fest: „man unterschätzt diese Signalwirkung an die Landwirte draußen“ und „Unsicherheit ist Gift“ (Dachverband). Laut Expertenmeinung hat die Politik dem Ökolandbau offensichtlich nicht immer eine zentrale Stellung eingeräumt bzw. nicht richtig erkannt, dass die Produktion im eigenen Land ausgeweitet werden müsste, um die Nachfrage zu decken (Dachverband). Der Experte führte dies weiter aus:

„Da hat man es schon lang hier in Deutschland versäumt zu sehen: wir sind eigentlich der Biomarkt in Europa und bei uns läuft das.“ (Dachverband)

Ein Experte sprach die Wirkung einer klaren und beständigen Agrarpolitik auf die Entwicklung des Ökolandbaus an und vermutete, dass „(...) wenn man eine sehr konsistente Politik wie in Österreich gefahren hätte, man in Bayern auch mehr Bio finden würde“ (BOKU Wien). Der Experte sah jedoch einen starken Zusammenhang zwischen der Agrarpolitik und der Förderung und stufte die Ausgestaltung der Förderung für die ProduzentInnen als wichtiger ein (BOKU Wien). Den Zusammenhang zwischen den Bereichen Politik und Förderung stellten alle ExpertInnen heraus; teilweise wurde auch der indirekte Einfluss der Politik auf das Verbraucherverhalten angesprochen (Beispiele: Aufklärungsarbeit, Schulverpflegung) (Fachzentrum, Kontrollbehörde).

Die Ausgestaltung der Agrarpolitik wird in Bayern stark vom **Bauernverband** beeinflusst; dies brachten drei ExpertInnen zur Sprache (Bioverband, Fachzentrum, Kontrollbehörde). Der Ökolandbau wird im Bauernverband zwar integriert, da alle bayerischen Betriebe widerspiegelt werden, aber nur als Minderheit und nicht als „Modell der Zukunft“ (Bioverband). Dies hatte Auswirkungen beispielsweise auf die Gestaltung der Förderung für Ökobetriebe, da die konventionellen Betriebe Kürzungen befürchteten, wenn der Ökolandbau stärker unterstützt wird.

"Bei uns ist es halt so, wenn es um die Förderung ging, dass schon immer diese leidige Auseinandersetzung war, den anderen nix wegnehmen und dann kommt halt irgendwo so ein Gießkannenprinzip raus bei der Förderung und das hilft den Ökos dann nicht weiter." (Kontrollbehörde)

Ein Experte gab einen Überblick über die Zusammenhänge zwischen der Agrarpolitik, dem Einfluss des Bauernverbands und den Auswirkungen auf die Förderpolitik:

„(...) das sind für mich die drei Hauptgründe: dass eben billiges Essen in Deutschland Sinn macht anscheinend; dass eben das Lobbytum über einen sehr kräftigen Bauernverband entsprechend gewirkt hat; und dass die Politik eben darauf reagierend, aber nicht agierend, dann eben den Ökolandbau nicht so lieb gehabt hat. Und die Folgen, die dann davon rauskommen, sind ganz klar. Das sind Förderfragen (...).“ (Bioverband)

4.2.2 Themengebiet Förderung

Bei den Experteninterviews wurden im Themengebiet Förderung hauptsächlich die relative Attraktivität zu anderen Förderprogrammen (Extensivierung und Bioenergie), die Förderhöhe sowie die Kontinuität der Förderung angesprochen.

Die geringe **relative Attraktivität zu Extensivierungsprogrammen** sahen mehrere Experten als wichtiges Hemmnis für die Ausweitung des Ökolandbaus in Bayern (TU München, Dachverband, Kontrollbehörde, Bioverband). Soll der Ökolandbau gestärkt werden, muss dieser gegenüber allen anderen Systemen "vorzüglich" sein (Bioverband). Das heißt, der Ökolandbau muss ökonomisch attraktiv sein. Ein deutlicher Abstand bei der Förderhöhe (€/ha) ist demnach notwendig, damit genügend Umstellungsanreize geschaffen werden. Drei Experten hielten den geringen Abstand der Ökolandbauförderung zu anderen Förderprogrammen im KULAP für ausschlaggebend und erklärten diesen Punkt mit Hinweis auf die Grünlandprogramme näher:

„Und das ist genau der Punkt, dass wir eine gute Förderung haben, grundsätzlich in diesen ganzen Kulturlandschaftsprogrammen, und da immer der Abstand – immer der Abstand – zwischen der Ökolandbauförderung und vergleichbaren oder anderen Programmen nie groß genug war.“ (Dachverband)

„Die Förderung ist in Österreich eigentlich immer, so wie ich das verfolgt habe, komfortabel gewesen für die Ökobetriebe. Wir haben in Bayern eigentlich nominal eine gute Fördersituation gehabt, waren meistens oder immer an der Spitze der Bundesländer, aber das Problem ist der Abstand zu den anderen Extensivierungsprogrammen, also sprich Kulturlandschaftsprogramm, Teile die eben bloß den flächendeckenden Pflanzenschutz verbieten und die Anwendung von Mineraldünger auf Grünland. Das ist relativ einfach einzuhalten. (...) Und da war der Abstand einfach so gering, dass der Anreiz für den Landwirt jetzt auf Öko umzustellen nicht mehr so groß war. Also das ist ein echter Hemmschuh gewesen.“ (Kontrollbehörde)

„(...) also hier ist sicherlich insbesondere der Abstand zu nennen. Ich glaube nicht die absolute Förderhöhe, sondern der Abstand zwischen konventioneller und Bioförderung. Da drückt sich auch das Signal immer aus, dass wenn ich zum Beispiel Flächen konventionell bewirtschafte oder gemäßigt konventionell bewirtschafte, ich Einzelflächenbezogen mehr Förderung bekomme als wenn ich die Fläche sozusagen biologisch gesamtbetrieblich bewirtschafte. Das ist einfach ein gnadenloses Signal.“ (Bioverband)

Fünf Experten sprachen die Energiewende und die daraus resultierende Flächenkonkurrenz als Hemmnis für eine stärkere Entwicklung des Biolandbaus in Bayern an. Für viele LandwirtInnen hat die Umstellung auf Ökolandbau eine geringe **relative Attraktivität im Vergleich zur Bioenergieproduktion**. Folgende zwei Zitate beschreiben diese Problematik:

„(...) da haben wir halt eine Sonderentwicklung in Deutschland mit dem Erneuerbare Energien Gesetz und das hat auf jeden Fall die letzten fünf bis sechs Jahre zunehmend dazu geführt, dass eben die Konkurrenz, der Flächendruck größer wird, dass für viele – zum Beispiel manche Junglandwirte – dann doch auch die Energieproduktion eher der attraktivere Weg in die Zukunft ist. (...) Das ist das Erstaunliche, dann dieser Weg raus aus der Lebensmittelproduktion zur Energieerzeugung, das macht schon wahnsinnig viel aus.“ (Dachverband)

„Und dann kommt noch eins dazu, was in Österreich auch nicht der Fall ist, das ist das EEG-Einspeisegesetz und der Biogas-Boom. Und der Biogas-Boom, der hat bestimmt viele, die in der Überlegung waren, dass sie vielleicht auf Ökolandbau umstellen, dazu bewogen, dass sie lieber eine Biogasanlage gebaut haben, weil da hab ich zwanzig Jahre lang eine Einspeisevergütung, die ist fest. Ich kann praktisch kalkulieren.“ (Kontrollbehörde)

Drei Personen beschrieben in Zusammenhang mit der Bioenergieproduktion die zunehmende Pachtpreisproblematik, welche durch die typischen Eigentumsverhältnisse in Bayern mit hohem Pachtflächenanteil noch verstärkt wird (Fachzentrum, Kontrollbehörde, Bioverband). Eine Expertin erzählte, dass vor allem bei Neuverträgen oder Verlängerung hohe Pachtpreise anfallen und eine gute Flächenförderung wieder relativieren: „(...) wenn der Landwirt die Fläche weiterhin behalten will, da wird dann natürlich eine Förderung über das Kulturlandschaftsprogramm auch schnell wieder aufgezehrt“ (Fachzentrum). Zwei Experten stellten weiterhin fest, dass sich die Flächenkonkurrenz auf die Erweiterung und das Halten der Flächen bei bestehenden Biobetrieben negativ auswirkt (Dachverband, Bioverband). Dies begründet sich dadurch, dass die ProduzentInnen von Bioenergie aufgrund höherer Wirtschaftlichkeit höhere Pachtpreise bezahlen können und somit häufig die BiobäuerInnen überbieten. Auch in Zusammenhang mit der agrarpolitischen Strategie wurde die Energiewende diskutiert: „Momentan, gerade durch die Energiewende, fällt mir auf, dass diese zwei Strategien immer mehr auseinanderdriften. Also die Extensivierung/ Ökolandbau und dann die totale Intensivierung.“ (Fachzentrum). Ein anderer Gesprächspartner erklärte, dass Ökobetriebe relativ selten eine Biogasanlage betreiben: eine hohe Wirtschaftlichkeit erzielen die Anlagen häufig nur mit Mais und diese Kultur ist im Biolandbau lediglich begrenzt möglich (Kontrollbehörde). Dies bedeutet, dass Ökolandbau und Bioenergieproduktion nur schlecht kombinierbar sind und die Konkurrenz vermutlich weiterhin verstärkt wird.

Die **Förderhöhe** (Flächenförderung) innerhalb der Agrarumweltprogramme wurde sowohl im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern als auch zu Österreich diskutiert. Eine hohe Förderung wird beispielsweise von einer Expertin nicht als einzig entscheidend gesehen, ist jedoch wirtschaftlich notwendig, da der Preisabstand zu konventionellen Produkten gering ist (Fachzentrum). Ein weiterer Experte argumentierte ähnlich und bezeichnete die bessere finanzielle Ausstattung der Förderung in Österreich als wichtigen Grund für die Ausweitung des Biolandbaus; die Förderung fängt viele Zusatzkosten auf und gleicht dadurch einen geringen Preisabstand aus (TU München). Dass Bayern im Vergleich mit den deutschen Bundesländern bei der Förderhöhe gut abschneidet, wurde in den Gesprächen häufiger aufgeworfen:

„Also die Förderung in Bayern ist deutschlandweit eigentlich die beste, das wird schon auch von den Landwirten so gesehen, aber sie stellen jetzt sicherlich nicht wegen der Förderung um.“ (Fachzentrum)

„Wir führen häufig an, dass wir in Bayern ja hohe Förderbeträge haben. Das ist schon richtig, aber wir haben eben so flächenschwache Betriebe, bei denen macht diese Förderung nicht so viel aus. Ich sag das Argument allein ‚Wir in Bayern haben die höchsten Fördersätze‘ pusht den Ökolandbau in Bayern nicht nach vorne (...).“ (TU München)

Die nominal hohe Förderung in Bayern relativiert sich jedoch im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern wieder: Erstens sind viele bayerische Betriebe relativ klein, sodass die Flächenförderung in Summe keine hohen Beträge erreicht; zweitens sind die Produktionskosten hoch, da keine Skalenvorteile auftreten. Hohe Produktionskosten in Bayern kompensieren – beispielsweise im Vergleich zu Ostdeutschland – die große Förderhöhe wieder (TU München). In bestimmten Gebieten kann jedoch eine hohe Förderung ein besonderer Anreiz für die Umstellung sein; dies spiegelt sich in einem hohen Anteil an Biobetrieben wider. Als Beispiel hierfür nannte eine Expertin einen bayerischen Landkreis, in welchem aufgrund von Trinkwasserschutz zusätzliche Fördergelder für Biobetriebe durch die Stadt München ausbezahlt werden (Fachzentrum). Zusätzliche Anreize zur Umstellung – beispielsweise in Wasserschutzgebieten – wurden von einem weiteren Experten als wichtig gesehen (Bioverband).

Mehrere ExpertInnen sahen die Förderung kontrovers: einerseits ist eine hohe Förderung ein Anreiz für die Umstellung, andererseits ist dies auf Dauer nicht sinnvoll, weil im Endeffekt nur die Preise subventioniert werden. Staatliche Einflussnahme über hohe Förderungen ver-

schaft durch sinkende Preise eher den KonsumentInnen oder dem Handel Vorteile, jedoch nicht den ProduzentInnen selbst (BOKU Wien). Ein anderer Experte sah das ähnlich:

„Den Weg find ich nicht gut, dass man in der Förderung so massiv reingehet und damit das Produkt subventioniert. Das [Bio-] Produkt kommt dann vielleicht genauso billig wie das konventionelle. Also das kann man in der Anfangsphase machen, aber auf Dauer würde ich das nicht gutheißen.“ (TU München)

Die Förderung für den Biolandbau wurde aufgrund des staatlichen Markteingriffs von einigen ExpertInnen kritisch betrachtet. Wenn der Markt nicht mitspielt, hilft den LandwirtInnen eine hohe Förderung nicht weiter (Kontrollbehörde). Laut Expertenmeinung wünschen viele LandwirtInnen eigentlich möglichst wenig staatliche Markteingriffe und wollen möglichst wenig von der Förderung abhängig sein (Fachzentrum, BOKU Wien). Ein weiterer Experte äußert sich ebenfalls zu diesem Thema: „Also in Bayern speziell, da gab es [in den Neunzigerjahren] viele rebellische Bauern, die wollten eigentlich gar keine Förderung“ (Dachverband).

Wenn in der öffentlichen Diskussion von der Förderung für den Biolandbau gesprochen wird, ist meistens die Flächenförderung gemeint. Zwei Experten gaben jedoch zu bedenken, dass auch eine gezielte **Investitionsförderung** für den Biolandbau wichtig ist (Dachverband, Bioverband). Die Investitionsförderung für Betriebe steht in engem Zusammenhang mit der agrarpolitischen Strategie, da hiermit Strukturen geschaffen werden (siehe Abschnitt 4.2.1). Ein Experte veranschaulichte dies mit der Formulierung „(...) das ist eine Grundsatzentscheidung wie eine Autobahn bauen“ (Dachverband). Ähnlich äußerte sich ein weiterer Experte zur Bedeutung einer gezielten Investitionsförderung:

„Ich glaube, wenn man dort was ändern wollte, müsste man auch hingehen und sagen: der Mehrpreis, den ein nach ökologischen Gesichtspunkten tiergerechter Stall fordert, der wird gesellschaftlich übernommen, weil eben hier auch Gestaltung für die Zukunft entsteht. (...) Und damit überhaupt die Betriebe befähigt werden umzustellen, gerade in Bayern als einem tierstarken Land macht das extrem viel Sinn.“ (Bioverband)

Zum Thema Förderhöhe wurden noch die besseren Möglichkeiten zur Kumulierung in Österreich angesprochen, wodurch ProduzentInnen auf kleiner Fläche hohe Prämien „zusammensammeln“ können; dadurch werden hohe Produktionskosten und niedrige Erzeugerpreise ausgeglichen und die Konkurrenzfähigkeit beispielsweise im Vergleich zu Bayern erhöht (Dachverband). Unterschiede zwischen den Ländern bei der Gestaltung der Förderung sprach ein Experte an:

„Man hat in Österreich zur Förderung des Biolandbaus wesentlich mehr Maßnahmen gesetzt, auch in der Vermarktung, auch in den Genussregionen und einem gesamten Bild, was eben in Bayern in diesem Umfang einfach nicht gelaufen ist.“ (BOKU Wien)

In Zusammenhang mit der Förderung wurde in den Experteninterviews die (mangelnde) **Kontinuität** in Bayern angesprochen. Die ExpertInnen bestätigten, dass vor allem die Schwankungen bei der Förderhöhe die BäuerInnen abschreckten. Dieser Effekt trat beispielsweise häufig beim Übergang zu einer neuen GAP-Periode auf. Herrschte Unsicherheit über die neuen Fördermodalitäten, wagten nur wenige Betriebe eine Umstellung (Dachverband). Folgende zwei Gesprächsauszüge belegen dies:

„(...) die Bauern sind da einfach auch ein bisschen geschreckt aus der Vergangenheit heraus, weil die Förderung ja auch immer so ein Glückspiel war. Fünf Jahre ist der Förderzeitraum und dann gibt es schon wieder eine Halbzeitbewertung von der EU und dann werden schon wieder irgendwo keine Neuverträge mehr abgeschlossen oder so, also die ganze Fördergeschichte ist immer so, hab ich den Eindruck, nix was lang Konstanz hat. Und das merken die Bauern und deswegen ist das [die Förderung] zwar ein wichtiges Kriterium, aber es ist nicht alles, nicht die ganze Wahrheit für die Umstellung.“ (Kontrollbehörde)

„Das [die Schwankungen] spielt schon eine Rolle, da unterschätzt man die psychologische Wirkung, das ist enorm, das wird als Ungerechtigkeit empfunden, als Nicht-Verlässlichkeit.“ (Dachverband)

Solche Schwankungen treten allerdings nicht nur bei der Ökoförderung, sondern auch bei den Förderprogrammen für die konventionellen Betriebe auf. Innerhalb des KULAP ist der Stellenwert der Ökolandbauförderung laut Expertenmeinung sogar hoch, da kontinuierlich Neuanträge gestellt werden können und die Antragsstellung nicht wie bei anderen konventionellen Förderprogrammen ausgesetzt wird.

„Und der Ökolandbau war von Anfang an das Programm, wo es dann auch geheißen hat, das kann nach wie vor beantragt werden, weil das von Seiten des Ministeriums als sehr wichtig angesehen wurde. (...) Also ich denke mal das ist bei den Landwirten schon als Indiz rausgekommen, dass das eine höhere Priorität hat. (...) Wir haben eigentlich immer so gesagt: innerhalb des KULAP ist die Ökoförderung mit die sicherste.“ (Fachzentrum).

4.2.3 Themengebiet Vermarktung

In den Expertengesprächen wurden häufig die Vermarktung und die Vermarktungsstruktur bei Biolebensmitteln in Bayern bzw. Deutschland thematisiert. Es wurde jedoch deutlich, dass die Probleme bereits an früherer Stelle der Wertschöpfungskette beginnen. Als Hemmnisse wurden die Distribution, mangelnde Verarbeitungsbetriebe, die Vermarktungsstruktur, der Einstieg des LEH bei Bioprodukten sowie die Position des Handels diskutiert. Auch die Rolle der Verbände wurde in Zusammenhang mit der Vermarktung genannt. Die Konkurrenz zwischen regional und biologisch erzeugten Produkten lässt sich sowohl dem Themenbereich Vermarktung als auch Nachfrage zuordnen und wird deswegen ans Ende dieses Abschnittes gestellt.

Laut Expertenmeinung hatten die bayerischen ProduzentInnen im Betrachtungszeitraum häufig Schwierigkeiten bei der **Distribution** ihrer Erzeugnisse. Vor allem eine kontinuierliche Lieferung in gleichbleibender Qualität und ausreichender Menge bereitete Probleme. Als Beispiel wurde dreimal der Gemüsebau angesprochen (Dachverband, Kontrollbehörde, Fachzentrum). Biogemüse wird häufig von kleinen Betrieben in Bayern produziert und regional oder direkt abgesetzt, da nur wenige Möglichkeiten zur Bündelung und Verteilung bestehen, zudem ist der Selbstversorgungsgrad gering. Infolgedessen sucht der Handel andere Lieferanten, welche seine Anforderungen bezüglich Kapazitäten und Qualität erfüllen können.

„Also ich [kleiner Erzeugerzusammenschluss Gemüsebau] kann es vielleicht noch schaffen die 5–6 *basic* Filialen um München rum zu beliefern, das krieg ich vielleicht noch hin, aber ich würde es nicht schaffen, die 20–25 Filialen oder mehr von *Rewe* um München rum zu beliefern, das wird wahrscheinlich nicht reichen. Also so muss man sich das vorstellen. Und da stehen dann halt andere am Start, die das eben können.“ (Dachverband).

Im Supermarkt wird beispielweise das Biogemüse häufig aus dem gleichen Anbaugebiet wie die konventionelle Ware bezogen, meist aus den klassischen Zulieferländern wie Spanien oder Italien (Dachverband). Nur wenige bayerische Ökobetriebe beliefern die Biosupermärkte oder die großen Ketten des konventionellen LEH (Kontrollbehörde). Oft kann gerade noch der regionale Fachhandel – wie beispielsweise einzelne Naturkostläden – beliefert werden, selbst für die Versorgung von Fachhandelsketten reichen die Kapazitäten nicht aus. Der LEH sucht natürlich dort, „(...) wo er am günstigsten die Qualität einkaufen kann, die er haben will (...)“, oft wird auch Ware aus Österreich bezogen, beispielsweise bei Fleisch und Milch bzw. Milchprodukten (Dachverband). Ein Experte empfahl die Erzeugerzusammenschlüsse weiter zu verbessern, damit eine stärkere Belieferung des LEH möglich wird (TU München).

In Zusammenhang mit der Distribution und Vermarktung wurde auch das Agieren der **Verbände** genannt, welche meist eine eigene Vermarktungsorganisation angegliedert haben. Vor Einführung des deutschen Biosiegels hatte jeder Verband ein eigenes Logo für die Vermarktung seiner Produkte und wollte dieses auch auf dem Markt durchsetzen, obwohl die Qualitätsstandards häufig vergleichbar waren (Dachverband). Vor rund sieben bis neun Jahren war die Warenbündelung noch stark verbandsgebunden; die Vermarktungsorganisationen der bayerischen Bioverbände waren zu dieser Zeit damit ausgelastet, den Fachhandel zu beliefern, beispielsweise die wachsenden Biosupermärkte (Dachverband). Zum Teil wollten die Verbände den konventionellen LEH mit folgender Begründung nicht beliefern:

"(...) da hat man immer gesagt: Nee, hohe Bioqualität, die bleibt dem Naturkostfachhandel und den Biosupermärkten vorbehalten. Nur hier finde ich eben Top Bioware." (Dachverband)

Ein Experte sah jedoch eine Verbesserung über die letzten Jahre, da die Bioverbände inzwischen flexiblere Kooperationen bei der Warenbeschaffung eingegangen sind und somit ihre Kapazitäten erweitern konnten (Dachverband). Inzwischen werden auch die konventionellen Supermarktketten beliefert, als herausragendes Beispiel nannte der Experte die erfolgreiche Kooperation zwischen *Naturland* und *Rewe* und bezeichnete diese als "Quantensprung" (Dachverband).

Drei Experten sprachen einen Mangel an **Verarbeitungsbetrieben** als Hemmnis an. Insbesondere bei Fleisch gibt es laut Expertenmeinung zu wenige Verarbeiter (Kontrollbehörde, Fachzentrum). Ein Experte nannte als Beispiel, dass viele Metzger den Mehrpreis für Ökoprodukte und den womöglich daraus folgenden Kundenverlust fürchten; zudem besteht häufig eine Scheu vor dem Erklärungsbedarf bei den unterschiedlich erzeugten Produkten, wenn nur ein Teilsortiment in Ökoqualität angeboten wird (Kontrollbehörde). Bei Biomilch hat sich die Situation mittlerweile verbessert, da große Ökomolkereien bestehen (Kontrollbehörde, Fachzentrum); trotzdem verhängen die Molkereien wegen eines Überhangs an ProduzentInnen teilweise Aufnahmestopps (Kontrollbehörde). Ein Experte forderte:

„Ich bin der Überzeugung, dass wir quasi eine neue Welle der Achtzigerjahre brauchen, eine neue Verarbeiter- und Händlerwelle, also mehr Verarbeiter. Und zwar Verarbeiter, die 100% ökologisch wirtschaften, weil das haben wir einfach in den letzten Jahren viel zu wenig gekriegt.“ (Dachverband)

Die besondere **Vermarktungsstruktur** in Bayern mit hohem Fachhandelsanteil ist historisch gewachsen. Für die bayerischen ProduzentInnen bestand häufig nur die Möglichkeit ihre Bioprodukte über den Fachhandel oder die Direktvermarktung abzusetzen. Zwei Gründe hierfür wurden bereits geschildert: die Verbände strebten lange Zeit eine Vermarktung ausschließlich über den Fachhandel an; für eine kontinuierliche Belieferung der großen Supermarktketten waren zudem keine ausreichenden Mengen vorhanden. Zwei Experten betonten die fehlende Möglichkeit zur Belieferung des konventionellen LEH:

„Im Endeffekt, man hat ja nicht so die Möglichkeit über die große Kette einzusteigen, also jetzt mal die Discounter im Kontrast dazu. Der Fachhandel und auch das Entstehen von Biosupermärkten, dafür ist glaub ich dann auch schon mehr Raum in Bayern.“ (BOKU Wien).

"Hat natürlich mit der Historie dann auch nochmal zu tun, die müssen wir natürlich nochmal ergänzen: dadurch, dass es dann nicht möglich war (...) in diese großen Ketten dann auch geballt rein zu liefern, haben natürlich die Discounter vor allem sich halt dann anderweitig umgeschaut, die haben sich andere Partner gesucht und dann das EU-Siegel drauf und gut." (Dachverband)

Ein Experte machte den Vorschlag mittelgroße und regionale (Fach-) Handelsstrukturen zu verbessern, in welchen der Handel als Vermittler zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen auftritt und nicht als Gewinner oder Preisdrücker (Bioverband). Bis zu einem Bioanteil von 15% der landwirtschaftlichen Fläche schätzte der Experte solche mittelgroßen Vermarktungsstrukturen als völlig ausreichend für die Vermarktung von Bioprodukten in Bayern ein (Bioverband). Dies schließt laut Expertenmeinung den klassischen Fachhandel ein, jedoch auch Einzelhandelsketten wie *tegut*, *Feneberg* oder *Edeka Süd*, welche Qualifikationen wie Fachwissen, Beratung, Platzierung und Preisgestaltung beim Verkauf von Bioprodukten aufweisen (Bioverband).

Eine stärkere Vermarktung über die konventionellen Supermärkte – wie beispielsweise in Österreich – wurde von den ExpertInnen zum Teil kontrovers gesehen. Drei Experten sahen Vorteile im hohen Fachhandelsanteil in Bayern (BOKU Wien, Bioverband, Dachverband). Ein Experte empfand den Fachhandel als besser zur Idee der Biobewegung passend: kleine Geschäfte bleiben erhalten und fallen nicht der Monopolisierung und Verdichtung am Markt zum Opfer (Dachverband). Die Wachstumsraten des Fachhandels in den vergangenen Jahren galten als positive Überraschung und zeigten, dass viele KonsumentInnen hochwertige Qualität wünschen und nicht nur überall verfügbare Bioprodukte (Dachverband). Für den Erhalt des Fachhandels sprach sich ein weiterer Experte aus:

„Ich blicke da jetzt natürlich als Wissenschaftler drauf und wenn ich jetzt beispielsweise auf die Vermarktung blicke, ich weiß gar nicht, ob das gut ist. Muss ich ganz ehrlich sagen. Ich würde als Bayern jetzt den Teufel tun und das [Vermarktung über den Fachhandel] aufgeben. Weil die Wertschöpfung ist ja viel geringer und auch die regionale Wertschöpfung. Und ich würde auch sagen, dass diese Konsumenten, die man im Fachhandel gebunden hat, sehr sehr wertvolle Konsumenten sind, die sicherlich dem Biolandbau auch erhalten bleiben.“ (BOKU Wien)

Zum Thema Vermarktungsstruktur wurde von den ExpertInnen häufig der **Einstieg des LEH** in die Vermarktung von Bioprodukten angesprochen. Insbesondere wurden Unterschiede zu Ländern mit einem hohen Umsatzanteil des konventionellen LEH (Österreich, Schweiz) herausgestellt. Als Hauptunterschiede wurden der Zeitpunkt des Beginns der Vermarktung und die Sortimente von Ökoprodukten genannt. Als deutsches Phänomen bezeichnete ein Experte die „Zurückhaltung vom Lebensmittelhandel“, da es lange gedauert hat, bis der LEH Bioprodukte als Qualitätsprodukte vermarktete (Dachverband). Ein Experte sprach von einer „Minimalstrategie“, da die deutschen Supermarktketten zwar Ökoprodukte anbieten, aber „(...) sie haben nicht den Anspruch und wohl auch nicht das Ziel, dass sie sozusagen ein Vollsortiment anbieten an Ökoprodukten“ (Kontrollbehörde). Ein Experte wies des Weiteren auf die Stärke der Discounter in Deutschland hin, welche auf die Billigschiene gesetzt haben und Ökoprodukten lange keine Priorität einräumten, sondern die Ökoschiene erst seit kurzem bedienen (TU München).

„In Österreich – wenn ich jetzt an *Billa* oder an *Spar* denke oder an *Hofer* – die haben immer schon die Vollsortiment-Strategie im Verkauf praktiziert, das heißt die wollten ein möglichst großes Sortiment an Ökoprodukten haben, möglichst komplementär zu den konventionellen Produkten eben auch eine Ökoschiene, und zwar eben über den größten Teil der Produktpalette. (...) Wie gesagt, das ist meine These jetzt mal so für den konventionellen LEH: Wenig Vollsortimente. Wir haben das bei *tegut* zum Beispiel, die sind sehr bestrebt da ein wirklich breites Bio-Angebot zu haben, aber wie gesagt, ob ich *Billa* und *Hofer* [in Österreich] anschau oder ob ich *Coop* und *Migros* [in der Schweiz] anschau, die fahren halt von Anfang an schon immer so eine Strategie, dass sie möglichst viel vom Sortiment auch in Bioqualität anbieten wollen und das auch noch entsprechend bewerben und daran fehlt es halt ein bisschen bei unseren Unternehmen.“ (Kontrollbehörde)

„Aber grundsätzlich ist schon auch in meinen Augen ein Unterschied zu Österreich diese bewusste Platzierung, Positionierung mit Bioprodukten als Qualitätsprodukte im Regal mit einem großen Schub, mit einer großen Motivation aus dem Unternehmen selber, hatten wir lange nicht. Also, das hat jetzt ewig gedauert, wir haben jetzt erst seit den letzten eineinhalb bis zwei Jahren diesen Quantensprung, dass diese Kooperation zum Beispiel von *Rewe* und *Naturland* stattfindet. Dass man eben mit einem Qualitätszeichen in den Lebensmittelhandel geht. Das hat vorher einfach nie stattgefunden.“ (Dachverband)

Mit der Vermarktung von Biolebensmitteln über den LEH wurden weitere Aspekte in Verbindung gebracht, welche unter dem Begriff **Position des Handels** zusammengefasst werden können. Damit ist einerseits die Einstellung zu Ökoprodukten und andererseits die Machtstellung gemeint. Welche Einstellung die konventionellen Supermarktketten zur Vermarktung von Ökolebensmitteln haben, lässt sich an deren Engagement ablesen. Laut Expertenmeinung zeigte der deutsche LEH kein besonders starkes Engagement, sondern wollte bei Bioprodukten lediglich „den Fuß in der Tür haben“ und einen Trend aufgreifen (Kontrollbehörde). In Österreich hingegen zeigte der Handel große Initiative, was sich positiv auf die Entwicklung des Biolandbaus auswirkte.

„In der Schweiz haben wir ja eine ähnliche Entwicklung wie in Österreich gehabt mit *Migros* und *Coop*, die sehr früh schon so Vollsortimenter waren im Ökolandbau und das auch entsprechend beworben haben, also insofern sieht man schon auch, was das für einen Stellenwert hat. Wenn das vom Handel ausgeht so was, dann ziehen Verarbeiter und Bauern natürlich viel stärker nach, als wenn da irgendwo eine staatliche Institution sagt ‚Wir wollen den Ökolandbau voran bringen‘. (...) Ich denke alles, was vom Handel ausgeht, das schlägt einfach voll durch. Also auf den Verarbeiter durch und auf den Erzeuger dann durch.“ (Kontrollbehörde)

„(...) da sehe ich halt in Österreich sehr viel mehr Ansätze so etwas [Bioprodukte und regionale Produkte] zu verkaufen. Da ist der Handel bereit bzw. der Handel würd es auch nicht machen, wenn er nicht die Resonanz bei der Bevölkerung hätte, also auch hier wiederum so ein selbstverstärkender Kreis“ (TU München)

„Jetzt muss man aber auch sagen die Stellung des Handels ist in Deutschland auch sicherlich mächtig, aber nicht so mächtig wie in Österreich. Aber vor diesem Hintergrund hat man hier [in Österreich] auch diesen Konsens zwischen Bioprodukten und auch regionalen Produkten und dem Handel gefunden. Da gibt es natürlich auch Divergenzen und unterschiedliche Betrachtungen, aber man hat schon eine gewisse Lösung gefunden, dass das einfach sehr stark durch den Handel gestützt wird und das ist in Deutschland und in Bayern sicherlich auch ein Unterschied, das werden sie nicht so finden.“ (BOKU Wien)

Ein Großteil der ExpertInnen äußerten sich zur **Konkurrenz regionale Produkte** und Bioprodukte sowohl in Bezug auf die Nachfrage als auch auf den Handel. Laut Expertenmeinung ist es für den Handel in Bayern häufig einfacher regionale Produkte anzubieten, weil klare Definitionen (Beispiel: Entfernung) oder Standards (Beispiele: Prozessqualität, Herkunft Futter und Rohstoffe) fehlen; häufig genügt ein Firmensitz in Bayern (Dachverband). Bio und regional werden in Bayern – anders als in Österreich – jedoch nur selten verknüpft. Die hohe Importquote bei Bioprodukten in Deutschland zeigt, „(...) dass man bei uns da vielleicht ein bisschen verpasst hat diesen regionalen Aspekt wirklich zu berücksichtigen“ (Kontrollbehörde).

„In Österreich hab ich den Eindruck, dass man sehr stark diese Regionalität betont, in Bayern ist die Regionalität zwar auch prinzipiell ein Gesichtspunkt, aber ist wesentlich weniger jetzt so ausgeprägt wie in Österreich, hab ich das Gefühl.“ (Kontrollbehörde).

Beim begrenzten Regalplatz im Handel geraten Bioprodukte in Konkurrenz zu regionalen Produkten bzw. anderen Produkten mit Mehrwert. Ein Experte schildert dies am Beispiel des Angebots von Milch im Supermarkt, wo Produkten mit ähnlichen Argumenten ein Zusatznutzen vermittelt wird (Beispiele: Bio, Regional, Fair, Gentechnikfrei, Heumilch) (Kontrollbehörde). Konkurrenz kann folglich bei der Listung im Handel als auch beim Kauf durch die KonsumentInnen entstehen, da diese eine Entscheidung zwischen mehreren Alternativen mit Zusatznutzen treffen müssen.

4.2.4 Themengebiet Nachfrage

Das Themengebiet Nachfrage bzw. Nachfrage- und Kaufhemmnisse wurde in den Experteninterviews am seltensten angesprochen. Die ExpertInnen bestätigten zwar die dazu formulierte These und schilderten zum Teil Veränderungen im eigenen Umfeld (Beispiele: Preise, Verfügbarkeit von Produkten, Ladendichte), stellten Nachfragehemmnisse jedoch in den Hintergrund. Meist wurden Probleme auf der Nachfrageseite in Zusammenhang mit der Vermarktungsstruktur genannt. Diskutiert wurden der Preis, die Verfügbarkeit, das Verbraucherverhalten und die Werbung für Bioprodukte. Mehrere ExpertInnen betonten jedoch, dass seit der BSE-Krise eine starke Nachfrageentwicklung stattfand, die zum Teil gar nicht erfüllt werden kann. Dies lässt darauf schließen, dass die Hemmnisse nicht auf der Nachfrage-, sondern auf der Angebotsseite zu suchen sind.

Am häufigsten wurde der **Preis** von Bioprodukten diskutiert, es kamen beispielsweise die Billigmentalität, der Preisdruck und der Preiskampf sowie die starke Stellung der Discounter in Deutschland zur Sprache. Ein Großteil der VerbraucherInnen in Deutschland fragt möglichst billige Lebensmittel nach; der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel sinkt kontinuierlich, woran der Stellenwert des Essens abgelesen werden kann (Kontrollbehörde). Durch die Aufnahme von Biolebensmitteln in die Sortimente des konventionellen LEH sanken die Preise und das Hemmnis ‚hoher Preis‘ wurde abgebaut. Die sinkenden Preise sah ein Experte jedoch kritisch:

„(...) grundsätzlich liegt in diesem hohen Preis, und dass ein Bevölkerungsanteil bereit ist diesen hohen Preis zu zahlen, eigentlich sehr viel Wert drin. Weil es gelungen ist, etwas, das eigentlich nicht verkaufbar ist nach der klassischen Ökonomie, als öffentliches Gut verkaufbar gemacht wurde (...).“ (BOKU Wien)

Grundsätzlich muss jedoch sowohl beim Preis als auch bei der **Verfügbarkeit** zwischen den Konsumentenwünschen von verschiedenen Kundengruppen differenziert werden. Für manche KonsumentInnen ist es wichtig, dass Bio überall verfügbar und leistbar ist; für die Kerngruppe – die den meisten Umsatz macht – ist jedoch die Qualität der Produkte ausschlaggebend (Dachverband). Viele KonsumentInnen schätzen den Fachhandel, weil dieser ihre Bedürfnisse abdeckt. Dies lässt sich am Wachstum dieses Segments ablesen; ein Experte veranschaulichte dies am Beispiel der Biosupermärkte:

„Und auch so dieses Gefühl im Fachhandel: da geh ich rein, es ist alles Bio, da muss ich nicht lang gucken, ich geh durch und pack ein und bin wieder draußen. Also da kommt die eine Welt mit der anderen Welt sozusagen, das One-Stop-Shopping, eben zusammen und das passt.“ (Dachverband)

Andere Kundengruppen haben jedoch mutmaßlich Vorbehalte gegen den Fachhandel und bevorzugen den Einkauf von Bioprodukten im LEH. Für diese KonsumentInnen stellte der Abbau des Kaufhemmnisses ‚Verfügbarkeit‘ einen wichtigen Schritt dar.

„Der klassische Naturkosthandel, so wie man es eigentlich bisher gehabt hat, also kleinere Naturkostläden mit geringem Frischesortiment (...), das hat sich denke ich schon immer so bewegt in einer bestimmten Käuferschicht, die eben bereit ist solche Läden aufzusuchen und da einzukaufen. Aber die große Masse der Käufer wird man kaum in diese klassischen Naturkostläden bringen, das ist einfach ein eng begrenzter Kundenbereich, der da angesprochen wurde, so sehe es ich.“ (Kontrollbehörde)

Drei Experten warfen auf, dass möglicherweise Unterschiede im **Verbraucherverhalten** der österreichischen und der bayerischen KonsumentInnen bestehen. Ein Experte begründete dies damit, dass die Themen Biolandbau und Bioprodukte in der österreichischen Bevölkerung eine bessere Resonanz haben. Dies zeigt sich dadurch, „(...) dass das Interesse einfach in der Bevölkerung größer ist aus der Region zu kaufen, bestimmte Produktionsmethoden zu kaufen und aus kleineren Beständen zu kaufen und deswegen hat Österreich eben auch ein höheres Preisniveau (...)“ (TU München). Ein Experte merkte an, dass österreichische KonsumentInnen möglicherweise aufgeschlossener gegenüber Bioprodukten sind, im Grundzug jedoch Bayern recht ähnliche Voraussetzungen haben müsste (BOKU Wien). Im Punkt Heimatbewusstsein sah ein Experte weitere Unterschiede zwischen bayerischen und österreichischen KonsumentInnen:

„(...) dieses Verbundensein mit ihrem Land, mit ihrer Landschaft und auch dadurch mit ihren Produkten, das Wertschätzen der Produkte, das hat dort [in Österreich] traditionell ganz andere Wertigkeiten, ist nicht so zerstört worden wie bei uns.“ (Bioverband)

Zwei Experten sprachen die **Werbung** für Bioprodukte als Instrument zur Erhöhung der Nachfrage an. Wenn Werbebotschaften von Lebensmitteln der Wahrheit entsprechen und ehrliche Kommunikation stattfindet, hätte die KonsumentIn eine Einsicht in Produktionsmethoden und würde sich möglicherweise öfter für Bioprodukte anstelle von konventionellen Produkten entscheiden (Bioverband). Ein Experte bemängelte fehlende Werbung und sah Unterschiede zu Österreich und zur Schweiz. Dort geht die Werbung vom LEH aus, Bioprodukte werden im Geschäft nochmal massiv beworben und regen zum Biokonsum an (Kontrollbehörde).

„Ich mein, was vielleicht noch eine Rolle spielen kann, das ist die Werbung insgesamt. Aber da ist natürlich auch der Handel und die Vermarktung irgendwie mit betroffen. Aber wenn ich von den Werbeaussagen das eben noch entsprechend transportiere, dann bleibt das natürlich auch irgendwo bei den Konsumenten im Gedächtnis hängen. (...) Da kann man natürlich den Ökolandbau nochmal deutlich stützen, wenn das [die Werbung] vom Handel kommt.“ (Kontrollbehörde)

4.2.5 Weitere Faktoren

Von den ExpertInnen wurden noch weitere Faktoren erwähnt, die die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern beeinflussten. Diese waren Beratung und Bildung, das Erreichen einer gewissen Schwelle, Marktungleichgewichte sowie Umstellungshemmnisse bei den ProduzentInnen. Die genannten Einflussfaktoren bzw. Hemmnisse werden im Folgenden gesondert genannt, da sie keinem der vier Bereiche eindeutig zugeordnet werden konnten.

Zwei ExpertInnen sahen Schwächen bei **Beratung und Bildung** in Bayern. Laut Expertenmeinung wird von der staatlichen Beratung teilweise zu wenig in Richtung Ökolandbau beraten (Dachverband). Dies liegt häufig daran, dass als Lehrmeinung in der bayerischen Agrarverwaltung und der Beratung die Exportstrategie vertreten wird (Dachverband). Teilweise steht bei den Beratern auch die Energiewende im Vordergrund (Fachzentrum). Versäumnisse im Bildungsbereich wurden ebenfalls genannt: Dies betrifft laut Expertenmeinung sowohl die Ausbildung als auch die Weiterbildung im Bereich Landwirtschaft sowie in den verarbeitenden Berufen und im Verkauf (Dachverband). Ein Experte ging noch weiter und forderte verstärkte Bildung und Sensibilisierung für Ökolandbau und Ökoprodukte in der ganzen Gesellschaft (Bioverband).

„Wir haben zum Beispiel eine super Fachschule für ökologischen Landbau in Landshut. (...) Aber das ist auch das einzige. In allen Landwirtschaftsschulen ist es so, dass wenn die Schüler Glück haben und vor Ort ist einer, der ein bisschen offener ist, der erzählt mal was einen Tag oder zwei über Ökolandbau während der ganzen Schulzeit. Und das sind strukturelle Sachen, da kann der Staat direkt was machen, das hat er schon lang verschlafen hier endlich mal in diesen Lehrplan mindestens vier Wochen Ökolandbau in der Schule zu verankern, eigentlich müssten es mehr sein.“ (Dachverband)

„Wenn ich eben das [die Umstellung] als Option für meinen Betrieb gar nicht mal krieg von einem Landwirtschaftsamt, was natürlich für den Bauern auch heute noch ein wichtiger und angesehener Ansprechpartner ist, dann passiert das eben auch nicht.“ (Dachverband)

„Und im Bildungsbereich, dort ist es mindestens so wichtig, dass wir ansetzen, wie dass wir auf der anderen Seite in der Landwirtschaft ansetzen.“ (Bioverband)

Mehrere Experten sprachen an, dass in Bayern eine gewisse **Schwelle** noch nicht erreicht sei, ab welcher positive Effekte für den Biolandbau auftreten. Ein Experte nannte ein Beispiel aus dem Bereich Verarbeitung, da bei einer größeren Dichte an Ökobetrieben Vorteile für die Molkereien beispielsweise bei der Milchabholung entstehen (Kontrollbehörde). Als Beispiele für solche Regionen mit einem hohen Bioanteil nannten mehrere ExpertInnen die Landkreise Miesbach und Kempten mit mehr als 20% Bioanteil (Dachverband, Kontrollbehörde, Fachzentrum).

„(...) wenn die Regionen [mit Biolandbau] größer sind, dann gehen mehr Vermarkter in die Richtung, wenn mehr Vermarkter in die Richtung gehen, geben sie wieder Impulse, wenn der Handel dann entsprechend mitmacht... Und so ist das ein sich selbst verstärkender Kreis.“ (TU München)

„Wenn wir zumindest diese 10% erreicht haben, wo dann einfach Skaleneffekte wirken, wo Rückkopplungseffekte wesentlich stärker sind, ja wo wir vielleicht dann auch Cluster-Regionen haben.“ (Dachverband)

Ist eine solche Schwelle erreicht, können die ÖkolandwirtInnen auch ein höheres Stimmgewicht gegenüber den konventionellen BäuerInnen und deren Vertretung erzielen. Des Weiteren können vermutlich die Nachteile eines kleinen Marktes wie beispielsweise Marktungleichgewichte besser ausgeglichen werden (Fachzentrum).

Die ExpertInnen beschrieben **Marktungleichgewichte** als ein Hemmnis für die Umstellung, da diese Unsicherheit bei den ProduzentInnen auslösen. Eine Expertin nannte als konkretes Beispiel die Schweinehaltung mit einem schwankenden Ungleichgewicht zwischen Ferkeln und Mastplätzen (Fachzentrum). Ein weiteres Beispiel stammte aus dem Bereich der Milchwirtschaft mit Schwankungen bei den Kapazitäten: „Wir haben aber bei der Milch immer Probleme gehabt, dass das so ein rauf und runter ist, wenn es um die Aufnahme weiterer Lieferanten geht“ (Kontrollbehörde). Häufiger wurde das allgemeine Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei Bioprodukten angesprochen, das durch Importe ausgeglichen werden muss (Dachverband).

Auf die Frage, warum sich der Biolandbau in Bayern in den letzten 20 Jahren nicht stärker entwickelte, nannten die ExpertInnen **Umstellungshemmnisse** bei den ProduzentInnen. Die ExpertInnen schilderten verschiedene Probleme bei der Umstellung, vermuteten jedoch häufig eine ähnliche Situation bei den österreichischen BäuerInnen (Kontrollbehörde, Fachzentrum). Ein Experte vermutete, dass der Anteil an Betrieben, die leicht umstellen können, in Bayern geringer als in Österreich ist (TU München). Häufig wurde die Angst vor Ertragseinbußen und Zusatzkosten und somit vor einer möglicherweise geringeren Wirtschaftlichkeit nach der Umstellung genannt. Unsicherheit besteht des Weiteren beim Preisabstand zu konventionellen Produkten, beispielsweise bei Biomilch (Kontrollbehörde, Fachzentrum, TU München). Ist der Preisabstand zu gering, können die hohen Produktions-

kosten in Bayern nur schwer ausgeglichen werden. Hohe Investitionskosten – vor allem bei der Tierhaltung – können ebenfalls ein Umstellungshemmnis für die ProduzentInnen darstellen. Vor allem kleinere Betriebe oder Betriebe mit Nachfolgeproblemen schrecken vor einer Investition zurück (Kontrollbehörde, Fachzentrum). Ein Experte veranschaulichte dies:

„Wir haben in Bayern eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft, die Molkereistruktur wäre nicht schlecht, weil wir relativ viele Molkereien haben und auch Molkereien haben, die Biomilch nehmen, aber es hapert dann schon auch wieder an der Struktur, also viele Betriebe mit Anbindehaltung, die was tun müssen, also entweder diesen Winterauslauf schaffen oder gleich umbauen in einen Laufstall, also für etliche ist das ein Hemmschuh. Das ist ein Hindernis bei der Umstellung, weil einfach die Investition, die muss sich rechnen (...).“ (Kontrollbehörde)

Als weiteres Umstellungshemmnis nannte eine Expertin die Angst der BäuerInnen vor zusätzlichen Kontrollen und einer langjährigen Verpflichtung:

„Viele Betriebe befürchten auch – gerade auch im Bezug auf Förderung – da haben wir jetzt dann nochmal eine zusätzliche Kontrolle. Das ist sicherlich schon auch oft ein Hemmnis, weil denen sind jetzt die Kontrollen schon zu viel und die wollen jetzt nicht noch eine zusätzliche Kontrolle und die haben dann immer die Befürchtung, dass sie sich dann ruinieren, wenn dann irgendwie was nicht passt und sie sind in so einer fünfjährigen Verpflichtung drin, dass sie dann sehr viel wieder zurückzahlen müssen.“ (Fachzentrum)

Des Weiteren schilderte ein Experte, dass viele kleine bayerische Betriebe, die von den Voraussetzungen her problemlos umstellen könnten, regional und auf Vertrauensbasis vermarkten, weshalb kein Label erforderlich ist (BOKU Wien). Diese Betriebe meiden die Kontroll- und Verbandskosten. Im Endeffekt waren alle genannten Umstellungshemmnisse bei den ProduzentInnen auf finanzielle Ursachen zurückzuführen, produktionstechnische Probleme wurden von den ExpertInnen nicht genannt.

4.2.6 Bewertung der Thesen

Im zweiten Teil der Interviews bewerteten die sechs ExpertInnen die vorbereiteten Thesen. Jede ExpertIn verteilte zehn Punkte auf die vier Thesen und gewichtete die Thesen somit zueinander. Keine These wurde abgelehnt, alle Thesen erhielten eine Punktzahl zwischen einem und fünf Punkten (Abbildung 7). Die Gewichtung der Thesen fiel unterschiedlich aus: einige ExpertInnen verteilten die zehn Punkte relativ gleichmäßig, andere hoben eine einzelne These durch eine hohe Punktzahl hervor. Der Vertreter der Kontrollbehörde vergab beispielsweise vier Punkte auf These 2 und stellte somit die große Bedeutung der Vermarktungsstrukturen heraus. Drei ExpertInnen (Bioverband, Dachverband, Fachzentrum) betonten hingegen These 4 und unterstrichen damit die Rolle der Agrarpolitik für die Entwicklung des Biolandbaus. Die Vertreter der Verbände verwiesen im Gespräch auf den Zusammenhang zwischen Politik und Förderung und vergaben deshalb für These 1 eine ähnlich hohe Punktzahl wie für These 4.

Die sechs ExpertInnen verteilten die Punkte folgendermaßen auf die vier Thesen: These 1 (Förderung) erhielt insgesamt 15 Punkte, was einem Anteil von 25% aller Punkte entsprach. Auf These 2 (Vermarktung) fielen ebenfalls 15 Punkte sowie 25%. These 3 (Nachfrage) erhielt mit 11 Punkten und 18% die niedrigste Gewichtung. Auf These 4 (Politik) hingegen fielen 19 Punkte, was einem Anteil von 32% entsprach.

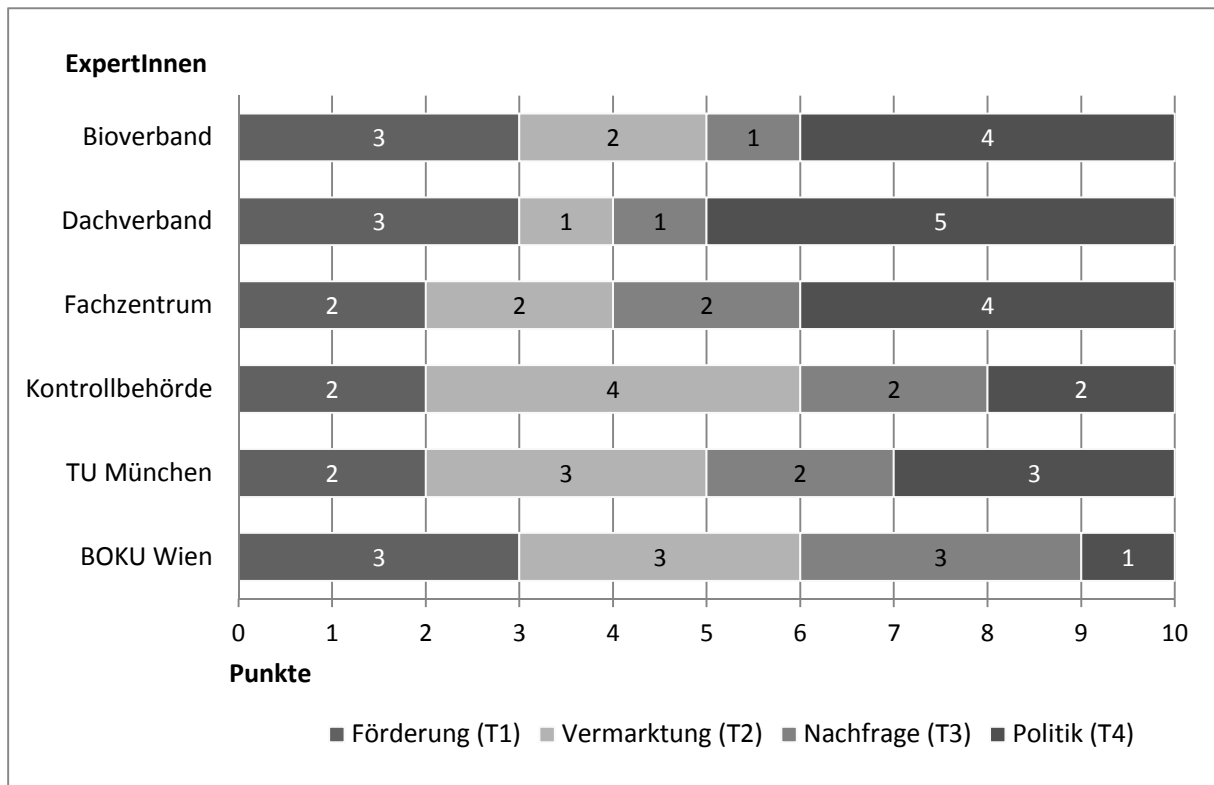


Abbildung 7: Punkteverteilung der ExpertInnen für die vier Thesen (T1, T2, T3 und T4).
(Eigene Darstellung auf Basis der Ergebnisse der Experteninterviews).

Insgesamt wurde These 4 (Politik) also die größte Bedeutung zugemessen. Die hohe Bewertung dieser These stimmte mit den Ergebnissen des ersten Teils der Interviews überein. Die ExpertInnen hatten bereits ausführlich über das Themengebiet Politik gesprochen und größtenteils als starkes Hemmnis für die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern identifiziert. Neben der hohen Punktzahl wurde die Agrarpolitik in den Interviews häufig als erstes genannt und mit besonders vielen Beispielen belegt. Des Weiteren wurden von den ExpertInnen der Einfluss der Politik auf die Rahmenbedingungen für den Biolandbau und der enge Zusammenhang zwischen der Agrarpolitik und der Gestaltung der Förderung betont. Die ExpertInnen vergaben auf These 1 (Förderung) und These 4 (Politik) insgesamt 57% aller Punkte, was deren starken Einfluss auf die Entwicklung des Biolandbaus in Bayern widerspiegelt. Sowohl die Politik als auch die Förderung wurden demnach als starke Einflussfaktoren gewertet.

These 2 (Vermarktung) erhielt die gleiche Punktzahl wie These 1 (Förderung), nur zwei der sechs ExpertInnen bewerteten jedoch die These zur Vermarktung höher als die These zur Förderung. Zudem war auffällig, dass die Vermarktungsstruktur von den ExpertInnen seltener als Hemmnis angesprochen wurde als die Politik oder die Förderung. Die geringste Bedeutung wurde These 3 (Nachfrage) zugemessen. Das Themengebiet Nachfrage wurde in den Experteninterviews auch insgesamt am seltensten als hinderlicher Faktor angesprochen. Häufig wurde betont, dass Kaufhemmnisse von der Vermarktungsstruktur abhängig sind und somit ein Zusammenhang zwischen These 3 und These 2 besteht. Die ExpertInnen vergaben auf These 2 (Vermarktung) und These 3 (Nachfrage) zusammen 43% aller Punkte. Die Vermarktung und die Nachfrage haben somit die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern ebenfalls gehemmt, waren jedoch weniger starke Einflussfaktoren als die Politik und die Förderung.

5 Diskussion und Ausblick

Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde untersucht, welche Faktoren im Betrachtungszeitraum 1989–2011 eine stärkere Ausweitung des Biolandbaus in Bayern gehemmt haben. Die Untersuchung schloss eine Literaturlauswertung sowie ergänzende Experteninterviews ein. Ein Vergleich zwischen Bayern und Österreich bot sich an, da mit relativ kleinen Betrieben, hohem Grünlandanteil und Verteilung der Biobetriebe in der benachteiligten Zone ähnliche Strukturen vorlagen. Im folgenden Abschnitt werden die angewandten Methoden und die Ergebnisse der Untersuchung diskutiert sowie ein abschließender Ausblick gegeben.

5.1 Diskussion der Methoden

Die umfangreiche Literaturlauswertung erzielte einen Überblick über das Thema. Durch die Auswertung und den Vergleich von Untersuchungen mit ähnlicher Fragestellung wurden die wesentlichen Einflussfaktoren herausgefiltert. Dies war wichtig für die Bildung von stichhaltigen Thesen. Für die gesetzte Fragestellung wäre es jedoch nicht ausreichend gewesen nur eine Literaturlauswertung durchzuführen. Von der Autorin wurden deshalb Experteninterviews gewählt, um die Literaturlauswertung zu bestätigen und sicherzustellen, dass keine wesentlichen Faktoren übersehen wurden. Die zwei gewählten Methoden ergänzten sich in zweierlei Hinsicht gut: Die Experteninterviews lieferten zusätzliche Informationen, führten anschauliche Beispiele an und erläuterten Zusammenhänge. So rundeten sie die Ergebnisse der Literaturlauswertung ab. Zusätzlich verstärkten sich die Interviews gegenseitig, da von den ExpertInnen ähnliche Themen und Beispiele angesprochen wurden. Da die Hemmnisse nicht nur von einer Einzelperson genannt wurden, sondern von mehreren, deutet es darauf hin, dass die Einschätzung der wesentlichen Hemmnisse geteilt wurde.

Wie erhofft brachten die Experteninterviews auch zusätzliche Erkenntnisse, die nicht aus der Literatur ersichtlich waren. Insbesondere gingen die GesprächspartnerInnen gezielt auf die Situation und Probleme in Bayern ein, was in der Literatur nicht immer der Fall war, da diese meist die gesamte deutsche Situation widerspiegelte. Da nur ExpertInnen ausgewählt wurden, die sich seit längerer Zeit intensiv mit dem Biolandbau in Bayern beschäftigen, wurde ein guter Überblick über den Betrachtungszeitraum geschaffen. Die vorgebrachten Argumente und Beispiele schufen ein deutliches Bild der hinderlichen Faktoren für eine Ausweitung des Biolandbaus in Bayern.

Die sechs ExpertInnen wurden aus unterschiedlichen Organisationen (Verbände, Wissenschaft, staatliche Institutionen) ausgewählt, welche mit den Akteursgruppen in Verbindung stehen. Allerdings wurden keine Interviews mit ProduzentInnen, KonsumentInnen, HändlerInnen oder PolitikerInnen geführt. Die Sichtweise dieser Akteursgruppen wurde daher nur indirekt durch die ExpertInnen berücksichtigt. Die meisten GesprächspartnerInnen verfügten über breites Wissen in mehreren Themengebieten und sprachen Rahmenbedingungen und Probleme der gesamten Biobranche an. Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, dass ein guter Überblick über die wesentlichen Hemmnisse erreicht wurde. Allerdings ist die Sichtweise der ProduzentInnen überrepräsentiert, die Sichtweise der KonsumentInnen hingegen unterrepräsentiert. In Anbetracht des Nachfrageüberhangs bei Bioprodukten in Bayern stellte dies jedoch keinen Nachteil für die vorliegende Arbeit dar. Für eine stärkere Entwicklung des Biolandbaus in Bayern hätten im Betrachtungszeitraum mehr Umstellungen stattfinden müssen. Daher macht es Sinn, besonders auf die Umstellungshemmnisse aus Sicht der LandwirtInnen zu achten, das heißt die Marktbedingungen und politischen Rahmenbedingungen zu untersuchen, welche die Umstellungsentscheidung beeinflussten.

Die Gliederung des Interviews in zwei Teile erwies sich als vorteilhaft. Durch die offene Gestaltung des ersten Teils konnten die ExpertInnen weitgehend unbeeinflusst ihre Meinung äußern und mit selbstgewählten Beispielen aus dem eigenen Erfahrungsschatz untermauern. Da die angesprochenen Themengebiete bereits häufig mit den in den Thesen formulierten Punkten übereinstimmten, ersparte dies längere Erklärungen zu den Thesen. Meist wurde im zweiten Teil relativ schnell zur Bewertung der Thesen mit Punkten übergegangen; die Punkteverteilung erfolgte in den meisten Fällen zügig und eindeutig. Diese Bewertung mit Punkten bestätigte die Aussagen der ExpertInnen, regte in einigen Gesprächen zur weiteren Diskussion an und ermöglichte einen Vergleich sowie eine graphische Darstellung der Ergebnisse.

Die Untersuchung verglich Bayern und Österreich und zielte auf eine Übersicht ab. Die für die Literaturoswertung gewählte Betrachtungsweise aus Perspektive der Wertschöpfungskette wies Vorteile sowie Nachteile auf: Einerseits wurde ein guter Überblick über die Glieder der Wertschöpfungskette erlangt und Zusammenhänge wurden erschlossen; andererseits war im gesetzten Rahmen einer Masterarbeit keine tiefgründige Betrachtung einzelner Faktoren und Hemmnisse möglich. Die Untersuchung behandelte mit einem Vergleich zwischen Bayern und Österreich eine relativ neue Fragestellung. Deshalb schien es sinnvoll, die gesamte Wertschöpfungskette sowie die politischen Rahmenbedingungen zu betrachten und nicht nur einzelne Aspekte herauszugreifen. In weiteren Untersuchungen bestünde Raum zur Vertiefung ausgewählter Aspekte.

Der Ländervergleich erwies sich allgemein als fruchtbarer Ansatz. Auch andere AutorInnen wählten einen Vergleich zwischen Ländern oder Bundesländern als Forschungsansatz, um Erklärungen für die unterschiedliche Entwicklung des Biolandbaus zu finden (siehe LAMPKIN et al. 1999a, 1999b; NIEBERG et al., 2001, 2011; GROIER und GLEIRSCHER, 2005; ENGEL et al., 2006). NIEBERG et al. (2001) stellten jedoch fest, dass es kein Patentrezept gibt, wie der Biolandbau ausgeweitet werden kann. Dennoch ermöglicht ein Ländervergleich eine Untersuchung darüber, wie unterschiedliche Entwicklungen im Biolandbau mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen zusammenhängen. Indem Unterschiede und Gemeinsamkeiten und deren Einfluss auf den Biolandbau analysiert werden, können beispielsweise Erfolgsfaktoren und Hemmnisse abgeleitet werden. Diese Vorgehensweise ähnelt somit einem Benchmarking in der Betriebswirtschaft: Österreich – als Land mit dem höchstem Bioanteil in der EU – wurde als Vergleichsmaßstab betrachtet. Als 'Kennzahlen' für diesen Vergleich wurden beispielsweise die Ausstattung von Förderprogrammen oder die Umsätze mit Biolebensmitteln verwendet, als 'Prozesse' wurden beispielsweise die Vermarktungswege oder das Zusammenspiel der Akteure angesehen.

Laut HAGEDORN et al. (2003) können keine allgemeingültigen Erfolgsfaktoren für eine Ausweitung des Biolandbaus aufgestellt werden. Dennoch machte die vergleichende Betrachtung Probleme und Engstellen in Bayern sichtbar, an welchen in Zukunft weiter gearbeitet werden kann. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit sind wegen der Heterogenität der Bundesländer nur bedingt auf Deutschland als Gesamtes übertragbar. Eine Übertragung auf einzelne Bundesländer wäre denkbar, wenn Landeskompetenzen bei der Agrar- und Förderpolitik sowie naturräumliche Gegebenheiten berücksichtigt werden.

5.2 Diskussion der Ergebnisse

Anhand der Literaturoswertung wurden hinderliche Faktoren entlang der Wertschöpfungskette identifiziert und daraus Thesen abgeleitet. Für die vier Thesen wurden nur die wesentlichsten Faktoren ausgewählt. Zudem wurde im Hinblick auf die Experteninterviews darauf geachtet eine übersichtliche Anzahl an Thesen aufzustellen, sodass letztendlich nicht alle Einzelaspekte berücksichtigt werden konnten. In den folgenden zwei Abschnitten (5.2.1 und 5.2.2) werden die wichtigsten Einflussfaktoren kurz zusammengefasst, bewertet und diskutiert.

Bei einem Punkt konnte in Hinblick auf Bayern nicht abschließend geklärt werden, ob tatsächlich ein Hemmnis vorlag. Aufgrund der Literaturlauswertung wurde vermutet, dass im Vergleich zu Österreich das Zusammenspiel der Akteursgruppen schlechter funktionierte (vgl. MICHELSEN et al., 2001; MOSCHITZ und STOLZE, 2007). Die ExpertInnen äußerten sich in den Interviews jedoch nicht ausreichend dazu. Vermutlich hätte eine eigene These zum Zusammenspiel der Akteursgruppen in Bayern die ExpertInnen zu einer Aussage angeregt und zu einer Klärung beigetragen.

5.2.1 Politik und Förderung als starke Einflussfaktoren

Aus der vorliegenden Masterarbeit gehen die Ausrichtung der Agrarpolitik und die Gestaltung der Förderung als die stärksten Hemmnisse hervor. Diese beiden Bereiche hängen stark zusammen und werden hier deswegen gemeinsam diskutiert.

KUHNERT et al. (2004) beschrieben die politischen Rahmenbedingungen sowie die Ausgestaltung der Agrar- und Förderpolitik als wichtiges Hemmnis für die Ausweitung des Biolandbaus in Deutschland. Auch andere AutorInnen stellten den Ökolandbau als Sektor mit hoher Politikabhängigkeit dar und wiesen auf die Wichtigkeit der Politikgestaltung hin (DABBERT et al., 2002; PADEL und LAMPKIN, 2007; NIEBERG et al., 2011). Somit decken sich die Ergebnisse dieser Arbeit mit anderen Untersuchungen. Mehrere Studien hoben hervor, dass dem Biolandbau in der österreichischen Agrarpolitik seit langer Zeit eine besondere Stellung eingeräumt wurde und dies zu seiner starken Entwicklung maßgeblich beitrug (GROIER, 1999; MICHELSEN et al., 2001; JURTSCHITSCH, 2010). Im Gegensatz zu Österreich galt der Ökolandbau in Bayern nicht als Leitbild, sondern wurde mit anderen nachhaltigen Anbauverfahren gleichgestellt (STMELF, 2010b, 2011c). In dieser Arbeit wurde festgestellt, dass in Bayern über den Betrachtungszeitraum keine beständige Agrarpolitik mit klarer Linie in Richtung Ökolandbau gegeben war. Die deutsche Bundespolitik beeinflusste mit einem häufigen Wechsel der Interessenschwerpunkte (Beispiele: Agrarwende, Energiewende) die bayerische Agrarpolitik ebenfalls durch wechselnde Signale (vgl. HAMM, 2007).

Die Beispiele und Aussagen aus den Experteninterviews deckten sich größtenteils mit den Ergebnissen anderer Studien. Der Einfluss der Politik auf die Entwicklung des Biolandbaus wurde von den ExpertInnen jedoch noch schwerwiegender eingeschätzt als dies aus der Literatur hervorging. Die Experteninterviews lieferten die ergänzende Information, dass eine starke Politisierung des Ökolandbaus einen Einfluss auf dessen Entwicklung hatte, da politische und gesellschaftliche Akzeptanz erst spät eintraten. Hier zeigte sich auch ein wichtiger Unterschied zu Österreich, wo der Biolandbau bereits seit den Neunzigerjahren als fester Bestandteil der Landwirtschaft galt und von der Mehrheitspartei unterstützt wurde. Die ExpertInnen stellten heraus, dass im Betrachtungszeitraum eine politische Grundaussage zum Ökolandbau seitens der bayerischen Agrarminister fehlte, der Ökolandbau keinen besonderen Stellenwert erhielt und keine konsistenten Ziele gesetzt wurden. Die breit gefächerte Strategie in Bayern, die gleichzeitig Intensivierung und Extensivierung anstrebt, wurde in den Experteninterviews bemängelt. Dass wechselnde politische Signale zu Unsicherheit führten, wurde von den ExpertInnen durch Beispiele bestätigt.

In Bayern bestand ein starker Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Biolandbaus und den (Förder-) politischen Rahmenbedingungen. Eine Erhöhung des Bioanteils folgte in Bayern häufig als Reaktion auf geänderte Maßnahmen zur Förderung, wie aus der Literatur hervorging (ART, 2010). In der Literatur wurde darauf hingewiesen, wie bedeutend die Gestaltung der Förderung für den Ökolandbau ist. Besonders herausgestellt wurde in der Literatur die Flächenförderung innerhalb der Agrarumweltprogramme, da diese am besten finanziell ausgestattet ist (NIEBERG et al., 2011). In Bayern waren die Prämienätze bei der Flächenförderung über den gesamten Betrachtungszeitraum größtenteils deutlich niedriger als in Österreich; dies war sowohl aus den Prämientabellen der Agrarumweltprogramme als auch aus den durchschnittlich ausbezahlten Prämien pro Hektar ersichtlich (siehe STMLF/ STMELF, versch. Jahrgänge; BMLF/ BMLFUW, versch. Jahrgänge). Hinzu kamen stärkere

Schwankungen zwischen den Förderperioden sowie ein vergleichsweise später Beginn einer effektiven Förderung in Bayern. Dies ließ auf eine geringe Attraktivität der Ökolandbauförderung in Bayern schließen. KUHNERT et al. (2004) trafen eine ähnliche Aussage und bezeichneten die Ökoförderung in ganz Deutschland als nicht attraktiv genug.

Neben der absoluten Förderhöhe spielte die relative Attraktivität der Ökolandbauförderung im Vergleich zu Alternativen wie Extensivierungsmaßnahmen oder Bioenergieproduktion eine große Rolle. In der Literatur wurde häufig die Konkurrenz zwischen Ökolandbau und Bioenergie angesprochen (ENGEL et al., 2006; NIEBERG et al., 2011). In dieser Arbeit konnte die geringe Attraktivität des Ökolandbaus im Vergleich zu Extensivierung und Bioenergie für Bayern eindeutig als Hemmnis identifiziert werden. Die befragten ExpertInnen bewerteten die relative Attraktivität der Ökolandbauförderung sogar noch stärker als dies aus der Literatur hervorging. Als Umstellungshemmnis schätzten die ExpertInnen die relative Attraktivität zwischen Förderprogrammen wichtiger als die absolute Förderhöhe ein. Ein deutlicher Abstand bei der Förderung müsste die ökonomische Vorzüglichkeit des Ökolandbaus gegenüber anderen Systemen signalisieren und würde demnach zu einer Ausweitung in Bayern beitragen.

Einerseits war das Themengebiet Förderung für die Literaturlauswertung ergiebig, da mit den Agrarberichten und Förderrichtlinien viele Quellen vorlagen, welche Fördersätze und durchschnittlich ausbezahlte Prämien über den gesamten Betrachtungszeitraum festhielten (siehe STMLF/ STMELF, versch. Jahrgänge; BMLF/ BMLFUW, versch. Jahrgänge). Andererseits konnte vieles nur stark vereinfacht dargestellt werden, da das Förderwesen viele Beschränkungen und Sonderfälle kennt. Insbesondere die Möglichkeit zur Kumulation von Fördergeldern, welche in beiden Ländern gegeben ist, erschwerte die Aussage. Die Förderung hat generell den Zweck, Produktionsverluste und Zusatzkosten auszugleichen. Möglicherweise ist die nominell geringere Förderung in Bayern an den Markt angepasst und kompensiert die anfallenden Zusatzkosten in ähnlichem Maße wie in Österreich. Für eine genaue Betrachtung der Effizienz der Förderprogramme in Österreich und Bayern wäre daher eine Berechnung notwendig.

Interessant wäre beispielsweise eine Untersuchung ähnlich ausgestatteter, grenznaher Betriebe in Bayern und Österreich (Beispiele: Produktionsfaktoren, Absatzmöglichkeiten, Marktpreis, geographische Lage, Ertragsbedingungen). Denkbar wäre auch die Konstruktion eines Musterbetriebes, welcher für Standorte in beiden Ländern kalkuliert wird. Unter diesen Voraussetzungen könnten Förderunterschiede besser verglichen werden. Ob für Biobetriebe in Österreich tatsächlich wirtschaftliche Vorteile durch bessere Förderung entstehen, wäre in weiterer Forschungsarbeit zu klären. Da die EU-Agrarpolitik die Rahmenbedingungen für die Förderung vorgibt, wäre des Weiteren interessant, ob die Umsetzung der Vorgaben in Österreich besser auf Biobetriebe abgestimmt wird als in Bayern bzw. Deutschland.

Zusätzlich zur Flächenförderung werden Biobetriebe in beiden Ländern im Rahmen der Programme zur Marktstrukturverbesserung und Agrarinvestitionsförderung unterstützt. In der Literatur wurden Schwächen angedeutet, da in Bayern (Deutschland) Ökobetriebe nicht über den ganzen Betrachtungszeitraum besser gestellt waren als konventionelle Betriebe (NIEBERG et al., 2011). Ein Ländervergleich war schwierig, da Wirksamkeit und Inanspruchnahme der Fördermaßnahmen unklar waren und teilweise keine Trennung zwischen konventionell und biologisch wirtschaftenden Betrieben bestand. Nationale Aktionsprogramme setzten in beiden Ländern ähnliche Maßnahmen zu Beratung, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Marktforschung (BMLFUW, 2008c; NIEBERG et al., 2011). In Deutschland wurde ein breites Spektrum an Fördermaßnahmen angeboten, Bayern hat zusätzlich landeseigene Maßnahmen gesetzt (NIEBERG et al., 2011). Die Ausgestaltung der flächenunabhängigen Fördermaßnahmen konnte auf Basis der Literaturlauswertung nicht als hinderlicher Faktor für eine Ausweitung des Biolandbaus in Bayern gewertet werden. Auffällig war lediglich, dass in Bayern (Deutschland) der Schwerpunkt der Maßnahmen auf den Jahren 2001 bis 2006 lag, und somit eine geringe Kontinuität vorlag (NIEBERG et al.,

2011). Bayern verstärkt seine Fördermaßnahmen mit einem eigenen *Landesprogramm Ökolandbau* jedoch in Zukunft (STMELF, 2012a).

In Bezug auf die flächenunabhängige Förderung brachten die Experteninterviews Ergebnisse zutage, die nicht aus der Literatur ersichtlich waren. Gerade bei Einzelmaßnahmen wie beispielsweise den Ausbildungsplänen oder der Investitionsförderung war die Meinung der ExpertInnen unabdingbar, da diese die Wirksamkeit von Maßnahmen in der Praxis beurteilen und einschätzen konnten. Einige ExpertInnen sahen durchaus Mängel bei der Aus- und Weiterbildung sowie in der Beratung und wiesen darauf hin, dass die Politik auch an diesen Punkten ansetzen müsste, wenn der Ökolandbau in Bayern gestärkt werden soll. Die Gestaltung der Agrarinvestitionsförderung war laut Expertenmeinung ebenfalls ein Hemmnis, da durch eine Gleichstellung mit konventionellen Betrieben eine positive Weichenstellung für die Zukunft des Ökolandbaus versäumt wurde.

5.2.2 Vermarktung und Nachfrage als Einflussfaktoren

Einflussfaktoren auf die Entwicklung des Biolandbaus wurden auch in den Bereichen Vermarktung und Nachfrage identifiziert. Diese hängen stark zusammen und werden deshalb ebenfalls gemeinsam diskutiert. In der Literatur wurde die Vermarktungsstruktur in Deutschland und die daraus resultierende verzögerte Marktentwicklung als Hemmnis beschrieben (DABBERT et al., 2002; KUHNERT et al., 2004). Für Bayern lagen kaum Daten zur Vermarktungsstruktur vor, deswegen musste von derselben Situation wie in Deutschland ausgegangen werden. Die auffälligsten Unterschiede zu Österreich wurden beim Absatz von Bio-Lebensmitteln über den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel festgestellt. Während in Österreich bereits seit Mitte der Neunzigerjahre mehr als 70% der Umsätze mit Bioprodukten im LEH verzeichnet wurden (WENDT et al., 1999), wurden dort in Deutschland erst ab 2007 mehr als die Hälfte der Umsätze erreicht (LFL, 2011). Eine hohe Käuferreichweite und ein hohes Marktpotential wurden also erst spät erzielt. Der Fachhandel blieb auch weiterhin ein vergleichsweise starker Vertriebskanal für Bioprodukte (BÖLW, 2012c).

Der in der Literatur beschriebene Zusammenhang zwischen Vertriebskanal und Biokonsum bestätigte sich (MICHELSEN et al., 1999; DABBERT et al., 2002). In Deutschland waren die Umsatzanteile von Bioprodukten am gesamten Lebensmitteleinkauf geringer und wuchsen im Betrachtungszeitraum weniger stark als in Österreich. Die Sortiments- und Angebotsentwicklung war in Deutschland ebenfalls verzögert, Frischeprodukte wurden beispielsweise erst spät im LEH angeboten (SPILLER und GERLACH, 2006b). In der Literatur wurde Zurückhaltung des deutschen LEH bei Bioprodukten beschrieben, welche sich durch wenig Investitionen und ein unattraktives Sortiment im Biosegment zeigte (BRAND et al., 2006). Seitens der ProduzentInnen, Bioverbände und Zwischenhändler trugen ein zersplittertes Angebot und eine geringe Kooperation zu dieser Zurückhaltung bei (KUHNERT et al., 2004).

Die Experteninterviews lieferten in Bezug auf die Vermarktung ähnliche Ergebnisse wie die ausgewertete Literatur, brachten jedoch auch weitere Probleme zutage. Häufig wurden bereits Engstellen auf dem Weg von der Produktion zum Handel geschildert. Als Beispiele wurden ein Mangel an Verarbeitungsbetrieben und Probleme bei der Bündelung und Distribution genannt. Die Ketten des LEH können zum Teil gar nicht mit heimischer Ware beliefert werden, da die ProduzentInnen die Anforderungen an Menge, Qualität und Preis nicht erfüllen. Mehrere ExpertInnen sprachen fehlendes Engagement des deutschen bzw. bayerischen Handels im Biosegment an; somit deckten sich die Ergebnisse dieser Arbeit mit den Studien von KUHNERT et al. (2004) und BRAND et al. (2006).

Die ExpertInnen erkannten die Vermarktung in der Vergangenheit als hinderlichen Faktor für eine stärkere Marktentwicklung. Ob in Bayern zukünftig eine stärkere Vermarktung von Bioprodukten über die konventionellen Supermärkte sinnvoll ist, betrachteten die ExpertInnen jedoch kontrovers. Teilweise wurde für die Zukunft eine Stärkung des bayerischen Fachhandels und der regionalen Filialisten vorgeschlagen. Mehrere ExpertInnen wiesen darauf hin, dass die optimale Vermarktungsstruktur davon abhängt, welche Gruppen von

KonsumentInnen man erreichen möchte. Möglicherweise ist für Bayern eine Fachhandelsstrategie zielführend. Damit Hemmnisse im Bereich der Vermarktung beseitigt werden können, wäre eine verbesserte Markttransparenz in Bayern wichtig. Aktuelle Konsumentenbefragungen zu Biolebensmitteln und Einkaufsstätten, eine gezielte und lückenlose Marktberichterstattung für Ökoprodukte in Bayern, sowie die Beleuchtung und Optimierung einzelner Wertschöpfungsketten könnten dazu beitragen.

Die Literaturobenauswertung zeigte, dass in Bayern (Deutschland) die Käuferreichweite bei Bioprodukten erst spät anstieg. In Konsumentenbefragungen wurden 'hoher Preis' und 'schlechte Verfügbarkeit' als die wichtigsten Kaufhemmnisse genannt (PRUMMER, 1994; GÖTZE, 2002; BESCH und KÖHLER, 2009). Diese Hemmnisse wurden in Deutschland erst spät abgebaut, da sich Preise und Verfügbarkeit erst mit dem Einstieg des konventionellen LEH in die Vermarktung von Bioprodukten verbesserten und somit in engem Zusammenhang zur Vermarktungsstruktur standen. Weitere Hemmnisse waren eine mangelnde Absatzförderung für Ökoprodukte (MICHELSEN et al., 1999; DABBERT et al., 2002), sowie die Konkurrenz zu konventionellen und regionalen Marken in Bayern (WILHELM et al., 2006).

Die ExpertInnen brachten zwar ähnliche Nachfrage- und Kaufhemmnisse wie in der Literatur zur Sprache, stellten diese jedoch als Einflussfaktor für eine Ausweitung des Biolandbaus eher in den Hintergrund. Einige ExpertInnen vermuteten ein unterschiedliches Verbraucherverhalten in Österreich und Bayern, beispielsweise bei der Wertschätzung von Lebensmitteln aus heimischer Produktion oder aus bestimmten Produktionssystemen. Hier bestünde ein Anknüpfungspunkt für weitere Untersuchungen, beispielsweise könnten Konsumentenbefragungen in beiden Ländern durchgeführt und verglichen werden.

Das Themengebiet Nachfrage wurde in den Interviews insgesamt am seltensten als hinderlicher Faktor angesprochen und mit der geringsten Bedeutung bemessen. Hierzu muss jedoch beachtet werden, dass keine KonsumentInnen bzw. deren Stellvertretung (Beispiel: Verbraucherorganisation) befragt werden konnten. Dieses Ergebnis hängt also möglicherweise mit der Auswahl der ExpertInnen zusammen: Der Arbeitsbereich der ExpertIn und das zugehörige Fachwissen kann Einfluss darauf haben, warum etwas als wichtig oder unwichtig erachtet wird. Hinzu kam, dass Kaufhemmnisse inzwischen größtenteils abgebaut wurden und derzeit bei Bioprodukten in Bayern ein Nachfrageüberhang vorliegt. Dies könnte dazu geführt haben, dass die These zur Nachfrage als weniger bedeutend eingeschätzt wurde.

5.3 Ausblick

Keine der formulierten Thesen wurde von den ExpertInnen abgelehnt, alle beschriebenen Faktoren wurden als Hemmnisse für die Ausweitung des Biolandbaus in Bayern über den Betrachtungszeitraum 1989–2011 wahrgenommen. Vier Faktoren aus den Bereichen Agrarpolitik, Förderung, Vermarktung und Nachfrage trugen dazu bei, dass Bayern heute lediglich einen Anteil von 6% Biolandbau verzeichnet. Zwischen den einzelnen Faktoren bestanden Zusammenhänge, zum Teil bedingten sich die Hemmnisse gegenseitig. Die Politik beeinflusst alle anderen Faktoren, da sie die Rahmenbedingungen für den Biolandbau schafft. In der Produktion zeigen sich die Auswirkungen der Agrarpolitik beispielsweise am Maß der Unterstützung durch Ausbildung, Beratung und staatliche Fördermittel. Eine bessere Vermarktung von Bioprodukten kann die Politik ebenfalls unterstützen; desgleichen kann sie durch Verbraucherbildung auf das Konsumentenverhalten einwirken und indem sie hohe Wertschätzung für Bioprodukte vermittelt.

Die Politik wurde jedoch in dieser Arbeit als stärkstes Hemmnis identifiziert: In Bayern war im Betrachtungszeitraum keine klare Zuwendung zum Ökolandbau erkennbar, vielmehr wurden wechselnde politische Signale gesendet. Im Frühjahr 2012 wurden jedoch vom amtierenden bayerischen Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in einer Regierungserklärung Veränderungen zugunsten des Ökolandbaus angekündigt. Mithilfe eines neuen *Landes-*

programms Ökolandbau für die Förderperiode 2014–2020 soll die Ökoproduktion in Bayern bis 2020 verdoppelt werden (STMELF, 2012a).

Eine Stärkung des Ökolandbaus bleibt zwar weiterhin nur ein Teil einer vielfältigen Strategie für die bayerische Landwirtschaft; dennoch wurde die neue Aufmerksamkeit, die dem Biolandbau zufällt, in den Expertengesprächen als sehr positiv gewertet. In den kommenden Jahren wird es daher spannend, ob eine Umsetzung der Ziele gelingt und wie lange es dauern wird, bis der Biolandbau in Bayern einen Aufschwung erfährt. Im Vergleich zu Österreich bemüht sich die bayerische Politik erst spät darum, Bayern als 'Ökoland' zu gestalten und zu präsentieren¹⁶. Interessant bleibt daher zu beobachten, wie dynamisch die Entwicklung voranschreitet und ob ab einer gewissen Schwelle positive Skaleneffekte wirken.

Für die Erhöhung des Biolandbaus in Bayern sieht das neue Landesprogramm Maßnahmen vor, welche die Schwerpunkte Forschung, Bildung, Beratung und Förderung stärken sollen (STMELF, 2012a). Angestrebt werden eine Zusammenarbeit mit den bayerischen Bioverbänden und eine Stärkung von Wertschöpfungsketten (STMELF, 2012a). Dies klingt nach einer Politikgestaltung, wie sie beispielsweise von HAGEDORN et al. (2003) empfohlen wurde: Agrarpolitik für den Ökolandbau muss über ein quantitatives Ausweitungsziel hinausgehen und zu einer qualitativen Stärkung des Systems Ökolandbau beitragen. Mit dem neuen Landesprogramm erhält die ökologische Landwirtschaft in Bayern zukünftig die notwendige Zuwendung der Politik. Dadurch wird womöglich ein lange bestehendes Hemmnis abgebaut und eine stärkere Entwicklung des Ökolandbaus in Bayern angeregt.

¹⁶ Hier sei verwiesen auf die neue Plattform der Marketingagentur des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, welche im Internet unter www.oekoland-bayern.de abrufbar ist.

6 Literaturverzeichnis

- ADEL, P.; MÜLLER, H. und ZITZMANN, A. (1991): Umweltbewusstsein und Konsumverhalten – Befunde und Zukunftsperspektiven. In: SZALLIES, R. und WISWEDE, G. (Hrsg.): Wertewandel und Konsum. Fakten, Perspektiven und Szenarien für Markt und Marketing. 2. Auflage. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie.
- ALLERSTORFER, H. (1995): Direkt beim Bauern oder auch im Supermarkt – Bio-Shoppen. *Ernte – Zeitschrift für Ökologie und Landwirtschaft* (6), S. 32–33.
- ALVESSON, M. und SKÖLDBERG, K. (2009): Reflexive Methodology. New Vistas for Qualitative Research. 2nd edition. Los Angeles: SAGE.
- AMA MARKETING (Hrsg.) (2006): Bio-Charts. Online verfügbar unter <http://portal.wko.at/?478304> (Zugriff am 06.05.2012).
- AMA MARKETING (Hrsg.) (2007): Biostudie 2007. Wien. Online verfügbar unter [http://www.ama-marketing.at/index.php?id=1004&no_cache=1&tx_ttnews\[pointer\]=1&tx_ttnews\[tt_news\]=203&tx_ttnews\[backPid\]=1003](http://www.ama-marketing.at/index.php?id=1004&no_cache=1&tx_ttnews[pointer]=1&tx_ttnews[tt_news]=203&tx_ttnews[backPid]=1003) (Zugriff am 10.05.2012).
- AMA MARKETING (Hrsg.) (2010): RollAMA Motivanalyse Bioprodukte. Online verfügbar unter http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Konsumverhalten_Bio.pdf (Zugriff am 14.05.2012).
- AMA MARKETING (Hrsg.) (2011): Bio-Charts. Online verfügbar unter [http://www.ama-marketing.at/ama-marketing/presse/details/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=441&tx_ttnews\[backPid\]=553](http://www.ama-marketing.at/ama-marketing/presse/details/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=441&tx_ttnews[backPid]=553) (Zugriff am 06.05.2012).
- ART – FORSCHUNGSGRUPPE AGRAR- UND REGIONALENTWICKLUNG TRIESDORF (Hrsg.) (2010): Evaluierung des Bayerischen Zukunftsprogramms Agrarwirtschaft und Ländlicher Raum 2007–2013 (BayZAL). Halbzeitbewertung des BayZAL 2007–2009 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Triesdorf. Online verfügbar unter <http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/agrarpolitik/dateien/halbzeitbewertung.pdf> (Zugriff am 07.03.2012).
- ASCHEMANN, J.; HAMM, U. und RIEFER, A. (2008): Wie teuer sind Öko-Produkte wirklich? *Ökologie und Landbau* 146 (2), S. 39–42.
- ATTESLANDER, P. (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. 13. Auflage. Berlin: Erich Schmidt.
- BAYERISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK UND DATENVERARBEITUNG (Hrsg.) (2011): Statistisches Jahrbuch für Bayern 2011. München.
- BESCH, M. und KÖHLER, S. (2009): Entwicklung des Konsums von ökologisch erzeugten Lebensmitteln in Bayern, dargestellt am Vergleich von Konsumentenbefragungen aus den Jahren 2004, 1998 und 1992. In: HAAS, R.; MEIXNER, O. und PÖCHTRAGER, S. (Hrsg.): Was wir morgen essen werden. Herausforderungen und Perspektiven für das Agrarmarketing der Zukunft. Festschrift für Walter Schiebel. Wien: Facultas, S. 189–201.
- BICHLER, B.; LIPPERT, C.; HÄRING, A.-M. und DABBERT, S. (2005): Die Bestimmungsgründe der räumlichen Verteilung des ökologischen Landbaus in Deutschland. *Berichte über die Landwirtschaft* 83 (1), S. 50–75.
- BIO AUSTRIA (Hrsg.) (2010): Jahresbericht 2010. Linz: Eigenverlag.
- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2007): Ökobarometer 2007. Bonn. Online verfügbar unter www.oekolandbau.de (Zugriff am 14.05.2012).
- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2008): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2008. 52. Jahrgang. Bremerhaven: Eigenverlag.

- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2010): Ökobarometer 2010. Bonn. Online verfügbar unter www.oekolandbau.de (Zugriff am 14.05.2012).
- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2011): Agrarpolitischer Bericht 2011 der Bundesregierung. Online verfügbar unter www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarbericht2011.pdf (Zugriff am 24.02.2012).
- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2012a): Ökobarometer 2012. Bonn. Online verfügbar unter www.oekolandbau.de (Zugriff am 14.05.2012).
- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2012b): Charta für Landwirtschaft und Verbraucher. Online verfügbar unter http://www.bmelv.de/DE/Ministerium/Charta-Diskussion/charta_node.html (Zugriff am 02.06.2012).
- BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2012c): Die Bundesminister. Online verfügbar unter <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Ministerium/Themen/Historie/DieBundesminister.html> (Zugriff am 03.06.2012).
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1992): Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1991. 33. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1995): Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1994. 36. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1996): Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1995. 37. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1997a): Grüner Bericht 1996. 38. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1996. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1997b): Lebensmittelbericht Österreich. Die Entwicklung des Lebensmittelsektors nach dem EU-Beitritt 1995. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1998): Grüner Bericht 1997. 39. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1997. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (1999): Grüner Bericht 1998. 40. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1998. Wien: Eigenverlag.
- BMLF – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2000a): Grüner Bericht 1999. 41. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1999. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2000b): ÖPUL 2000. Sonderrichtlinie für das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2001): Grüner Bericht 2000. 42. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 2000. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2002): Grüner Bericht 2001. 43. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 2001. Wien: Eigenverlag.

- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2003a): Grüner Bericht 2002. 44. Grüner Bericht. Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 2002. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2003b): 2. Lebensmittelbericht Österreich. Die Entwicklung des Lebensmittelsektors von 1995 bis 2002. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2004): Grüner Bericht 2004. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2003. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2005a): Grüner Bericht 2005. 46. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT, U. (2005b): PFEIL 10. Programm für Forschung und Entwicklung im Lebensministerium 2006 - 2010. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW-BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2006): Grüner Bericht 2006. 47. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2007a): Grüner Bericht 2007. 48. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2007b): Sonderrichtlinie des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) für das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft. ÖPUL 2007. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2008a): Grüner Bericht 2008. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. 49. Grüner Bericht. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2008b): Lebensmittelbericht Österreich 2008. Wertschöpfungskette Agrarerzeugnisse – Lebensmittel und Getränke. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2008c): Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft 2008-2010. Online verfügbar unter http://www.lebensministerium.at/land/bio-lw/programme/Bio_Aktionsprogramme.html (Zugriff am 07.03.2012).
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2009): Grüner Bericht 2009. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2010a): Grüner Bericht 2010. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Wien: Eigenverlag.
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT, U. (2010b): Lebensmittelbericht Österreich 2010. Wien: Eigenverlag
- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2011): Grüner Bericht 2011. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. 52. Aufl. Wien: Eigenverlag.

- BMLFUW – BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND-UND FORSTWIRTSCHAFT UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2012): Geschichte des Ministeriums. Online verfügbar unter <http://www.lebensministerium.at/ministerium/geschichte.html> (Zugriff am 03.06.2012).
- BMVEL – BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, E. (Hrsg.) (2003): Ökobarometer 2003. Bonn. Online verfügbar unter www.oekolandbau.de (Zugriff am 14.05.2012).
- BMVEL – BUNDESMINISTERIUM FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ, E. (Hrsg.) (2005): Ökobarometer 2005. Bonn. Online verfügbar unter www.oekolandbau.de (Zugriff am 14.05.2012).
- BOGNER, A.; LITTIG, B. und MENZ, W. (Hrsg.) (2009): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-60.
- BÖLW – BUND ÖKOLOGISCHE LEBENSMITTELWIRTSCHAFT E.V. (2011): Zahlen, Daten, Fakten: Die Bio-Branche 2011. Berlin: Eigenverlag.
- BÖLW – BUND ÖKOLOGISCHE LEBENSMITTELWIRTSCHAFT E.V. (2012a): Bundesländer müssen die Öko-Bremse lösen. Bayern in BÖLW-Öko-Ranking Spitze – Schleswig-Holstein Schlusslicht. Pressemitteilung. Berlin.
- BÖLW – BUND ÖKOLOGISCHE LEBENSMITTELWIRTSCHAFT E.V. (2012b): Wir über uns. Online verfügbar unter <http://www.boelw.de/ueberuns.html> (Zugriff am 19.03.2012).
- BÖLW – BUND ÖKOLOGISCHE LEBENSMITTELWIRTSCHAFT E.V. (2012c): Zahlen, Daten, Fakten: Die Bio-Branche 2012. Berlin: Eigenverlag.
- BRAND, K.-W. (Hrsg.) (2006a): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1. München: oekom.
- BRAND, K.-W. (2006b): Ergebnisse, Bewertung und Handlungsempfehlungen. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1. München: oekom, S. 245–256.
- BRAND, K.-W. (Hrsg.) (2006c): Von der Agrarwende zur Konsumwende? Die Kettenperspektive. Ergebnisband 2. München: oekom.
- BRAND, K.-W.; BRUNNER, K.-M.; ENGEL, A. und ET AL. (2006): Die Verknüpfung von Agrar- und Konsumwende: Optimierungspotenziale. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Von der Agrarwende zur Konsumwende? Die Kettenperspektive. Ergebnisband 2. München: oekom, S. 107–152.
- BRUNNER, K.-M.; KROPP, C. und SEHRER, W. (2006): Wege zu nachhaltigen Ernährungsmustern. Zur Bedeutung von biographischen Umbruchsituationen und Lebensmittelskandalen für den Bio-Konsum. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1. München: oekom, S. 145–196.
- DABBERT, S. (2001): Der Öko-Landbau als Objekt der Politik. In: REENTS, H.-J. (Hrsg.): Beiträge zur 6. Wissenschaftstagung zum Ökologischen Landbau in Weihenstephan 2001. Berlin: Köster, S. 39–42.
- DABBERT, S.; HÄRING, A. M. und ZANOLI, R. (2002): Politik für den Öko-Landbau. Stuttgart: Ulmer.
- DARNHOFER, I.; EDER, M.; SCHMID, J. und SCHNEEBERGER, W. (2005): Ausstieg aus der ÖPUL-Maßnahme Biologische Wirtschaftsweise. In: HEß, J. und RAHMANN, G. (Hrsg.): Ende der Nische. Beiträge zur 8. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau. 1.–4. März 2005, Kassel. Kassel: University Press, S. 467–470.
- DARNHOFER, I; WALLA, C. und WYTRZENS, H.K. (Hrsg.) (2006): Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Wien: Facultas.

- DBV – DEUTSCHER BAUERNVERBAND (2012): Wir wollen großen Anteil am Öko-Wachstum haben. Sonnleitner auf DBV-Perspektivforum zur BioFach 2012 in Nürnberg. Pressemitteilung. Online verfügbar unter <http://www.bauernverband.de/grossen-anteil-oeko-wachstum> (Zugriff am 19.06.2012).
- DEUTSCHER BUNDESTAG (2001): Stenographischer Bericht 149. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 8. Februar 2001. Berlin.
- DIE BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2006-2007/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf;jsessionid=9A2684B907409931EE405A834A455C42.s3t2?__blob=publicationFile (Zugriff am 02.03.2012).
- EDER, M. (2006): Der biologische Landbau in Österreich: Eine Erfolgsgeschichte. In: DARNHOFER, I.; WALLA, C. und WYTRZENS, H.K. (Hrsg.): Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Wien: Facultas, S. 89–100.
- ENGEL, A.; ULMER, H. und KANTELHARDT, J. (2006): Viele Wege zur Agrarwende – Ausweitung und Differenzierung des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1. München: oekom, S. 16–67.
- ENZLER, J. (2007): Stellenwert des Ökolandbaus in Bayern. In: LFL – BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT (Hrsg.): Öko-Boom – Chancen für die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft. 3. Marktforum der LfL, 6. Ernährungswissenschaftliches Symposium der FHW am 08.11.2007. Tagungsband. Freising-Weihenstephan (Schriftenreihe der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft), S. 29–37.
- FELGER, J. und HIRTE, K. (2007): Konventionalisierung des Ökolandbaus – Eine Reflexion auf die Debatte. In: HIRTE, K.; DAVID, K.; HESSHAUS, J.; HOHLS, C. und SCHÜTTE, J. (Hrsg.): Ökolandbau – mehr als eine Verfahrenslehre? Marburg: Metropolis.
- FIBL – RESEARCH INSTITUTE OF ORGANIC AGRICULTURE (Hrsg.) (2011): Development of organic agricultural land (including conversion land), producers and domestic sales by country and region 2005-2010. Online verfügbar unter <http://www.organic-world.net/statistics-data-tables-excel.html?&L=0> (Zugriff am 15.05.2012).
- FLICK, U. (2005a): Triangulation in der qualitativen Forschung. In: FLICK, U.; KARDORFF, E. von und STEINKE, I. (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 309–318.
- FLICK, U. (2005b): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. 3. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- FLICK, U.; KARDORFF, E. von und STEINKE, I. (Hrsg.) (2005): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- FREYER, B.; EDER, M.; SCHNEEBERGER, W.; DARNHOFER, I.; KIRNER, L.; LINDENTHAL, T. und ZOLLITSCH, W. (2001): Der biologische Landbau in Österreich – Entwicklungen und Perspektiven. *Agrarwirtschaft* 50 (7), S. 400–409.
- GAKG - GESETZ ÜBER DIE "GEMEINSCHAFTSAUFGABE VERBESSERUNG DER AGRARSTRUKTUR UND DES KÜSTENSCHUTZES" (2010): Letzte Änderung vom 9. Dezember 2010 (BGBl I S. 1934). Online verfügbar unter www.juris.de (Zugriff am 10.06.2012).
- GASTEIGER, N. (2010): Der Konsument. Verbraucherbildung in Werbung, Konsumkritik und Verbraucherschutz 1945-1989. Frankfurt a. M.: Campus.
- GEIGER, U. und GRASER, S. (2003): Ökolandbau in Bayern 2001. Strukturdaten, Produktionsvolumina, Marktanteile und seine Bedeutung in Deutschland. LfL-Schriftenreihe 2/03. Freising: Landesanstalt für Landwirtschaft.

- GERLACH, S. und SPILLER, A. (2006): Bio-Fachhandel: Auslaufmodell oder Wertebasis der Branche? In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1. München: oekom, S. 129–144.
- GLEIRSCHER, N. (2005): Bio-Markt, Indirekte Bio-Vermarktung, Regionale Bio-Initiativen. In: GROIER, M. und GLEIRSCHER, N. (Hrsg.): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht Nr. 54), S. 91–152.
- GOESSLER, R. (Hrsg.) (2004): Strukturen der Nachfrage nach ökologischen Nahrungsmitteln in Deutschland. Materialien zur Marktberichterstattung, 53. Bonn: ZMP – Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle GmbH.
- GONZALVEZ, V. (2009): Organic Action Plans in Europe. In: WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.): The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2009. Bonn: Eigenverlag, S. 168–171.
- GÖTZE, S. (2002): Wie viel Bio wollen die Deutschen? Das Marktpotential für Produkte aus dem kontrolliert ökologischen Landbau: Eine Analyse und Quantifizierung unter psychologischen, soziologischen und ökonomischen Aspekten. Bonn: ZMP – Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle.
- GROIER, M. und GLEIRSCHER, N. (Hrsg.) (2005): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht Nr. 54).
- GROIER, M. (Hrsg.) (2005): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht Nr. 55).
- GROIER, M. (2005): Entwicklung, Struktur und Förderung des biologischen Landbaus. In: GROIER, M. und GLEIRSCHER, N. (Hrsg.): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht Nr. 54), S. 9–90.
- GROIER, M. und GMEINER, P. (2011): Die Zukunft der biologischen Landwirtschaft im Berggebiet. *Ländlicher Raum - Online-Fachzeitschrift des BMLFUW* (11), s. p. Online verfügbar unter http://www.lebensministerium.at/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeitschrift-Laendlicher-Raum/archiv/2011/Groier_2.html (Zugriff am 18.06.2012).
- GROß, D. (2006): Das Wachstum geht an den Betrieben vorbei. Bewertung aus bäuerlicher Sicht. *Ökologie & Landbau* 137 (1), S. 25–27.
- GROß, D. (2007): Alternativer Landbau zwischen Aldi und Wochenmarkt. In: HIRTE, K.; DAVID, K.; HESSHAUS, J.; HOHLS, C. und SCHÜTTE, J. (Hrsg.): Ökolandbau – mehr als eine Verfahrenslehre? Marburg: Metropolis.
- HAAS, R.; MEIXNER, O. und PÖCHTRAGER, S. (Hrsg.) (2009): Was wir morgen essen werden. Herausforderungen und Perspektiven für das Agrarmarketing der Zukunft. Festschrift für Walter Schiebel. Wien: Facultas.
- HAGEDORN, K., LASCHEWSKI, L. und STELLER, O. (2003): Institutionelle Erfolgsfaktoren einer Ausdehnung des Ökologischen Landbaus – Analyse anhand von Regionen mit einem besonders hohen Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche. Forschungsprojekt 03OE383. Berlin: HU Berlin. Online verfügbar unter <http://orgprints.org/7321/1/7321-02OE383-ble-hu-berlin-2003-institutionelle-faktoren.pdf> (Zugriff am 04.09.2012).
- HAMM, U. (1994): Perspektiven des ökologischen Landbaus aus marktwirtschaftlicher Sicht. In: MAYER, J. (Hrsg.): Ökologischer Landbau – Perspektive für die Zukunft. Bad Dürkheim: Stiftung Ökologischer Landbau (SÖL-Sonderausgabe, 58), S. 212–234.
- HAMM, U.; GRONEFELD, F. und HALPIN, D. (2002): Analysis of the European market for organic food. Organic Marketing Initiatives and Rural Development, 1. Aberystwyth: School of Management and Business.

- HAMM, U. und GRONEFELD, F. (2004): The European Market for Organic Food: Revised and Updated Analysis. School of Management and Business. Aberystwyth: University of Wales.
- HAMM, U. (2007): Bio-Verbraucher – Welches Potenzial ist erschließbar? In: LFL – BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT (HRSG.): Öko-Boom - Chancen für die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft. 3. Marktforum der LfL, 6. Ernährungswissenschaftliches Symposium der FHW am 08.11.2007. Tagungsband. Freising-Weihenstephan (Schriftenreihe der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft), S. 19–27.
- HAMM, U.; LIEBING, R. und RICHTER, T. (2008): Bio sucht Bauer! *Ökologie & Landbau* 147 (3), S. 14–17.
- HAMM, U.; PLABMANN, S. und SAHM, H. (2009): Wie viel dürfen Öko-Milchprodukte kosten? *Ökologie und Landbau* 149 (1), S. 42–43.
- HASLINGER, A. (2005): Karl Wlaschek – Eine Erfolgsgeschichte. St. Pölten: NP.
- HELDBERG, H. (2008): Die Müslimacher. Erfolgsgeschichten des Biomarktes und seiner Pioniere. München: oekom.
- HEß, J. und RAHMANN, G. (Hrsg.) (2005): Ende der Nische. Beiträge zur 8. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau. 1.–4. März 2005, Kassel. Kassel: University Press.
- HIRTE, K.; DAVID, K.; HESSHAUS, J.; HOHLS, C. und SCHÜTTE, J. (Hrsg.) (2007): Ökolandbau – mehr als eine Verfahrenslehre? Marburg: Metropolis.
- HOFER (2012): Bio-Qualität bei Hofer. Online verfügbar unter http://www.hofer.at/at/html/product_range/15149.htm (Zugriff am 06.05.2012).
- JELENKO, M. (1996): Bio bringt Umsätze. *Wirtschaftsblatt*, 09.01.1996. Online verfügbar unter www.wirtschaftsblatt.at/archiv/werbung/bio-bringt-umsaetze-203537/index.de (Zugriff am 14.10.2011).
- JURTSCHITSCH, A. (2010): Bio-Pioniere in Österreich: Vierundvierzig Leben im Dienste des biologischen Landbaus. Grüne Reihe, 21. Wien: Böhlau.
- KIRNER, L. (2001): Die Umstellung auf biologischen Landbau in Österreich. Potential – Hemmnisse – Mehrkosten in der biologischen Milchproduktion, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft. Wien (Schriftenreihe der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, 92).
- KLAUSEGGER, C. (1995): Entscheidungsverhalten von Konsumenten beim Kauf biologischer Nahrungsmittel. Forschungsergebnisse der Wirtschaftsuniversität Wien. Wien: Service Fachverlag.
- KOLLMAN, K. (Hrsg.) (1986): Konsument und Umwelt. Institut für Gesellschaftspolitik. Wien: Eigenverlag.
- KOLLMAN, K. und HUBER, R. (Hrsg.) (1996): Konsument und Umwelt 2. Arbeiterkammer Wien. Wien: Eigenverlag.
- KOLLMAN, K. (Hrsg.) (2005): Konsument und Umwelt 2005. Arbeiterkammer Wien. Wien: Eigenverlag.
- KUHNERT, H., FEINDT, P. und BEUSMANN, V. (2004): Ausweitung des ökologischen Landbaus in Deutschland – Voraussetzungen, Strategien, Implikationen, politische Optionen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Reihe Angewandte Wissenschaft (509). Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- KUTSCH, T.; SZALLIES, R. und WISWEDE, G. (1991): Mensch und Ernährung 2000. In: SZALLIES, R. und WISWEDE, G. (Hrsg.): Wertewandel und Konsum. Fakten, Perspektiven und Szenarien für Markt und Marketing. 2. Auflage. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie.
- LAMNEK, S. (2010): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch, 5. Auflage. Weinheim: Beltz.

- LAMPKIN, N.; FOSTER, C.; PADEL, S. und MIDMORE, P. (1999a): The Policy and Regulatory Environment for Organic Farming in Europe. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 1. Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- LAMPKIN, N.; FOSTER, C. und PADEL, S. (1999b): The Policy and Regulatory Environment for Organic Farming in Europe: Country Reports. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 2. Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- LFL – BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2007): Öko-Boom – Chancen für die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft. 3. Marktforum der LfL, 6. Ernährungswissenschaftliches Symposium der FHW am 08.11.2007. Tagungsband. Schriftenreihe der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft. Freising-Weihenstephan: Eigenverlag.
- LFL UND LEL – BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LANDESANSTALT FÜR ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UND DER LÄNDLICHEN RÄUME (Hrsg.) (2011): Agrarmärkte 2010. Schriftenreihe der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, 7. Jahrgang. Freising-Weihenstephan: Eigenverlag.
- LFL UND LEL – BAYERISCHE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LANDESANSTALT FÜR ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UND DER LÄNDLICHEN RÄUME (Hrsg.) (2012): Agrarmärkte 2011/2012. Schriftenreihe der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, 8. Jahrgang. Freising-Weihenstephan: Eigenverlag.
- LOCKERETZ, W. (Hrsg.) (2007): Organic Farming. An International History. Wallingford: CABI.
- LÖWENSTEIN, F. zu (2011): Transparenz schaffen und Position beziehen. *Ökologie & Landbau* 157 (1), S. 42–43.
- LVÖ – LANDESVEREINIGUNG FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN LANDBAU IN BAYERN E.V. (2012): Verbandsaufgaben und -strukturen. Online verfügbar unter <http://www.lvoe.de> (Zugriff am 09.03.2012).
- LVÖ – LANDESVEREINIGUNG FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN LANDBAU IN BAYERN E.V. (Hrsg.) (2011): Eröffnung der 11. Bayerischen Öko-Erlebnistage: Bayern fehlen zunehmend Umsteller auf Ökolandbau. LVÖ fordert Aktionsplan von der Bayerischen Staatsregierung. Pressemitteilung. München. Online verfügbar unter <http://www.lvoe.de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilungen/PM%20Umstellung%20auf%20Oekolandbau%20-%20Aktionsplan%20-%20Eröffnung%20Oeko-Erlebnistage%202011.pdf> (Zugriff am 04.06.2012).
- LVÖ – LANDESVEREINIGUNG FÜR DEN ÖKOLOGISCHEN LANDBAU IN BAYERN E.V. (Hrsg.) (2012): Im Jahr 2011 so wenig Biobauern in Bayern wie seit 10 Jahren nicht mehr! Bayern erlebt dramatischen Einbruch bei der Umstellung auf Ökologischen Landbau. Pressemitteilung. München. Online verfügbar unter http://www.lvoe.de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilungen/PM_LVOE_20120213.pdf (Zugriff am 18.06.2012).
- MANNERT, J. (1991): Agrarpolitik in Österreich: Grundlagen – Leistungen – Zusammenhänge. Wien: REMA.
- MAYER, J. (Hrsg.) (1994): Ökologischer Landbau – Perspektive für die Zukunft. Bad Dürkheim: Stiftung Ökologischer Landbau (SÖL-Sonderausgabe, 58).
- MEYER, E. (2000): Bio-Produkte im Einzelhandel. Materialien zur Marktberichterstattung, 31. Bonn: ZMP – Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle.
- MEYER-HULLMANN, K. (1999): Lebensmittelskandale und Konsumentenreaktionen. Analyse der Auswirkungen von Lebensmittelskandalen unter besonderer Berücksichtigung des Informationsverhaltens. Dargestellt am Beispiel BSE. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- MEUSER, M. und NAGEL, U. (2009): Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion. In: BOGNER, A.; LITTIG, B. und MENZ, W. (Hrsg): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35-60.

- MICHELSEN, J.; HAMM, U.; WYNEN, E. und ROTH, E. (1999): The European Market for Organic Products: Growth and Development. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 7. Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- MICHELSEN, J.; LYNNGAARD, K.; PADEL, S. und FOSTER, C. (2001): Organic Farming Development and Agricultural Institutions in Europe: A Study of Six Countries. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 9. Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- MIEG, H. und NÄF, M. (2005): Experteninterviews. 2. Auflage, Institut für Mensch-Umwelt-Systeme, ETH Zürich. Zürich. Online verfügbar unter http://www.mieg.ethz.ch/education/Skript_Experteninterviews.pdf (Zugriff am 22.06.2012).
- MILLER, J. (2003): Ökologischer Landbau in Bayern Standpunkte zur Agrarpolitik. München: Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten.
- MILLER, J. (2006): Ökologischer Landbau in Bayern Standpunkte zur Agrarpolitik. München: Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten.
- MOSCHITZ, H. und STOLZE, M. (2007): Policy networks of organic farming in Europe. Organic Farming in Europe: Economics and Policy, Vol. 7. Stuttgart-Hohenheim: Universität Hohenheim.
- N.N. (2004a): Pionierleistung auf Europaebene: Ja! Natürlich. Goldener Merkur Sonderpreis 2004 für die Beste Biolinie. *Die Handelszeitung*, 15.10.2004. Online verfügbar unter <http://www.handelszeitung.at/ireds-8494.html> (Zugriff am 03.03.2011).
- N.N. (2004b): Biomarke "Ja" Natürlich" ist 10 Jahre alt. Österreich ist Bio-Musterland. *Die Handelszeitung*, 25.11.2004. Online verfügbar unter <http://www.handelszeitung.at/ireds-9039.html> (Zugriff am 03.03.2012).
- N.N. (2012a): Konsumverhalten: Umsatz mit Bio-Produkten wächst um zehn Prozent. *Absatzwirtschaft*, 09.02.2012, S. p. Online verfügbar unter http://www.absatzwirtschaft.de/content/marketingstrategie/_b=76037 (Zugriff am 10.02.2012).
- N.N. (2012b): EHEC-Keime verseuchten 2011 Österreichs Bio-Absatz. *OÖ Nachrichten*, 18.02.2012, s. p. Online verfügbar unter <http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,821525> (Zugriff am 16.05.2012).
- N.N. (2012c): Mehr Bio für städtische Kantinen. *Süddeutsche Zeitung*, 17.02.2012, S. R3.
- NIEBERG, H.; OFFERMANN, F. und PADEL, S. (2001): Kein Patentrezept für die Ausweitung des ökologischen Landbaus. Sonderbeilage. *AGRA-EUROPE* (14), s. p.
- NIEBERG, H. und STROHM-LÖMPCKE, R. (2001): Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland: Entwicklung und Zukunftsaussichten. *Agrarwirtschaft* 50 (7), S. 410–421.
- NIEBERG, H.; KUHNERT, H. und SANDERS, J. (2011): Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland - Stand, Entwicklung und internationale Perspektive. 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage, vTI – Johann Heinrich von Thünen-Institut. Braunschweig (Landbauforschung Sonderheft, 347).
- OBERMOWE, T. (2012): Wie wichtig ist guter Geschmack? *Ökologie und Landbau* 162 (2), S. 41–42.
- PADEL, S. und LAMPKIN, N. (2007): The Development of Governmental Support for Organic Farming in Europe. In: LOCKERETZ, W. (Hrsg.): Organic Farming. An International History. Wallingford: CABI, S. 93–122.
- PELLEGRIN, A. (2012): Beginn der Zusammenarbeit zwischen REWE und Naturland. Mündliche Auskunft über den REWE-Kundenservice vom 31.07.2012.
- PLÖGER, M.; FRICKE, A. und ALVENSLEBEN, R. von (1993): Analyse der Nachfrage nach Bio-Produkten. Marketing der Agrar- und Ernährungswirtschaft, 9. Kiel: Wissenschaftsverlag Vauk.

- PRUMMER, S. (1994): Bestimmungsründe der Nachfrage nach Produkten des ökologischen Landbaus ins Bayern. Ergebnisse computergestützter Befragungen. Marketing der Agrar- und Ernährungswirtschaft, 12. Kiel: Wissenschaftsverlag Vauk.
- REENTS, H.-J. (Hrsg.) (2001): Beiträge zur 6. Wissenschaftstagung zum Ökologischen Landbau in Weihenstephan 2001. Berlin: Köster.
- RICHTER, T. (2007): Neue Herausforderungen jenseits der Nische. Bio-Märkte im Überblick. *Ökologie & Landbau* 141 (1), S. 29–31.
- RITZER, U. (2012): Bio-Äpfel aus Neuseeland. Der Markt für Öko-Lebensmittel wächst kräftig, doch es gibt zu wenige heimische Erzeuger. *Süddeutsche Zeitung*, 15.02.2012, S. 19.
- SCHAACK, D.; WILLER, H. und PADEL, S. (2011): The Organic Market in Europe. In: WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.): The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2011. Bonn: Eigenverlag, S. 156–159.
- SCHULZ, W.; GEHMACHER, E.; KÖLTRINGER, R.; TÜCHLER, H. und ZUPANIC, A. (1983): Landbau kontrovers. Einstellungen von konventionell und biologisch wirtschaftenden Landwirten und der österreichischen Bevölkerung zum biologischen Landbau. *Journal für Sozialforschung* 23 (4), S. 509–518.
- SCHWARZ, G.; NIEBERG, H. und SANDERS, J. (2010): Organic Farming Support Payments in the EU, vTI – Johann Heinrich von Thünen-Institut. Braunschweig (Sonderheft, 339).
- SPAR (Hrsg.) (2009): Natur*Pur Bio-Produkte. Infofolder. Online verfügbar unter http://www.spar.at/rsync_spar_at/spar_marken/spar_natur_pur/downloads/spar_natur_pur_folder.pdf (Zugriff am 06.05.2012).
- SPILLER, A. und GERLACH, S. (2006a): Auf dem Weg in die Gesellschaft. Öffentlichkeitsorientierung in der deutschen Ernährungswirtschaft. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1. München: oekom, S. 101–127.
- SPILLER, A. und GERLACH, S. (2006b): Wertschöpfungsketten für Bio-Produkte: Getrennte Welten. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): Von der Agrarwende zur Konsumwende? Die Kettenperspektive. Ergebnisband 2. München: oekom, S. 83–105.
- STATISTIK AUSTRIA (Hrsg.) (2011): Statistisches Jahrbuch Österreichs 2012. Wien: Eigenverlag.
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2009): Gesamtkonzept Nachwachsenden Rohstoffe in Bayern. Entwicklungen und Trends 2009. München. Online verfügbar unter <http://www.verwaltung.bayern.de/egov-portlets/xview/Anlage/3997336/Gesamtkonzept%20Nachwachsende%20Rohstoffe%20in%20Bayern.pdf> (Zugriff am 16.03.2012).
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2010a): Bayerischer Agrarbericht 2010. Online-Version. München. Online verfügbar unter www.agrarbericht-online.bayern.de (Zugriff am 15.03.2012).
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2010b): Der Bayernplan 2020. Strategien und Handlungsempfehlungen für die Land- und Ernährungswirtschaft. Zukunftskommission Landwirtschaft. München. Online verfügbar unter <http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/agrarpolitik/dateien/bayernplan2020.pdf> (Zugriff am 02.06.2012).
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2011a): Das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP). Herzstück bayerischer Agrarumweltpolitik. München. Online verfügbar unter <http://www.verwaltung.bayern.de/egov-portlets/xview/Anlage/3885354/DasKulturlandschaftsprogramm%28KULAP%29.pdf> (Zugriff am 02.03.2011).

- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN UND BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT (Hrsg.) (2011b): Bayerisches Zukunftsprogramm Agrarwirtschaft und Ländlicher Raum 2007-2013 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) gemäß Verordnung (EG) 1698/2005. 7. Änderungsantrag – Stand November 2011. München. Online verfügbar unter <http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/agrarpolitik/dateien/gesamtfassung.pdf> (Zugriff am 16.03.2012).
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2011c): Nachhaltige Landwirtschaft in Bayern. Unser Leitbild. München: Eigenverlag.
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2012a): Menschen gewinnen, Chancen nutzen, bäuerlich bleiben. Regierungserklärung Staatsminister Helmut Brunner am 18. April 2012. München. Online verfügbar unter http://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/service/dateien/reden/2012_04_18_muenchen_reg_oekolandbau.pdf (Zugriff am 05.06.2012).
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2012b): Amtierende Staatsminister. Online verfügbar unter <http://www.stmelf.bayern.de/ministerium/001096/index.php> (Zugriff am 03.06.2012).
- STMELF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2012c): Bayerischer Agrarbericht 2012. Online-Version. München. Online verfügbar unter www.agrarbericht-online.bayern.de (Zugriff am 24.07.1012).
- STMLF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2000): Bayerischer Agrarbericht 2000. München. Online verfügbar unter www.agrarbericht-online.bayern.de (Zugriff am 15.03.1012).
- STMLF – BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hrsg.) (2006): Bayerischer Agrarbericht 2006. München. Online verfügbar unter www.agrarbericht-online.bayern.de (Zugriff am 15.03.1012).
- SZALLIES, R. und WISWEDE, G. (Hrsg.) (1991): Wertewandel und Konsum. Fakten, Perspektiven und Szenarien für Markt und Marketing. 2. Auflage. Landsberg am Lech: Verlag Moderne Industrie.
- THELEN, E. und BOTSCHEN, M. (2005): Warum Bio? Einstellungen zum Konsum von Bioprodukten in Österreich. In: GROIER, M. (Hrsg.): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht Nr. 55), S. 53–65.
- UMWELTBUNDESAMT (2012): Bio-Verbände/Vereine in Österreich. Online verfügbar unter <http://www.umweltbundesamt.at/?id=1452> (Zugriff am 09.03.2012).
- VO (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24.Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmittel. ABl. L 198 vom 22.07.1991, S. 1–15. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu> (Zugriff am 28.03.2012).
- VO (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28.Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologische Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91. ABl. L 189 vom 20.07.2007, S. 1-23. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu> (Zugriff am 28.03.2012).
- VO (EU) Nr. 271/2010 der Kommission vom 24.März zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates hinsichtlich des Logos der Europäischen Union für ökologische/biologische Produktion. ABl. L 84 vom 31.03.2010, S. 19-23. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu> (Zugriff am 28.03.2012).

- VOGT, G. (2000): Entstehung und Entwicklung des ökologischen Landbaus im deutschsprachigen Raum. *Alternative Konzepte*, 99. Bad Dürkheim: Stiftung Ökologie und Landbau.
- WENDT, H.; DI LEO, M.; JÜRGENSEN, M. und WILLHÖFT, C. (1999): Der Markt für ökologische Produkte in Deutschland und ausgewählten europäischen Ländern. Derzeitiger Kenntnisstand und Möglichkeiten künftiger Verbesserungen der Marktinformation. *Angewandte Wissenschaft. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten*, Heft 481. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.
- WILHELM, R.; KOERBER, VON, K. und KUSTERMANN, W. (2006): "Nachhaltige Ernährung" in der Ernährungskommunikation - Status Quo und Perspektiven. In: BRAND, K.-W. (Hrsg.): *Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1*. München: oekom, S. 197–244.
- WILLER, H. (2007): Statistics, support schemes and research. In: WILLER, H. und YUSSEFI, M. (Hrsg.): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2007*. Bonn: Eigenverlag, S. 134–142.
- WILLER, H. (2008): Europe: Statistics, Policy and Research. In: WILLER, H.; YUSSEFI-MENZLER, M. und SORENSEN, N. (Hrsg.): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2008*. Bonn: Eigenverlag, S. 118–127.
- WILLER, H. (2010): Organic Farming in Europe - An Overview. In: WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2010*. Bonn: Eigenverlag, S. 136–140.
- WILLER, H. (2011): Organic Agriculture in Europe: Overview. In: WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.): *The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2011*. Bonn: Eigenverlag, S. 150–155.
- WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.) (2009): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2009*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag.
- WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.) (2010): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2010*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag. Online verfügbar unter <http://www.organic-world.net/fileadmin/documents/yearbook/2010/world-of-organic-agriculture-2010.pdf> (Zugriff am 11.03.2012).
- WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.) (2011): *The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2011*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag.
- WILLER, H. und KILCHER, L. (Hrsg.) (2012): *The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2012*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag.
- WILLER, H. und RICHTER, T. (2003): Europe. In: YUSSEFI, M. und WILLER, H. (Hrsg.): *The world of organic agriculture. Statistics and Future Prospects 2003*. Bonn: Eigenverlag, S. 73–94.
- WILLER, H. und YUSSEFI, M. (2000): *Ökologische Agrarkultur weltweit – Organic Agriculture World-Wide*. Sonderausgabe Nr. 74. Bad Dürkheim: Stiftung Ökologie und Landbau.
- WILLER, H. und YUSSEFI, M. (Hrsg.) (2007): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2007*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag.
- WILLER, H.; YUSSEFI-MENZLER, M. und SORENSEN, N. (Hrsg.) (2008): *The world of organic agriculture. Statistics and emerging trends 2008*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag.
- YUSSEFI, M. und WILLER, H. (Hrsg.) (2003): *The world of organic agriculture. Statistics and Future Prospects 2003*, IFOAM & FIBL. Bonn: Eigenverlag.
- YUSSEFI, M. und ZERGER, U. (2007): Bio-Boom in Deutschland. Wo bleiben die Bauern? *Ökologie & Landbau* 141 (1), S. 14–15.
- ZITTMAYR, G. (1996): *Das Adoptionsverhalten des Lebensmitteleinzelhandels. Eine interpretative Auswertung gezeigt am Beispiel österreichischer Bioprodukte*. Diplomarbeit, Universität für Bodenkultur Wien, Wien.

- ZMP – ZENTRALE MARKT- UND PREISBERICHTSSTELLE GMBH (Hrsg.) (2008): Verkaufspreise im ökologischen Landbau 2006/2007. Ökomarkt Jahrbuch 2008. Materialien zur Marktberichterstattung, Band 77. Bonn: Eigenverlag.
- ZOKLITS, M. (1990): Das Brot der Pessimisten. Eine Befragung von Bio-Konsumenten. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Forschungsbericht Nr. 25).

Anhang: Interviewleitfaden

Begrüßung

Guten Tag, ich bin Monika Simon, ich studiere Agrar- und Ernährungswirtschaft an der BOKU Wien und schreibe gerade meine Masterarbeit zum Thema Biolandbau in Bayern, wie sie bereits aus der Vorinformation wissen.

Für meine Masterarbeit habe ich in den letzten Monaten Literatur ausgewertet, möchte jedoch meine Ergebnisse durch Expertenwissen erweitern. Deswegen bin ich heute bei ihnen, ihre Expertenmeinung ist für meine Arbeit sehr wertvoll! Ich habe sie wegen (ihrer Position/ ihres Forschungsschwerpunktes/ ihrer Tätigkeit) als ExpertIn für das Interview ausgewählt.

Einverständnis zur Aufzeichnung

Darf ich unser Gespräch für eine leichtere Auswertung mit dem Diktiergerät aufzeichnen? Die Aufzeichnung wird selbstverständlich vertraulich behandelt. Sie bleiben außerdem in meiner Arbeit anonym, es wird lediglich ihre Funktion in einer Organisation genannt (Beispiel: Leitender Mitarbeiter eines bayerischen Bioverbandes).

Kurze Einführung

Ich untersuche in meiner Masterarbeit die unterschiedliche Entwicklung des Biolandbaus in Österreich und Bayern über die letzten 20 Jahre (Betrachtungszeitraum 1989-2011). Die Situation in Österreich gilt in meiner Arbeit als Vergleichsmaßstab. Die Entwicklung verlief ja in den beiden Ländern sehr unterschiedlich, wie sie sicher wissen: Österreich hat heute 20% Biolandbau, Bayern hingegen nur 6% (Anteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche). Ich suche nach Erklärungsansätzen dafür und habe Thesen aus der Literatur abgeleitet, die ich ihnen später vorstellen möchte.

Erster Teil - Offener Einstieg

Zunächst einmal möchte ich sie jedoch ganz offen fragen, was sie glauben. "Warum hat sich der Biolandbau in Bayern in den letzten 20 Jahren nicht stärker entwickelt?"

Mögliche Zwischenfragen

Können sie ein Beispiel nennen?

Können sie mir das näher erklären?

Fallen ihnen noch weitere wichtige Punkte ein?

War die Situation immer gleich oder gab es Veränderungen über den Betrachtungszeitraum?

Sie haben xyz (Beispiele: die ProduzentInnen/ die KonsumentInnen/ die Förderung/ die Vermarktung/ den Handel/ die Kaufhemmnisse/ die Politik) genannt: War dies das Hauptproblem? Gab es möglicherweise einen Zusammenhang zu anderen Faktoren?

In der Literatur wurde beispielsweise auch xyz (Beispiele: die Förderung/ die Vermarktung/ die Kaufhemmnisse/ die Politik) als Einflussfaktor genannt. Glauben sie das hat ebenfalls eine Rolle gespielt?

Überleitung zum zweiten Teil

Vielen Dank für ihre Erklärungen. Sie haben bereits xyz (Beispiele: die Förderung/ die Vermarktung/ die Kaufhemmnisse/ die Politik) angesprochen. Aus meiner Literaturauswertung habe ich (ebenfalls/ zusätzlich/ hingegen) geschlossen, dass hinderliche Faktoren für eine stärkere Ausweitung des Biolandbaus in Bayern aus den vier Bereichen Förderung, Vermarktungsstruktur, Nachfrage und Politik stammen. Dazu habe ich vier Thesen formuliert (jeweils auf einem Blatt Papier ausgedruckt), die ich ihnen kurz vorstellen möchte (Thesen vorlesen, eventuell kurzes Beispiel dazu anführen).

Zweiter Teil - Thesen und Gewichtung der Thesen

Sie sollen meine Thesen nun bitte bewerten und dazu 10 Punkte auf die vier Thesen verteilen (Klebspunkte). Die ihrer Meinung nach wichtigste These erhält dabei die höchste Punktzahl, nicht jede These muss Punkte erhalten.

These (1/ 2/ 3/ 4) haben sie (die höchste/ die niedrigste/ gleiche) Punktzahl verliehen. Können sie ihre Entscheidung kurz begründen?

Gültigkeit der Thesen über den gesamten Betrachtungszeitraum oder nur zu bestimmtem Zeitpunkt?

Bestehen Zusammenhänge bzw. Querverbindungen zwischen den Thesen/ Einflussfaktoren?

Fällt ihnen ein wichtiger Einflussfaktor auf, den ich möglicherweise vergessen habe zu nennen/ übersehen habe?

Kann man also zusammenfassend sagen, dass sie xyz (Beispiele: die Förderung/ die Vermarktung/ die Nachfrage/ die Politik) als wichtigsten Einflussfaktor betrachten?

Verabschiedung

Herzlichen Dank, dass sie sich heute Zeit für mich genommen haben. Das Gespräch war wirklich sehr aufschlussreich und hilfreich für mich!

Nennung Kontaktmöglichkeiten und weitere Vorgehensweise